Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund

Von Karl Kautsky

Nürnberg 1915
Verlag und Druck der Fränkischen Verlagsanstalt & Buchdruckerei G.m.b.H.

A 13. H

Preis 50 Pfg.

BIBLIOTECA
MUNICIPAL

Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund

Von Karl Kautsky

Nürnberg 1915
Verlag und Druck der Fränkischen Verlagsanstalt & Buchdruckerei G.m.b.H.

BIBLIOTECA
PUBLICA
MONASTERIO

Inhaltsverzeichnis.

Seite

1. Einiges über Demokratie und Nationalstaat 5
2. Die Notwendigkeit des imperialistischen Staates 14
3. Ursachen des Ausdehnungsdrangs der Staaten 22
4. Verschiedene Arten und Objekte des Imperialismus . . . 36
   a) Der britische Staatenbund 36
   b) Ostindien 42
   c) Afrika 49
   d) China 54
   e) Die Türkei 57
   f) Der Weltkrieg 64
5. Handelsverträge 69
6. Zollverein und Staatenbund 74

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

1. Einiges über Demokratie und Nationalstaat.

Leider ist wieder einmal eine jener Zeiten gekommen, in denen man, um Klarheit zu verbreiten, mit dem Abc anfangen muß. Eine Reihe von Genossen findet, alles, was wir bisher gewußt, entpuppe sich jetzt als fauler Zauber oder sei veraltet, entspreche Zuständen, die nicht mehr existieren, gehöre heute als „liberale Erbschaft" in „die Rumpelkammer geschichtlicher Raritäten".

Als eine dieser überholten Auffassungen wird auch der Grundsatz bezeichnet, zu dem sich die Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung vom 4. August bekannt, „daß jedes Volk das Recht auf nationale Selbständigkeit habe".

Dieser Grundsatz wird jetzt von Parteigenossen angegriffen. Ueber ihn müssen wir uns klar werden, er wird in den kommenden Friedensverhandlungen eine große Rolle spielen.

In einem Artikel der Chemnitzer „Volksstimme" vom 8. Dezember erklärte Genosse Winnig, dies Prinzip sei kein „ursprünglich sozialistisches Prinzip, sondern die Arbeiterbewegung hat es, wie so manches andere, aus der geistigen Rüstkammer der bürgerlich-revolutionären Periode des 19. Jahrhunderts übernommen". Er meint weiter, mit dem wissenschaftlichen Sozialismus habe diese Forderung nichts zu tun.

„Der Sozialismus kann weder die heutige Gebietsabgrenzung noch das unbedingte Recht jeder Nation auf absolute Selbständigkeit zur Grundlage der politischen Weltgestaltung machen. Soweit der Sozialismus die Neuordnung nach dem Kriege beeinflussen kann, muß er, wie überall, so auch hier, die Richtungslinien seines Wollens aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen und aus den Interessen des Proletariats ableiten.

Die Entwicklung des staatlichen Wesens aber geht heute unverkennbar zum Großstaat."

Wie dieser Großstaat aussehen soll, den wir gemäß den „allgemeinen Entwicklungstendenzen" zu wollen haben, zeigt Winnig nicht, aber es ist klar, es soll ein Staat sein, der über die Schranken des Nationalstaats hinausgeht.

Diese Auffassung hat rechts und links, in Karlsruhe wie in Halle, Beifall gefunden. Der Karlsruher „Volksfreund" druckt zustimmend einen Artikel des Hallenser „Volksblatt" ab. Dort heißt es unter anderem:

„Lassalle sagt in seiner Broschüre über den italienischen Krieg 1859, daß ohne den unabhängigen Nationalstaat keine Demokratie möglich sei. Es ist nicht abzusehen, warum nicht. Warum sollte

nicht ein Staat wie das Deutsche Reich, worin außer den Nationaldeutschen noch Polen, Dänen, Franzosen leben, demokratisch verwaltet sein können? Warum sollte nicht das Deutsche Reich in seinem jetzigen, nicht rein nationalen Bestande zur Demokratie gelangen können, auch wenn die 12 Millionen Deutsch-Oesterreicher draußen bleiben? Was heute die Verwirklichung der Demokratie als voller Gleichberechtigung aller Staatsbürger hindert, sind nicht die nationalen Unterschiede und Gegensätze, sondern die Klassenunterschiede."

Deswegen, meint der Hallenser Autor weiter, wäre die Auffassung Lassalles von 1859 nicht Unsinn gewesen. Sie war damals berechtigt, weil Deutschland und Italien zu jener Zeit den Einheitsstaat brauchten. Seitdem ist aber der Kapitalismus ungeheuer gewachsen und hat seine Produktivkräfte enorm vergrößert:

„In so gewaltigem Maße, daß ihm der Rahmen des Nationalstaates zu enge geworden ist. Seit Jahren ist die Weltmachtstellung der Staaten die große Triebfeder der Politik. Das bedeutet, jeder Großstaat strebt über seine Grenzen hinaus, m u ß darüber hinausstreben, weil — im kapitalistischen System — der weitere Wirtschaftsfortschritt, die weitere Vergrößerung der Produktivkräfte nicht mehr möglich ist."

Im letzteren Satz hat der Verfasser offenbar vor den Worten: „nicht mehr möglich" die Worte „innerhalb der bisherigen Grenzen" oder „im Rahmen des Nationalstaats" vergessen, ohne die der Schluß seinen Sinn verlöre.

In allen diesen Ausführungen ist viel Richtiges enthalten. Um so größer ist die Gefahr, daß die großen Irrtümer, die sie verbergen, Irrtümer, die unsere Propaganda auf das schwerste schädigen können, unbesehens mit in den Kauf genommen werden.

Um sie klarzulegen, müssen wir etwas weiter ausholen und zunächst das Wesen der Demokratie erörtern. (Vgl. über das folgende meine Abhandlung über „Nationalität und Internationalität", Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit", Nr. 1. 1908.)

Die Demokratie ist so alt, wie die Menschheit. Ihre ersten Organisationen schon sind Horden, die ihre Angelegenheiten teils nach Herkommen und Gewohnheit, teils durch Entscheidungen frei gewählter erfahrener Führer, teils durch Beschlüsse der versammelten Hordengenossen regeln. Daß alle Mitglieder der Horde sich miteinander verständigen können, dieselbe Sprache sprechen, ist selbstverständlich. Wenn hie und da kriegsgefangene Weiber eine fremde Sprache sprechen, so bilden sie gerade kein demokratisches Element. Soweit die Demokratie reicht, reicht auch die Sprachgemeinschaft. Das heißt, alle innerhalb des gleichen demokratischen Gemeinwesens sprechen dieselbe Sprache. Nicht aber sind umgekehrt alle, die die gleiche Sprache sprechen, in einem Gemeinwesen vereinigt. Das ist für den weitaus größten Teil der menschlichen Geschichte hindurch nicht der Fall.

Solange Lesen und Schreiben nicht erfunden und den Massen geläufig geworden, dabei die Mittel des Verkehrs wenig entwickelt waren, konnte die Demokratie nur durch mündliche Verständigung wirken. Damit waren für das Gebiet und die Volkszahl des einzelnen demokratischen Gemeinwesens bestimmte Grenzen gezogen, die es nicht zu überschreiten vermochte. Die Volksversammlung war die oberste demokratische Instanz, und das Gebiet des Gemeinwesens durfte nicht eine Ausdehnung erreichen, die einen Teil der Mitglieder verhindert hätte, die Volksversammlung regelmäßig zu besuchen. Anderseits durfte diese nicht so zahlreich werden, daß ein Teil den Verhandlungen nicht zu folgen vermochte. Ueber die Grenzen der Markgenossenschaft und Stadtgemeinde ist daher keine primitive Demokratie hinausgekommen.

Ein größerer Staat bildet sich auf dieser Stufe in der Regel nur dadurch, daß ein besonders starkes oder begünstigtes Gemeinwesen — sei es ein Stamm oder eine feste Stadt — sich andere Stämme oder Gemeinden unterwirft und tributpflichtig macht, wobei jedoch den Unterworfenen in der Regel die Selbstverwaltung für alle inneren Angelegenheiten erhalten bleibt. Die Demokratie der Gemeinde kann so zur Grundlage eines Despotismus im Staate werden, wie das im Orient bis heute oft der Fall. Engels hat schon darauf hingewiesen, daß der russische Absolutismus auf der Demokratie der Dorfgemeinde fuße.

Da jede Gemeinde dabei fortfährt, ihre inneren Angelegenheiten selbst zu ordnen, ist es nicht notwendig, daß alle in einem Staatswesen vereinigten Gemeinden die gleiche Sprache sprechen. Es genügt, wenn ein paar Vertreter in einer jeden die Sprache der Herrscher verstehen. Die Sprachgemeinschaft herrscht innerhalb des Bereichs der einzelnen demokratischen Organisationen. Die sie zusammenhaltende Diktatur erstreckt sich über Gebiete verschiedener Zungen. Für die Ausdehnung eines Staates in diesem Stadium ist daher keine andere Grenze gesetzt als die Kraft des erobernden Gemeinwesens. Es besteht für ihn jedoch auch kein anderes Mittel des Zusammenhanges. Nur die kriegerische Kraft des herrschenden Gemeinwesens bildet den Staat, der rasch dadurch eine ungeheure Ausdehnung annehmen kann. Schwindet diese Kraft, dann mag er ebenso rasch auseinanderfallen. Noch in neuester Zeit sehen wir Beispiele einer derartigen Ausdehnung von Staaten. Das rapide Fortschreiten Rußlands nach Ost und Süd seit dem 17. Jahrhundert ebenso wie die schnelle Gewinnung des größeren Teils Ostindiens im 18. Jahrhundert durch England wären unmöglich gewesen, wenn nicht hier wie dort noch die primitive Demokratie der Gemeinde vorherrschte, über der sich eine militärische Zwangsherrschaft als das den Staat zusammenhaltende Element erhob. Rußland ist dadurch mehr als doppelt so groß geworden wie ganz Europa, und das britische Reich hat es wesentlich Indien zu danken, wenn seine

Volkszahl fast der Europas gleichkommt. Europa zählt 443 Millionen Einwohner, das britische Reich 418 Millionen, davon drei Viertel in Ostindien. Rußland umfaßt rund 150 Nationalitäten, noch zahlreicher sind die Sprachen Indiens.

In dem gleichen Zeitraum, in dem sich jene beiden Riesenreiche bildeten, erstanden aber schon die materiellen Bedingungen, die Demokratie über das Bereich der Gemeinde oder der Markgenossenschaft hinaus in einem größeren Staate zu verwirklichen und damit die primitive Demokratie durch die moderne zu ersetzen. Dies wurde erreicht durch die Entwicklung des Verkehrs, des Buchdrucks sowie durch die Verallgemeinerung des Lesens und Schreibens. Jetzt erstanden die Mittel, zu allen zu sprechen, die die gleiche Sprache verstanden, ohne daß man in persönliche Berührung mit ihnen zu kommen brauchte. Die mündliche Verständigung trat immer mehr an Bedeutung zurück gegenüber der durch Schrift und namentlich durch Druck. Nicht nur für eine kleine Oberschicht Gebildeter, sondern für die Masse aller, die sich der gleichen Sprache bedienten, erwuchs jetzt eine intensive geistige Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft wieder drängte die Mannigfaltigkeit der Dialekte durch eine gemeinsame Schriftsprache zurück, wodurch Ausdehnung und Intensität der Gemeinschaft der Sprachgenossen noch wuchsen. Gleichzeitig bildete sich der moderne Großstaat mit einer zentralisierten Bureaukratie und einer festen Zollgrenze. Zunächst verstärkte er die Macht der staatlichen Zentralgewalt, die eine absolute wurde. Aber die Entwicklung des Verkehrs und der Presse ermöglichte es immer mehr der Bevölkerung des ganzen Staates, Taten und Unterlassungen der Zentralgewalt kennen zu lernen, sie zu diskutieren, zu kritisieren. Dieses Gehaben der Zentralgewalt wurde zugleich immer wichtiger für jeden einzelnen, das Bereich der Staatsgewalt wuchs. Daher erstand der Drang, auf sie Einfluß zu nehmen durch ein System von Repräsentanten, Vertretern, die von der Masse gewählt und kontrolliert werden. So entwickelte sich die moderne Demokratie, deren wesentlichste Merkmale der Parlamentarismus, die Presse und große, das ganze Bereich des Staates umfassende Parteiorganisationen bilden. Nichts leichter, als an diesen Institutionen Kritik zu üben, nichts unmöglicher, als sie in der modernen Demokratie auszuschalten. Namentlich gegen den Parlamentarismus wird immer wieder Sturm gelaufen, und fast so alt wie er sind die immer wiederholten Beteuerungen, er sei überlebt und durch ein vollkommeneres System der Demokratie zu ersetzen. Aber dieser Ersatz stellt sich bei näherer Einsicht stets als eine Form der primitiven Demokratie heraus. Das gilt auch von der direkten Gesetzgebung durchs Volk wie von ihrer energischeren Abart, dem Massenstreik. Beide können bedeutende historische Wirkungen üben, aber nur als Ergänzung des Parla-

mentarismus oder als Anstoß für ihn, wenn sein Mechanismus einmal ins Stocken gerät; ihn zu ersetzen vermögen sie nicht. Die entschiedensten Gegner des Parlamentarismus, die Anarchisten, sind auch konsequent genug, daß sie, um ihn loszuwerden, wieder auf die Gemeinde zurückgehen, den Staat in eine Summe souveräner Gemeinden auflösen wollen. Sie bezeugen damit aufs deutlichste, wie primitiv jede Demokratie ist, die vom Repräsentantensystem absehen will, wie reaktionär ihr Bestreben.

Das Organ der Politik, wie alles gesellschaftlichen Handelns, ist die Sprache. Ich kann auf meine Partei nur wirken, wenn ich ihre Sprache beherrsche; ich werde um so eher auf sie wirken — unter sonst gleichen Verhältnissen —, je besser ich diese Sprache beherrsche. Werden innerhalb eines Staats verschiedene Sprachen gesprochen, dann ist es fast unmöglich, daß ein Politiker, eine Zeitung, eine Partei zur Gesamtheit des Volkes spricht, jeder wird nur zu einem Bruchteil reden. Selbst eine so internationale Partei wie die Sozialdemokratie wird dadurch in Oesterreich in verschiedene Parteiorganisationen gespalten, von denen die eine die andere nicht versteht, von denen jede nur auf einen Teil des Proletariats im Gesamtstaate wirkt.

Der Mitarbeiter unseres Parteiorgans in Halle fragt, warum in Deutschland mit seinen Polen, Dänen, Franzosen nicht die volle Demokratie für alle verwirklicht werden könne. Aber ein polnischer Politiker oder eine polnische Zeitschrift oder ein polnisches Buch mögen noch so eindringlich, überzeugend und bedeutend zu uns in ihrer Sprache sprechen, sie werden vielleicht auf Polen auch außerhalb Deutschlands wirken, nie auf das deutsche Volk. Im Wirken auf das Volk und durch das Volk besteht jedoch das Wesen der Demokratie.

In einem demokratischen Staat mit einheitlicher Nationalität haben alle Politiker und Parteien nur e i n e Möglichkeit, ihren Einfluß auf den Staat zu vermehren: durch Propagierung ihrer Ideen im Volk, durch Gewinnung von Anhängern dafür. Im Nationalitätenstaat kann keiner auf das gesamte Volk wirken, jeder findet eine Grenze für seine Propaganda in der beschränkten Zahl seiner Sprachgenossen. Je größer deren Zahl, desto aussichtsreicher seine Propaganda, desto größer seine Macht im Staat. So gesellt sich im Nationalitätenstaate durch die Entwicklung der Demokratie und der Kämpfe der Parteien zu der Propagierung der Idee das Streben der einzelnen Parteiorganisationen der verschiedenen Nationen, aus der Gesamtbevölkerung möglichst viele Personen ihrer Nationalität, das heißt, Sprachgemeinschaft, zuzuführen, namentlich durch entsprechende Schuleinrichtungen. Die Demokratie wird verfälscht, zerrissen, der staatlichen Zentralgewalt gegenüber geschwächt durch den Kampf der Nationen innerhalb des Staates.

Noch eine andere Seite der Demokratie kommt hier in Betracht. Sie bedeutet nicht bloß Beherrschung der Staatsgewalt durch die Volksmasse, sondern auch Gleichberechtigung der Einzelnen der Staatsgewalt gegenüber. Diese Gleichberechtigung ist ebenfalls beeinträchtigt im Nationalitätenstaat. Jeder moderne Staat bedarf einer einheitlichen Verwaltung und damit auch einer einheitlichen Sprache für sie. Es gibt keinen modernen Staat ohne eine Staatssprache, die wenigstens von allen höheren Behörden verstanden und beherrscht werden muß. Die Vereinigten Staaten umfassen zahlreiche Nationalitäten; sie sind nicht einmal ein zentralisierter Staat. Dennoch haben sie eine einheitliche Staatssprache, die englische. Ja, sogar die beiden Nationalitätenstaaten, die durch Personalunion in der habsburgischen Monarchie vereinigt sind, haben jeder seine Staatssprache — Ungarn die madjarische, Oesterreich tatsächlich die deutsche. Es gereicht diesem Staate nicht zum Vorteil, daß sie es nur in unvollkommenem Maße ist. Zur Not kann ein kleiner Staat zwei offizielle Sprachen haben. Mehr Staatssprachen in einem Staat sind praktisch kaum möglich.

Es ist klar, daß die demokratische Gleichheit durch die Verschiedenheit von Sprachen in einem Staate arg beeinträchtigt wird. Wer die Staatssprache spricht, hat da oft einen gewaltigen Vorteil vor jenen voraus, die sie nicht beherrschen. Der Angeklagte ist schlechter daran, wenn Richter und Anwälte seine Sprache nicht verstehen; der Schüler ist schlechter daran, der in einer Sprache unterrichtet und geprüft wird, die er nur mühsam radebrecht. Der Beamte wird zurückgesetzt, der die Sprache des Bureaus nicht beherrscht. Ein Redner im Parlament ist in seiner Wirkung arg gehemmt, sowohl wenn er in einer Sprache reden soll, die ihm nicht vertraut ist, als auch, wenn er in einer Sprache spricht, die nur von einem Bruchteil der Anwesenden verstanden wird. Als vereinzelter Fremder im Lande muß man das hinnehmen. Als Mitglied einer starken Nation im Staate empört man sich gegen die Zurücksetzung, die der einzelne durch seine Nationalität zu erleiden hat. Je stärker das demokratische Empfinden, desto stärker auch der Drang, seiner Nation im Staate die Gleichberechtigung zu erkämpfen, wodurch die nationale Opposition in wachsenden Gegensatz zu den Lebensbedingungen des Staates gerät.

Durch diese Opposition der Nationen wird aber der Kampf der Klassen abgeschwächt. Wenn eine Nation von einer anderen im Staate beeinträchtgt wird, fühlen sich alle Klassen der unterdrückten Nation den Unterdrückern gegenüber nur zu leicht solidarisch. Die Klassengegensätze werden verwischt oder doch verfälscht, kommen gar nicht oder in verzerrter Form zum Ausdruck. Und die Solidarität der Mitglieder der gleichen Klasse wird beeinträchtigt, namentlich die der ausgebeuteten Klassen, deren Klassenempfinden

meist von Haus aus nicht so ausgesprochen ist wie das der Ausbeuter.

Alle diese Schwierigkeiten werden dort vermieden, wo die gesamte Masse des Volkes im Staate die gleiche Sprache spricht, also im Nationalstaat. Sie werden in alten Nationalitätenstaaten, die sich noch vor dem Aufkommen der modernen Demokratie gebildet haben, etwas gemindert durch Gewohnheit und Anpassung der Einwohner, die die Vorteile des Nationalstaates noch nicht erfahren haben. Sie werden völlig unerträglich, wenn einem Staat nationsfremde Elemente gewaltsam angegliedert werden, denen schon politisches Wirken auf dem Boden moderner Demokratie zur zweiten Natur geworden ist. Das Streben nach dem Nationalstaat ersteht gleichzeitig mit dem Streben nach der modernen großstaatlichen Demokratie und ist mit diesem aufs engste verbunden. Nichts irriger als die Anschauung, Oesterreich bedürfe bloß der Demokratie, um lebensfähig zu werden. Alle demokratischen Versuche, Oesterreich zu regenerieren, laufen vielmehr darauf hinaus, den Einheitsstaat in einen Bund von Nationalstaaten zu verwandeln. Dasselbe bedeutet die nationale Autonomie, die von den Grenzvölkern Rußlands gefordert wird. Innerhalb jedes solcher Nationalstaaten ist dann volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie möglich.

Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen. Gewiß, wir sind keine bürgerlichen Demokraten, aber wir unterscheiden uns von ihnen nicht dadurch, daß uns die Demokratie als etwas Geringes oder gar Ueberflüssiges erscheint. Das Proletariat als unterste Klasse im Staate kann gar nicht anders zu seinem Rechte kommen als durch die Demokratie. Nur teilen wir nicht die Illusion der bürgerlichen Demokratie, als sei das Proletariat schon zu seinem Rechte gekommen, wenn es die Demokratie errungen hat. Diese bildet erst den Boden, auf dem es sich sein Recht erkämpft. In der Demokratie hört der proletarische Emanzipationskampf nicht auf, er nimmt nur andere Formen an.

Gerade für das Proletariat ist die Demokratie eine Lebensnotwendigkeit, nicht für die Bourgeoisie. Diese verabschiedet auf ihrer jetzigen Höhe ihre demokratischen Ideale und damit auch die Idee des Nationalstaates. Ihr heutiges Staatsideal strebt über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Sie wirft diese „liberalen Erbschaften“ in die „Rumpelkammer geschichtlicher Raritäten“. Aber das ist wahrlich kein Grund für uns, desgleichen zu tun. Wir dürfen doch die materialistische Geschichtsauffassung nicht dahin verstehen, daß die „allgemeinen Entwicklungstendenzen“ der Bourgeoisie, weil sie durch ökonomische Verhältnisse bedingt seien, deshalb auch vom Proletariat akzeptiert werden müßten. Dieses

hat seine eigenen Entwicklungstendenzen, die nicht minder ökonomisch bedingt sind, und denen es zu folgen hat, unbekümmert darum, ob sie von denen der Bourgeoisie abweichen oder ihnen widersprechen.

Freilich, es handelt sich nur um Tendenzen, die man zu begreifen, denen man mit Verständnis zu folgen hat, nicht um absolute Schablonen. Das sollte selbstverständlich sein. Und doch glaubt mancher, wenn er die schablonenhafte Anwendung kritisiert, die Tendenz als falsch erwiesen zu haben. So machen es auch Winnig und der Hallenser Genosse.

Zunächst darf man die Forderung des Nationalstaates nicht als absolute Verpflichtung auffassen, alle Sprachgenossen in einem gemeinsamen Staat zusammenzufassen. Die Idee des Nationalstaates sagt bloß, daß die Demokratie am besten gedeiht und am vollkommensten durchzuführen ist, wenn innerhalb des Staates die gesamte Volksmasse die gleiche Sprache spricht. Daneben kann sich sehr wohl ein anderer Staat mit gleicher Sprache bilden. Inwiefern sollte das den Bedürfnissen der Demokratie widersprechen? Wenn in den Vereinigten Staaten englisch, in Brasilien portugiesisch, in den übrigen Staaten des südlichen Amerika spanisch die Staatssprache ist, so wird niemand in der Trennung dieser Staaten von England, Portugal, Spanien eine Verletzung des Nationalitätenprinzips oder der Demokratie erblicken.

Allerdings ist vielfach das Streben nach der Herstellung des Nationalstaates gleichbedeutend mit dem nach Zusammenfassung aller, die die gleiche Sprache sprechen, innerhalb eines besonderen Staatsorganismus. Möglich ist dies nur für Gebiete, in denen eine geschlossene Masse von Nationsgenossen wohnt und die aneinander grenzen.

Drei Momente sind es, die unter diesen Bedingungen den Drang nach nationaler Einigung erzeugen. Einmal, als das nächstliegende, der Wunsch, den nationalen Staat so groß und stark als möglich zu sehen, ein Streben, das mit der Demokratie wohl vereinbar ist, wenn die Stärke nicht der Vergewaltigung der anderen, sondern nur dem eigenen Schutz vor fremder Vergewaltigung dienen soll. Dann der aus dem aufkommenden kapitalistischen Warenverkehr erwachsende Wunsch nach Beseitigung jeglicher Kleinstaaterei, Aufhebung von Binnenzöllen und Gewinnung einheitlicher Geschäftsbedingungen — Münze, Gesetzbuch. Zu diesen Motiven gesellt sich als drittes eines, das namentlich in den unteren Schichten sehr lebendig ist, wenn die Nationsgenossen in den benachbarten Gebieten ihrer Nationalität halber minderberechtigt sind oder gar mißhandelt werden. Je stärker das demokratische Empfinden und die demokratische Solidarität, desto stärker das Bedürfnis, diese Nationsgenossen zu befreien.

Unser Hallenser Genosse würde vielleicht „die Zertrümmerung Oesterreichs, damit die 12 Millionen Deutschen, die es dort gibt, zu Deutschland kommen", weniger energisch zurückweisen, wenn etwa die Madjaren Oesterreich vollständig beherrschten, im Wiener Parlament nur ungarisch gesprochen werden dürfte, in den Schulen und Universitäten nur ungarisch doziert würde, jeder Staatsbeamte die ungarische Sprache beherrschen müßte. Er würde dann vielleicht begreifen, wieviel Demokratie und nationale Selbständigkeit miteinander zu tun haben.

Noch ein Punkt ist zu erwähnen gegenüber dem Winnigschen Versuch, das Streben nach dem Nationalstaat dadurch lächerlich zu machen, daß er es als bloße Schablone betrachtet, als „unbedingtes Recht". Die Sprache ist ein wichtiges Mittel des Verkehrs und der Verbindung der Menschen, aber nicht das einzige. Auch Menschen verschiedener Sprache können miteinander in Verkehr treten, und wenn es bloß durch Dolmetscher wäre. Innerhalb eines jeden Staates bilden sich wirtschaftliche, verwandtschaftliche, politische Beziehungen, die unter Umständen stärker werden können als das Band der Sprachgemeinschaft. Keiner der modernen großen Staaten ist sofort als Nationalstaat entstanden, jeder als Nationalitätenstaat, und die meisten tragen heute noch die Spuren ihres Aufbaues aus verschiedenen Nationen. Damit haben sich auch hier und da zwischen Gruppen verschiedener Nationalität innerhalb des historischen Staates enge Beziehungen entwickelt, deren Lösung schmerzlich, ja geradezu eine ökonomische oder politische Degradierung sein kann, wenn sie gewaltsam auf dem Wege der Eroberung geschieht. Wollte jemand einfach eine Sprachenkarte Europas hernehmen und nach ihr den Neuaufbau unseres Weltteils einrichten, so würde er stellenweise auf energischen Widerstand stoßen. Erinnern wir uns, wie lebhaft 1871 die Elsässer dagegen protestierten, zum Deutschen Reich zu kommen und doch war ihnen die deutsche Sprache vertrauter als die französische. Die französischen Schweizer wollen nicht Franzosen werden und mit den deutschen Schweizern beisammen bleiben. Ferner gibt es Italiener, die fürchten, Triest würde, von Oesterreich losgelöst, wirtschaftlichem Verfall entgegengehen usw.

Wenn wir aber das anerkennen, was wird dann aus dem Nationalitätenprinzip? Winnig meint, dann kämen wir zum Statusquo, und der sei ebenso unhaltbar wie das Nationalitätsprinzip.

„Man mag einwenden, der Grundsatz vom Recht der Nationen sei so zu verstehen, daß an der heutigen Staatengliederung nichts geändert werde, vor allem sollen Deutschland und Oesterreich keine stamm- und sprachfremden Volksteile ihrem staatlichen Verbande einfügen. Aber das bedeutete nichts anderes, als die Erhebung des berühmten Statusquo zum weltpolitischen System des Sozialismus . . . und bedeutete außerdem die Absage an alle künftige Entwicklung, die Verewigung der heutigen Grenzen."

Natürlich bedeutet der Statusquo nicht das weltpolitische System der Sozialdemokratie. Andererseits fordern wir nicht, daß die Idee des Nationalstaates unbedingt durchgeführt werde und alle bestehenden Grenzen umgestürzt werden, die ihr nicht entsprechen. Das allein könnte schon Winnig und unseren Hallenser Freund darüber beruhigen, daß wir nicht die Zertrümmerung der großen Staaten in zahllose kleine Nationalstaaten fordern. Wir werden überdies später noch sehen, daß es Mittel gibt, kleine Nationalstaaten zu größeren Gemeinwesen zusammenzufassen.

Am Statusquo sind wir in keiner Weise interessiert. Wohl aber an der Art, wie er geändert wird.

Die Demokratie und die mit ihr eng verbundene Idee des Nationalstaates fordern, daß der Statusquo nicht geändert werde ohne Zustimmung der davon betroffenen Bevölkerungen. Daß kein Staat bloß auf Grund des Rechts der Eroberung sich eine Bevölkerung angliedert, die der Aenderung widerstrebt. Niemand kann dem Statusquo entschiedener gegenüberstehen wie die Sozialdemokratie. Aber niemand lehnt das Recht der Eroberung, als Methode den Statusquo zu ändern, entschiedener ab als die Sozialdemokratie. Stellen wir uns auf diesen Standpunkt, dann werden die Aenderungen des Statusquo, denen wir zustimmen, nur weitere Annäherungen an die Idee des Nationalstaates, nicht aber neuerliche Verletzungen dieser Idee darstellen können.

Es könnte dem deutschen Volke nichts Schlimmeres passieren, als wenn dieser Krieg das Reich aus einem Nationalstaat, den es im wesentlichen darstellt, in einen Nationalitätenstaat verwandelte, das heißt, wenn er seinen Gehalt an nichtdeutschen Nationen vergrößerte. Diejenigen, die das wünschen, haben noch nie in einem Nationalitätenstaat gearbeitet, wissen nicht, wie er die Demokratie verzerrt und niederdrückt.

Widersetzen wir uns aber damit nicht der ökonomischen Notwendigkeit? Zwingt diese nicht den modernen Staat „über seine Grenzen hinauszustreben, weil sonst die weitere Vergrößerung der Produktivkräfte nicht möglich ist“?

---

2. Die Notwendigkeit des imperialistischen Staates.

Wir haben schon bemerkt, daß für die Bourgeoisie ebenso wie die Idee der Demokratie auch die des Nationalstaates ihre Anziehungskraft verliert. Jeder der kapitalistischen Staaten strebt von einer gewissen Höhe der Entwicklung an über seine Grenzen auch dann hinaus, wenn er sich dadurch nationsfremde Elemente angliedert. Aber damit ist nicht gesagt, daß er die Tendenz zeige, aus einem Nationalstaat ein Nationalitätenstaat zu werden.

Die neue Triebkraft, die jenen Ausdehnungsdrang hochentwickelter kapitalistischer Staaten erzeugt, ist der Imperialismus. Es ist nicht meine Absicht, unzähligemale Gesagtes nochmals hier zu wiederholen. Was im Allgemeinen über Ursachen und Erscheinungen des Imperialismus zu sagen war, ist bereits genügend ausgeführt worden. Was ich darüber hinaus hinzuzufügen hatte, habe ich in meinem Artikel über den Imperialismus (Neue Zeit, XXXII, 2, S. 908 ff) auseinandergesetzt, auf den ich den Leser verweise. Dort begründe ich den Satz:

„Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres agrarisches Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird." (S. 909.)

Entscheidend wird für den Imperialismus der Gegensatz zwischen industriellem und agrarischem Gebiet. Die agrarischen Länder, nach deren Annektierung die kapitalistischen Staaten verlangen, sind ökonomisch rückständig. Sie sind es daher auch politisch. Sie stehen noch alle im Stadium der primitivsten kommunalen oder markgenossenschaftlichen Demokratie, sind noch unfähig zu einer modernen, nationalen, großstaatlichen Demokratie, nicht wegen irgend welcher Rasseneigenschaften, sondern weil sie die materiellen Vorbedingungen dieser Demokratie nicht entwickelt haben. Sie sind nicht etwa Kinder, die einer Vermundschaft bedürfen, unfähig, ihre eigenen Interessen zu wahren, sich selbst zu verwalten, wohl aber sind sie noch nicht in der Lage, dies im Rahmen eines Großstaates zu tun.

Solche Gemeinwesen zu erobern und zu unterjochen fällt einem zentralisierten europäischen Staate sehr leicht: nicht nur dort, wo die demokratischen Gemeinden und Markgenossenschaften völlig selbständig geblieben sind, sondern auch dort, wo sie schon zu einem primitiven Staat vereinigt wurden. Dort tritt an Stelle des eingeborenen der europäische Despotismus.

Durch diese Art der Erweiterung des Staates wird kein Nationalitätenstaat gebildet, sondern ein Kolonialstaat. Die angegliederten neuen Elemente haben weder die Kraft noch auch nur den Willen, am politischen Leben des Gesamtstaates teilzunehmen, auf ihn demokratisch einzuwirken. Sie möchten bloß von ihm in Ruhe gelassen werden. Innere politische Schwierigkeiten werden durch diese Vergrößerung des Staatsgebiets für den Mutterstaat nicht geschaffen.

Nichtsdestoweniger widerspricht sie dem demokratischen Empfinden und der internationalen Solidarität des Proletariats. Die Bedingungen seiner Emanzipation sind unvereinbar mit jedweder Ausbeutung und Unterdrückung. Auch wo diese es nicht direkt

trifft, stärkt sie indirekt seine Ausbeuter und Unterdrücker. Und das Proletariat kann sich nicht dadurch befreien, daß einzelne seiner Schichten bestimmter Berufe oder bestimmter Gegenden zu Nutznießern von Ausbeutung und Unterdrückung werden. Dies bedeutet vielmehr eine Schwächung seiner Position.

Für die Bourgeoisie freilich bestehen diese Bedenken nicht. Ist sie aber einmal entschlossen, den Nationalstaat zu einem Kolonialstaat zu erweitern, dann findet dieses Streben keine anderen Grenzen mehr als den Widerstand der anderen Kolonialmächte.

Das Streben nach Bildung des Nationalstaats hat seine bestimmten Grenzen. Jede erobernde Absicht, die den Staat, der das Stadium des Nationalstaats erreicht, über diese Grenzen hinaus erweitern will, stößt auf wachsende Schwierigkeiten, auch dann, wenn sie militärisch siegreich ist.

Das Streben, einen Nationalstaat durch Angliederung fremdsprachiger, widerwilliger Volksteile zu erweitern, die eine entwickelte moderne Demokratie aufweisen oder mindestens anstreben und in denen ein reges nationales Leben herrscht, stößt auf einen Widerstand der Angegliederten, der um so größer und unbesiegbarer wird, je ausgedehnter jener Volksteil und je höher seine ökonomische und politische Entwicklung. Selbst in Rußland begegnet die Russifizierung fremdsprachiger, westlicher Elemente wachsenden Schwierigkeiten. In den entwickelten modernen Staaten haben sogar ungemein kleine nationale Minoritäten ihre Eigenart und Opposition zu behaupten gewußt. Auch die größten militärischen Erfolge sind nicht mehr imstande, daran etwas zu ändern.

Ganz anders steht es mit dem Drang nach Erwerbung oder Erweiterung kolonialer Besitzungen. Sie bieten nicht die Schwierigkeiten des Nationalitätenstaats. Aber freilich zeigt der Kolonialstaat auch nicht die Festigkeit und Geschlossenheit des Nationalstaats. Koloniale Besitzungen können ebenso leicht an andere Kolonialmächte verloren wie von ihnen gewonnen, können verkauft und vertauscht werden. Von der eingeborenen Bevölkerung ist ein nachhaltiger Widerstand gegen solche Veränderungen nicht zu erwarten. Hier sind die militärischen Machtverhältnisse der Besitzer allein entscheidend. Anderseits findet auch die Ausdehnung eines Kolonialreichs ihre Grenze nur in der militärischen Macht des Staates gegenüber andern Kolonialmächten.

Der Nationalstaat dagegen setzt jeder Minderung oder Aenderung seines Gebiets durch eine fremde erobernde Macht den energischsten, dauernd kaum überwindlichen Widerstand in dem starken demokratischen Leben seiner Bewohner entgegen; anderseits findet dieser Staat in dem Umfang des zusammenhängenden Gebiets der Nation seine Grenze, die er ohne Schädigung seiner selbst nicht überschreiten kann. Alles das bewirkt, daß für seine Existenz die Kraft seiner Demokratie wichtiger wird, als die Kraft seiner

Armeen, die für einen geschlossenen Nationalstaat, wenn er ein solcher bleiben will, rein defensiven Charakter bekommen. Gleichzeitig mit der Idee der modernen Demokratie und des Nationalitätenstaates erwächst die Idee der Milizarmee. Sie werden alle drei von den gleichen Parteien und Volksklassen getragen.

Die Periode des Imperialismus dagegen, die vor etwa einem Menschenalter beginnt, setzt ein mit völliger Preisgabe der Milizidee durch alle bürgerlichen Klassen, sie wird zu einer Periode fieberhaften Wettrüstens nicht nur zu Lande, sondern auch, und namentlich, zur See.

Winnig und der Hallenser sagen nichts darüber. Sie erklären bloß, die Ausdehnung des Staates über seine bisherigen Grenzen hinaus sei unvermeidlich und unumgänglich notwendig, weil sonst der „weitere Wirtschaftsfortschritt, die weitere Vergrößerung der Produktivkräfte nicht mehr möglich" sei. Sie erklären das imperialistische Streben nicht bloß für ökonomisch begründet, was es unzweifelhaft ist, sondern deswegen auch gleich für unerläßlich.

Es ist merkwürdig, wie sich in dieser Frage die Extreme berühren. Die äußerste Rechte wie die äußerste Linke unserer Partei erklären, der Imperialismus sei eine Notwendigkeit für die bestehende Produktionsweise. Daraus schließen freilich nur die einen, wir müßten den Imperialismus unterstützen. Die andern sagen, der Imperialismus sei unvermeidlich im kapitalistischen System. Da wir aber den Imperialismus nicht wollen, müßten wir ihm den Sozialismus entgegensetzen, das heißt, nicht bloß seine Propagierung, die wir seit einem halben Jahrhundert allen Formen der kapitalistischen Herrschaft entgegensetzen, sondern seine sofortige Durchführung.

Das sieht sehr radikal aus, ist aber nur geeignet, jeden, der nicht an die sofortige praktische Durchsetzung des Sozialismus glaubt, in das Lager des Imperialismus zu treiben. Es ist Wasser auf die Mühle jener Sozialisten, die da sagen: Wir wollen den Sozialismus, aber so lange wir ihn nicht haben, müssen wir Imperialisten sein, denn ein guter Marxist darf sich den „allgemeinen Entwicklungstendenzen" nicht widersetzen. Der Imperialismus ist unter den gegebenen Umständen eine ökonomische Notwendigkeit für das Kapital, damit aber auch für das Proletariat, das umso besser gedeiht, je rascher der Kapitalismus sich entwickelt, das beim Stocken des kapitalistischen Produktionsprozesses am meisten leidet.

Wenn man mit dem Begriff der ökonomischen Notwendigkeit operiert, muß man sich vor allem davor hüten, den ökonomischen Prozeß als einen starren Mechanismus aufzufassen. Die Gesellschaft ist nicht ein Mechanismus, sondern ein Organismus. Damit sind von vornherein die Begriffe der Elastizität und Anpassungsfähigkeit gegeben. Der gesellschaftliche Organismus besitzt diese Eigenschaften in noch weit höherem Maße, als der tierische, denn seine Elemente sind nicht Zellen, die auf

jeden Reiz unbewußt reagieren, sondern denkende Menschen, die zwischen den Reiz und die Aktion, welche er auslöst, vielfach eine Ueberlegung setzen können, in der teils bewußt, teils unbewußt nicht bloß persönliche Erfahrungen, sondern hunderttausendjährige Erfahrungen der ganzen Gesellschaft zur Geltung kommen, die im Gehirn eines jeden von uns in mehr oder minder unvollkommener Form einen Niederschlag hinterlassen. Dieser Niederschlag bei den Einzelnen ist viel zu kompliziert und mannigfaltig, als daß er und sein Wirken mit unsern Mitteln stets berechenbar wäre. So weit er unberechenbar ist, erscheint der Wille frei, obwohl er tatsächlich wie jede Erscheinung in der Natur, notwendig bedingt ist. Der gesellschaftliche Gesamtprozeß ist das Ergebnis des Handelns der zahllosen Einzelwillen, die einander teils verstärken, wo sie in gleicher Richtung wirken, oder lähmen und aufheben, wo sie gegensätzlich tätig sind.

Bei allen individuellen Unterschieden in Begabung und Erfahrung sind freilich alle Menschen im wesentlichen gleich organisiert und reagieren insofern alle unter gleichen Bedingungen auf gleiche Reize in gleicher Weise. Das tritt überall dort zutage, wo wir große Massen bei Prozessen beobachten, die sich regelmäßig wiederholen. Aus diesen Beobachtungen ergab sich die Erkenntnis der Gesetzlichkeit innerhalb der menschlichen Gesellschaft, die sich mit Naturnotwendigkeit durchsetzt. Auf Grund solcher Erkenntnis können wir voraussehen, wie große Massen unter bestimmten Umständen wirken werden. Diese Voraussicht setzt jedoch voraus, daß wir alle unter jenen Umständen wirksamen Faktoren genau kennen. Haben sich einige von ihnen geändert, ohne daß wir es wußten, oder haben wir ihre Aenderung falsch eingeschätzt, dann wird die Masse anders handeln, als wir vorausgesehen.

Zu den Faktoren, die sich am schwersten berechnen lassen, gehören die *Machtverhältnisse* der einzelnen Klassen. Die *Interessen* jeder von ihnen kann eine theoretische Analyse genau klarlegen, nicht aber ihre *Macht* in jedem Moment. Dabei kommen viele sogenannte Imponderabilien in Betracht, geistige Einflüsse, die sich nicht statistisch feststellen lassen und die mit den wechselnden Situationen leicht wechseln. So läßt sich z. B. der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit auf rein ökonomischem Boden deutlich erkennen, er läßt sich auch den Arbeitern verhältnismäßig leicht zum Bewußtsein bringen und es ist möglich, daraufhin sie in einer gesonderten Arbeiterpartei mit antikapitalistischen Zielen zu organisieren.

Damit ist jedoch noch nicht der Einfluß gebrochen, den die herrschenden Klassen auf die Arbeiterschaft in Fragen, in denen es sich nicht direkt um nächstliegende ökonomische Interessen handelt, durch religiöse Organisationen und Gewohnheiten oder durch nationale Empfindungen von früher her ausüben. Man darf sich

nicht etwa vorstellen, daß jeder, der für die Sozialdemokratie stimmt, sofort jeden Punkt des gesamten sozialdemokratischen Programms in gleicher Intensität vertritt. Die einen dieser Punkte werden ihm mehr, die anderen weniger am Herzen liegen, manche ihm sogar mißfallen. So kann die Sozialdemokratie je nach dem Wechsel der Situation, der verschiedene Punkte ihres Programms in den Vordergrund rückt, eine sehr verschiedene Kraft darstellen. Handelte es sich z. B. bei einer Reichstagswahl um neue Steuern, da scharten sich die Massen bisher viel zahlreicher um uns, als bei dem Kampf gegen Militarismus und Kolonialpolitik. Man vergleiche die Hottentottenwahlen von 1907 mit den Wahlen nach der Finanzreform von 1912.

Die Selbständigkeit des Denkens einer Klasse, eine wohlbegründete feste Ueberzeugung, die sich nicht von Stimmungen und Augenblicksinteressen hin- und herwehen läßt, ist ein Machtfaktor ersten Ranges. Nichts irriger, als die Meinung, der historische Materialismus erkläre alle politische Macht nur aus dem Portemonnaie. Er erklärt alle politischen und sozialen Erscheinungen in letzter Linie aus materiellen Bedingungen, nicht aber unter allen Umständen aus materiellen Interessen. Der Lerndrang, der den städtischen Proletarier vom Kleinbauern unterscheidet, ist auf die Eigenart seiner Lebensbedingungen, nicht seiner ökonomischen Interessen zurückzuführen, und dasselbe gilt von der Möglichkeit, jenem Drang zu genügen. Wenn wir vom Klassenkampf des modernen Proletariats bessere Erfolge erwarten, als den Klassenkämpfen der arbeitenden Klassen früherer Zeiten beschieden waren, so kommt dabei als wesentliches Moment der höhere Bildungsdrang und die höhere Bildungsmöglichkeit der heutigen Arbeiterschaft in Betracht.

Der historische Materialismus ist keineswegs unvereinbar mit der Erkenntnis, daß die erste Bedingung eines erfolgreichen Klassenkampfes die Befreiung der Köpfe der kämpfenden Klasse von dem Einfluß der gegnerischen Klasse ist. Aber gerade dieser Faktor läßt sich schwer genau feststellen, hier sind Illusionen leicht möglich. Trotz aller Fortschritte der ökonomischen Theorie und Statistik sind die Machtverhältnisse der Klassen und Parteien etwas schwer berechenbares geblieben, namentlich in abnormen Situationen.

In letzter Linie sind Verschiebungen in ihren Machtverhältnissen auf Veränderungen in den ökonomischen Verhältnissen zurückzuführen. Anderseits sind Machtverschiebungen ihrerseits auch in der Lage, ökonomische Veränderungen herbeizuführen, die unter bestimmten Bedingungen die ganze Produktionsweise gründlich umwandeln, unter Umständen sie bloß zu einer leichten Anpassung an die neuen Verhältnisse zwingen.

Die bürgerlichen Ökonomen verwechselten Ökonomie und Technik, sahen in ökonomischen Verhältnissen solche zwischen dem Menschen und den von ihm geschaffenen Dingen, sahen im Kapital und im Lohnfonds eine Aufhäufung von Dingen, die Größe des Kapitals und des Arbeitslohns damit unter bestimmten Verhältnissen gegeben. Marx zeigte, daß die ökonomischen Verhältnisse Verhältnisse zwischen Menschen, bloß durch Sachen vermittelt, sind, zeigte die Elastizität und Anpassungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer einzelnen Formen, gegenüber der bürgerlichen Ökonomie, die jeden Eingriff in den Produktionsprozeß für die schlimmste Gefährdung der Gesellschaft erklärte. Marx zeigte, wie oft gerade durch Eingriffe einer regelnden Macht, z. B. der Staatsgewalt oder der Gewerkschaften, der Produktionsprozeß nicht nur nicht geschädigt, sondern vielmehr auf eine höhere Stufe gehoben wird. Das war z. B. der Fall mit den erzwungenen Verkürzungen der Arbeitszeit, von denen die Unternehmer prophezeiten, sie würden den Untergang der Industrie herbeiführen.

Seitdem hat sich die Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Produktion nicht vermindert, sondern erheblich gesteigert, wie der jetzige Weltkrieg deutlich beweist. Das ist wohl einesteils dem Umstand zuzuschreiben, daß in der Industrie an Stelle des Herkommens und der Gewohnheit immer mehr die Wissenschaft tritt, die die Industrie in einem Zustand steter Revolutionierung hält. Anderseits der Zentralisation der Betriebe, ihrer Organisierung in Kartellen und Trusts, der Zunahme ihrer Beherrschung durch einige wenige Großbanken und der wachsenden ökonomischen Bedeutung der Staatsgewalt. An Stelle zahlloser Einzelwillen, die in einer neuen, unerhörten Situation schwer rasch zu einem einheitlichen Gesamtwillen zu vereinigen sind, treten einige wenige Machthaber, die alle in gleicher Weise interessiert und gewöhnt sind, sich mit einander zu verständigen. Ihnen gelingt es leichter, den Gesamtprozeß in eine neue Richtung zu lenken.

Diese wachsende Elastizität und Anpassungsfähigkeit der Produktion bedeutet keineswegs wachsende Lebensfähigkeit des Kapitalismus. Er verdankt sie dem Umstand, daß er sich immer mehr jenen Formen der Produktion nähert, die die sozialistische Produktionsweise kennzeichnen. Dabei bleibt er jedoch seinem kapitalistischen Wesen treu, der Profit bleibt seine Triebkraft. Das Profitinteresse steht nach wie vor im Gegensatz zu dem Interesse der Arbeiterklasse, die Produktionsweise ist gezwungen, die Masse ihrer Produkte rascher zu vermehren als die Masse ihrer Arbeitskräfte zunimmt. Diese Züge sind mit dem Kapitalismus unlöslich verbunden, sie sind es, die ihm immer größere Gegnerschaft in den besitzlosen Klassen der Gesellschaft erwecken, seinem Fortbestehen Grenzen setzen. Die wachsende Elastizität und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus ermöglicht es nicht, daß er ins Unendliche wächst

und besteht, sondern bloß, daß selbst eine Verschiebung der Machtverhältnisse der Klassen, die so weit geht, daß sie zu einer politischen und sozialen Katastrophe wird, nicht auch eine ökonomische Katastrophe werden muß, daß sich der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne ökonomischen Zusammenbruch vollziehen kann.

Betrachtet man diese heute bereits weitgehende Elastizität und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, dann wird man nicht mehr ohne weiteres aus der Tatsache, daß der Imperialismus seine starken ökonomischen Triebkräfte im Kapitalismus findet, einfach schließen, er sei unvermeidlich, so lange die kapitalistische Produktionsweise bestehe, und es sei ein Unsinn, ihm innerhalb dieser Produktionsweise widerstehen zu wollen.

Es fragt sich, ob nicht gesellschaftliche Schichten und Klassen bestehen, die ein Interesse daran haben, daß die unvermeidliche Ausdehnung des Kapitals heute schon gezwungen wird, andere Mittel zu wählen, als die der Ausdehnung des Kolonialreichs, die, das steht fest, von heute an für jede einzelne Macht nur durch einen neuen Weltkrieg erreichbar ist. Und ferner fragt es sich, ob diese Schichten und Klassen stark genug sind, den imperialistischen Tendenzen entgegenzuwirken.

Daß solche Schichten bestehen, die das dringendste Interesse am Weltfrieden und an der Abrüstung haben, ist nicht zu bezweifeln und bedarf keines Beweises. Kleinbürger und Kleinbauern, ja selbst viele Kapitalisten und Intellektuelle haben kein Interesse am Imperialismus, das stärker wäre, als die Schädigungen, die sie durch Krieg und Wettrüsten erleiden. Im Proletariat gesellen sich zu diesen Motiven des Kampfes gegen den Imperialismus noch die der Demokratie und der Internationalität.

Die Macht, die hinter diesen Interessen steht, läßt sich freilich nicht ermessen. Die am Imperialismus interessierten Schichten verfügen nicht bloß über die stärksten materiellen Machtmittel, sie üben einen gewaltigen ökonomischen und geistigen Einfluß auf breite Schichten der Bevölkerung, auch der arbeitenden Klassen aus.

Ob die Gegner des Imperialismus die Macht haben, ihn einzudämmen, ist also keineswegs sicher. Aber auch das Gegenteil steht nicht fest. Wir haben gesehen, daß gerade die Machtverhältnisse etwas unberechenbares sind. Das gilt besonders von einer Periode, wie der jetzigen, die ganz neue Situationen bringt.

Es ist richtig, die Partei der internationalen proletarischen Interessen hat sich nicht stark genug gezeigt, den Krieg unter den Umständen zu verhindern, unter denen er ausbrach. Aber man darf wohl sagen, die Opposition gegen ihn wäre stärker gewesen, wenn er deutlicher ein imperialistisches Gesicht getragen hätte,

nicht allenthalben als Kampf um die Selbständigkeit und Integrität der Nation empfunden worden wäre.

Wie der Gang des Krieges auf die imperialistischen Stimmungen und Tendenzen wirken wird, wissen wir nicht. Jedenfalls ist es nicht das geeignete Mittel, ihnen entgegenzuwirken, wenn man behauptet, der Imperialismus sei im jetzigen Stadium der kapitalistischen Produktion für diese unerläßlich, so lange es eine solche Produktion gebe. Welche Absichten man immer mit dieser Behauptung verfolgen mag, man besorgt damit die Geschäfte der Imperialisten, man erhöht ihren geistigen Einfluß in der Volksmasse und damit ihre Macht.

Und nur eine Frage der Macht, nicht aber der ökonomischen Notwendigkeit ist der Imperialismus. Er ist nicht nur nicht notwendig für das kapitalistische Wirtschaftsleben, seine Bedeutung dafür wird vielfach maßlos überschätzt.

Man kann zeigen, einmal, daß er nicht die einzige Triebkraft der Expansionsbewegungen der Staaten bildet. Zweitens, daß die Kolonialpolitik selbst, gerade in ihren wichtigsten Erscheinungen, nicht imperialistischen Ursprungs ist. Endlich drittens, daß die Gewaltpolitik des Imperialismus, weit entfernt, unerläßlich für die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus zu sein, selbst heute unter den Methoden der kapitalistischen Expansion nur die kostspieligste und gefährlichste, aber keineswegs die wirksamste bildet, und daß andere neben ihm angewandt werden, die weit größere ökonomische Bedeutung haben.

---

3. Ursachen des Ausdehnungsdrangs der Staaten.

Das charakteristische Merkmal des Imperialismus ist die Verbindung des Finanzkapitals mit dem industriellen Kapital.

Wer die historischen Wirkungen des Kapitals erkennen will, muß seine verschiedenen Gattungen klar unterscheiden. Dies hat zum ersten Male Marx im dritten Bande seines „Kapital“ getan, der dort das industrielle Kapital, das Handelskapital und das Geldkapital unterschied.

Auf dieser Basis weiterbauend, habe ich dann 1898 untersucht, wie die verschiedenen Arten des Kapitals sich zur Kolonialpolitik verhielten und in einer Artikelserie über „Aeltere und neuere Kolonialpolitik“ und dann „Kiautschau“ gezeigt, worin sich die neuere imperialistische Politik von der früheren Kolonialpolitik unterscheidet. (Neue Zeit, 1897/98.) Eine Ergänzung gab ich in der ausführlichen Polemik, die ich 1900 gegen Schippel führte, der für die damalige Flottenvorlage Stimmung machte, unter anderem deshalb, weil „heute so ziemlich jeder Engländer seinen Seeräuber im Busen hat, wie jeder Preuße seinen Gendarmen“ („Schippel,

Brentano und die Flottenvorlage", Neue Zeit 1899/1900). Von den gleichen Gedankengängen getragen war meine Schrift über „Handelspolitik und Sozialdemokratie", die zuerst 1901 erschien, endlich die Broschüre „Sozialismus und Kolonialpolitik", 1907. In jenen Arbeiten begründe ich manches ausführlicher, was ich im nächstfolgenden nur kurz andeuten kann.

Daß die erste erschöpfende und damit grundlegende Darstellung des Finanzkapitals, seiner ökonomischen Wurzeln, Bedingungen und Tendenzen auf Marxscher Basis durch Hilferdings „Finanzkapital" (1910) geleistet wurde, ist heute allgemein bekannt.

Das industrielle Kapital, die Klasse der industriellen Unternehmer, zeigt von Haus aus ganz andere Tendenzen als das Handels- und das Finanzkapital. Es neigt zum Völkerfrieden, zur Beschränkung der absoluten Staatsgewalt durch parlamentarische und demokratische Einrichtungen, nach Sparsamkeit im Staatshaushalt; es ist stets gegen Zölle auf Lebensmittel und Rohmaterialien. Selbst den Industriezoll betrachtet es vielfach nur als Erziehungszoll, als ein Ergebnis industrieller Rückständigkeit, das mit dem ökonomischen Fortschritt verschwinden soll.

Das Finanzkapital dagegen, die Klasse der großen Geldverleiher und Bankiers, neigt zur Förderung der absoluten Staatsgewalt, nach gewalttätiger Durchsetzung ihrer Ansprüche nach Innen und Außen. Es hat ein Interesse an großen Staatsausgaben und Staatsschulden, wenn diese nicht so weit gehen, den Staat bankerott zu machen. Es steht auf gutem Fuß mit dem großen Grundbesitz und hat gegen dessen Begünstigung durch agrarische Zölle nichts einzuwenden.

Die ökonomische Entwicklung brachte das Geldkapital und die ihm entsprechende Politik weit früher zur Macht als das industrielle Kapital. Aber im vorigen Jahrhundert kam dieses zur Herrschaft und drängte den Einfluß der Geldkapitalisten im Staate zusehends zurück. Das war jedoch nur ein vorübergehendes Stadium. Es wurde schließlich durch ein anderes überwunden, in dem die Form der Aktiengesellschaft das industrielle Kapital ergriff, nachdem sie viel früher schon für das Handels- und Geldkapital große Bedeutung gewonnen. Damit werden die größten und stärksten Teile des industriellen Kapitals mit dem Geldkapital vereinigt, zugleich aber auch ihre Verständigung mit dem großen Grundbesitz angebahnt. Trusts und die Zentralisation der Großbanken trieben diese Entwicklung auf die Spitze.

Die staatlichen Tendenzen des Finanzkapitals wurden jetzt zu allgemeinen Tendenzen der gesamten ökonomisch herrschenden Klassen der kapitalistisch fortgeschrittenen Staaten.

Das ist das eine Kennzeichen der heutigen Periode, die man als die imperialistische bezeichnet.

Das zweite ist die Tatsache, daß der Warenexport einen neuen Charakter annimmt. Die kapitalistische Produktion ist von ihren Anfängen an nicht bloß auf Befriedigung des inneren Bedarfes im Staate, sondern auch auf Export gerichtet. Der erste theoretische Grundsatz, den sie aufstellt, ist der, möglichst viel eigene Produkte ans Ausland zu verkaufen, möglichst wenig von ihm kaufen. Diese exportierten Produkte dienen jedoch nur dem Konsum des Auslandes. In der imperialistischen Periode reicht diese Art der Ausfuhr nicht mehr aus, die Produktivkräfte der entwickelten kapitalistischen Staaten ausreichend zu beschäftigen. Die Ausfuhr von Produktionsmitteln wird notwendig, die im Ausland als Kapital dienen, z. B. Material zum Bau und Betrieb von Eisenbahnen, durch die agrarische Gegenden aufgeschlossen werden, Maschinen zum Betrieb von Bergwerken, Plantagen, schließlich sogar von Industrien u. dergl.

Diese Tendenzen der zweiten Art sind wohl alle unwiderstehlich. Sie werden bestehen, so lange die kapitalistische Wirtschaft besteht. Ihre Eindämmung wäre nur möglich durch Einschränkung und Verkrüpplung der ökonomischen Entwicklung. Eine andere Frage ist die, ob damit auch alle jene der ersten Art, die staatlichen Methoden, deren sich das Finanzkapital bedient, unvermeidlich sind oder nur in einer Weise eingeschränkt werden könnten, die zu ökonomischem Niedergang führt.

Die auffallendste unter diesen Methoden ist die der kolonialen Expansion. Sie hat der ganzen Richtung der vom Finanzkapital beherrschten Staatspolitik den Namen gegeben. Nach ihr wird es Imperialismus genannt, das Streben, ein großes Imperium, Weltreich zu begründen, dessen agrarische Teile ausgedehnt genug sind, die überschüssigen Kapitalien des Mutterlandes aufzunehmen und in seinem Interesse anzuwenden. Wenn man von den heutigen Ausdehnungsbedürfnissen der Staaten spricht, so denkt man leicht unter allen Umständen an den Imperialismus. Auf der einen Seite wird er als Ursache jedes Ausdehnungsbestrebens angesehen. Auf der anderen Seite wird die imperialistische Ausdehnung als die einzige, heute noch mögliche betrachtet, die kapitalistische Produktionsweise weiter zu entwickeln.

Untersuchen wir zuerst die erstere Annahme. Verfolgen wir die Ausdehnungsbestrebungen der verschiedenen kapitalistischen Staaten der letzten Zeit im einzelnen, dann finden wir, daß keineswegs die imperialistischen Tendenzen, gekennzeichnet durch Vereinigung von industriellem Kapital und Finanzkapital und das Bedürfnis nach Kapitalausfuhr, die einzige Ursache der Ausdehnungsbestrebungen sind. Neben ihnen wirken noch andere, primitivere Tendenzen, die imperialistischen sind bloß die neuesten und darum auffallendsten, diejenigen, die den Theoretiker vor allem interessieren. Wie jede andere Erscheinung kann er auch diese nur in der Weise gründlich erkennen, daß er sie für sich allein betrachtet

und von allen störenden Nebenumständen absieht. Das beweist natürlich nicht, daß solche nicht existieren. Der Theoretiker muß auch diese in Betracht ziehen, wenn er den Gesamtprozeß untersucht.

Nicht jedes Streben nach Ausdehnung des Staates beruht direkt auf ökonomischen Motiven, wenn auch immer auf ökonomischen Bedingungen. Auch das Streben nach Macht oder Sicherheit kann es beeinflussen.

Die primitivste aller Ausdehnungstendenzen ist einfach die, sich Produkte fremder Arbeit gewaltsam nicht bloß vorübergehend einmal, durch Raub, sondern immer wieder durch ständigen Tribut anzueignen. Diese Tendenz läßt sich so weit zurückverfolgen, wie die geschriebene Geschichte. Sie hängt, wie wir gesehen, eng mit der primitiven markgenossenschaftlichen oder kommunalen Demokratie zusammen. So lange nicht die Methoden und Mittel moderner Bureaukratie entwickelt sind, vermag der fremde Herr den Tribut oder die Steuer nur von der Gemeinde oder Genossenschaft, nicht von den Einzelnen zu erheben. Das Herrschaftsverhältnis wird da oft zu einem Mittel, primitiven Kommunismus zu erhalten, zu festigen, oder neuzugestalten.

So beruhte bis vor kurzem der russische Despotismus auf dem Dorfkommunismus. Ebenso im 17. und 18. Jahrhundert in Paraguay der „wohlwollende, aufgeklärte" Despotismus der Jesuiten. Im britischen Indien wurde ein weitverbreitetes Steuersystem, im niederländischen Indien die ganze landwirtschaftliche Fronarbeit für die fremden Ausbeuter von Staatswegen auf diesen Kommunismus aufgebaut.

Vorbedingung einer derartigen Ausdehnung des Staates ist nur die eigene Ueberlegenheit an Machtmitteln. Irgend ein ökonomisches Bedürfnis etwa nach Förderung der eigenen Industrie ist dabei nicht im Spiele, sondern nur das Bedürfnis nach Verfügung über vermehrte Genuß- und Machtmittel. Es ist nichts als primitiver Raub, in ein dauerndes System gebracht.

Einem wirklichen ökonomischen Bedürfnis entspringt dagegen die Ausdehnungspolitik dort, wo sie durch einen Ueberschuß an Menschen im Mutterlande erzeugt wird. Diese Art Expansionsdrang hat große Wirkungen in der Geschichte der Menschheit geübt. Aber nicht im Zeitalter der kapitalistischen Kolonialpolitik. Diese Politik ist im 17. und 18. Jahrhundert begleitet von steten Klagen über Menschenmangel in den europäischen Staaten und steten Versuchen, die Bevölkerung zu vermehren. Wohl finden wir in manchen Gegenden eine starke Auswanderung, aber sie wird nicht durch übermäßige Vermehrung der Bevölkerung hervorgerufen, sondern durch politischen Druck des aufkommenden Absolutismus, durch ökonomischen Druck, der das Landvolk expropriiert und die Zahl der Besitzlosen anschwellen läßt.

Und nicht besser ist's im 19. und 20. Jahrhundert. Die Gegenden, die fast ausschließlich die heutigen Auswanderer liefern, exportieren mit Menschen gleichzeitig auch Lebensmittel. Es ist also keineswegs eine Einengung des Nahrungsspielraums an der Auswanderung schuld.

Nichts irreführender, als die Behauptung moderner Kolonialpolitiker, Kolonien seien notwendig, um den Menschenüberschuß der Industrieländer aufzunehmen. Auswanderungsländer sind heute Agrarländer, wie Rußland, die Balkanstaaten, Irland, Indien. Die dichtbevölkerten Industrieländer sind Einwanderungsländer.

Unter den agrarischen Klassen ist es wieder weit weniger der Bauer als der Großgrundbesitzer, der Expansionspolitik treibt. Der Bauer verlangt nicht nach mehr Land, als er mit seiner Familie bewirtschaften kann. Der Großgrundbesitzer, der das Land nicht mit eigener Arbeit, sondern mit Lohn- oder Zwangsarbeitern bebaut, kann nicht genug davon haben. Wo der Feudaladel über die nötige militärische Kraft verfügte, drängte er nach Erweiterung des Staatsgebiets, das natürlich sein Gebiet werden sollte. So war der Adel im Mittelalter die Seele der deutschen Expansionspolitik gegenüber den Slaven; in Spanien und Frankreich bildete er neben dem Absolutismus die stärkste Triebkraft der Kolonialpolitik im 16. und 17. Jahrhundert. In Amerika richteten die spanischen und französischen Eroberer neue Feudalherrschaften ein. Das spanische Amerika wie das europäische Spanien leiden heute noch unter den Folgen dieser Expansionspolitik, die nichts weniger bedeutete, als eine Förderung des ökonomischen Fortschritts. Sie stärkte den Absolutismus und Feudalismus in Spanien, während sie gleichzeitig dieses Land in ewige Kriege verwickelte, die es schließlich ruinierten, trotz der stolzen Erfolge, die lange die spanischen Waffen auf den Schlachtfeldern davontrugen.

Das Latifundiensystem, das die Spanier nach ihren Besitzungen in Amerika brachten, hat aber auch deren ökonomischen Aufschwung und politische Konsolidierung verhindert. Die mexikanischen Verhältnisse sind das Ergebnis ungehinderter Herrschaft des Großgrundbesitzes, die nicht verbessert wird dadurch, daß er jetzt die Interessen des Staates an amerikanische und europäische Spekulanten verschachert.

Frankreich wurde von seiner amerikanischen Kolonialpolitik im 18. Jahrhundert weniger hart getroffen, weil es seine Kolonien an die Engländer verlor. Sie stärkte nicht den Absolutismus und Feudalismus, wie in Spanien, ihr Mißerfolg trug vielmehr zur Schwächung und zum Sturz jener Mächte bei, zur französischen Revolution, durch die das von der kolonialen Last befreite Land einen neuen, gewaltigen Aufschwung erfuhr.

In den Vereinigten Staaten waren es auch hauptsächlich die großen Sklavenhalter der Südstaaten, die Expansionspolitik trieben.

Ihre Produktionsweise war ein so rücksichtsloser Raubbau, daß sie rasch den Boden erschöpfte und den Drang nach Besetzung immer neuer Gebiete erweckte, die für die Produktion von Tabak und Baumwolle geeignet waren. Unter ihrem Antrieb vollzogen sich die großen Eroberungszüge der Vereinigten Staaten gegen Mexiko, durch die sie sich in der Zeit von 1844 bis 1848 Texas, Kalifornien und Neumexiko einverleibten, ein Gebiet, fast dreimal so groß wie das Deutsche Reich.

Als in dem Sezessionskrieg, der 1861 begann, die Macht der Sklavenhalter durch die der industriellen Kapitalisten, Proletarier und Bauern des Nordens gebrochen wurde, nahm auch der Expansionsdrang der Vereinigten Staaten für lange hinaus ein Ende, sehr zum Vorteil ihrer ökonomischen Entwicklung.

Die Warenproduktion entwickelt neue Faktoren, die zeitweise einen staatlichen Expansionsdrang hervorrufen. Der primitivste darunter ist das Auffinden einer viel begehrten Ware in einem Gebiet. Sofort ersteht damit das Bedürfnis, dies Gebiet zu besetzen. Den mächtigsten Drang erweckt natürlich jene Ware, die unter allen Umständen Macht und Reichtum bedeutet, weil jeder sie brauchen kann, jeder sie nimmt und keiner jemals zu viel davon hat: die Geldware, Gold und Silber.

Sie war das erste Lockmittel, das die Spanier nach Amerika zog, die Einrichtung der Latifundien dort folgte erst später. In Kalifornien war es umgekehrt das Gold, das den Latifundien einen erhöhten Wert gab und zahllose Einwanderer anlockte. Australien erhielt für England ebenfalls erst Bedeutung durch sein Gold.

Bis heute ist Goldreichtum eine der Triebkräfte der Kolonial- und Expansionspolitik geblieben, wie der Burenkrieg um die Jahrhundertwende gezeigt hat. Gerade in ihm hat man besonders deutlich die Züge des neuen Imperialismus entdeckt. Er hat den Gegensatz von Imperialismus und Sozialismus zum ersten Male scharf in der Volksmasse Englands hervortreten lassen. Und doch war er nicht imperialistisch im strengsten Sinne des Wortes.

Vergessen wir nicht, daß der Imperialismus von einzelnen unserer Genossen aufgefaßt wird als eine Notwendigkeit für die weitere industrielle Entwicklung. Darin soll seine Bedeutung für die Arbeiterklasse liegen. Sie können dabei nur im Auge haben die industrielle Seite des Imperialismus, einerseits die Verbindung von Finanzkapital und industriellem Kapital und auf der andern Seite die Notwendigkeit wachsenden Kapitalexports. Beides spielte im Burenkrieg nur eine geringe Rolle. Es war weniger industrielles, in Finanzkapital verwandeltes Kapital, als vielmehr reines Finanzkapital, das nach dem Besitz der Gold- (und auch der Diamantminen) strebte; weniger das Bedürfnis nach Gewinnung von Gold durch wachsenden Export, als das Bedürfnis nach Gewinnung von Gold ohne Warenaustausch, was nach der Erschließ-

ung des Landes drängte. Es waren dieselben Triebkräfte, die die Spanier des 16. Jahrhunderts beseelten, nur daß sie nicht dem Absolutismus und Feudalismus, sondern einigen Finanzmagnaten zugute kamen.

Neue Gold- und Silberschätze konnten allerdings die kapitalistische Industrie sehr fördern, aber sie mußten das keineswegs gerade in dem Staate bewirken, der die Gold- und Silberländer besaß. Der reiche Ertrag an Edelmetallen des spanischen Amerika diente noch mehr, als dessen Latifundien, dazu, den Absolutismus und den Feudalismus sowie die Kirche des Mutterlandes gegenüber den bürgerlichen Klassen zu kräftigen. Die reichen Schätze wurden im Import von Luxusmitteln und namentlich in endlosen Kriegen verschwendet, die das Land entvölkerten und verödeten, trotzdem es von fremder Invasion lange verschont blieb.

Weniger bedeutend für den Expansionsdrang als Gold und Silber aber doch auch wichtig wurden andere einzelnen Gegenden eigentümliche Produkte. Namentlich kostbares Pelzwerk spielte da eine große Rolle. Es trieb Engländer und Franzosen zur Besetzung des nördlichen Amerika, zog die Russen nach Sibirien.

Die im 16. Jahrhundert vielbegehrten Gewürze gehörten zu den kostbarsten der Güter, die zuerst die Portugiesen und dann die Holländer nach Indien lockten. Die moderne Medizin und Chemie hat dieser Anziehungskraft einzelner, beschränkter Gebiete ein Ende gemacht.

Eine andere Ware, die Afrika besonders gut produziert, versendbare und verkäufliche Arbeitskräfte, hat viel zu seiner sogenannten „Kolonisierung" beigetragen. Der profitable Sklavenhandel veranlaßte die verschiedensten Staaten, auch deutsche, im 16. und 17. Jahrhundert afrikanische Gebiete für Menschenjagd und Menschenhandel zu besetzen. Heute sind es namentlich Elfenbein und Kautschuk, die Zentralafrika zu einem Kolonialland machen.

Diese Art Triebkraft der Expansionspolitik ist in der Regel sehr kurzlebig, da sie auf rascheste Gewinnung, damit aber auch Ausrottung der von der Natur gelieferten Produkte, nicht auf ihre planmäßige künstliche Produzierung ausgeht. Gerade deshalb aber drängt sie zu raschem Vorgehen, zur Erschließung immer neuer Gebiete, ebenso wie es der Raubbau der Plantagenwirtschaft der amerikanischen Südstaaten tat. Die fortschreitende Ausrottung der Pelztiere veranlaßte die Russen, mit unglaublicher Schnelligkeit ganz Sibirien zu durchqueren und zu annektieren. Die ebenso rasche Ausrottung des Elefanten und der Kautschukbäume bildet eine starke Triebkraft für die so rapid betriebene Erschließung und namentlich Annektierung des tropischen Afrika. Das Einengen, nicht das Fördern dieser Expansion des Raubbaus liegt im Interesse gerade der dauernden Erhaltung der Zufuhr der begehrten Produkte. Je größer die Gefahr, daß die Produkte durch Jagd oder

Fällung in immer neuen Revieren so lange gewonnen werden, bis sie ausgerottet sind, desto notwendiger der Zwang sie durch planmäßige Produktion auf bestimmten, beschränkten Gebieten immer wieder von neuem zu erzeugen.

Der Drang nach Erbeutung der kostbaren Produkte und nach Besetzung der Gebiete, die solche Produkte bergen, setzt natürlich den Warenhandel voraus. Der Trapper jagt nicht nach Pelztieren, weil er einen Pelz für sich braucht — der Bedarf wäre bald befriedigt —, sondern weil der Händler ihm so viel davon abnimmt, als ihm zu erbeuten gelingt.

Dem Warenhandel ist das Bedürfnis nach Expansion von Anfang an eigentümlich. Er ist früher Außenhandel, wie Binnenhandel. Die erste Form des Handels ist die zwischen verschiedenen Gemeinwesen. Sie ist älter als der Handel innerhalb des gleichen Gemeinwesens. Mit dem Bedürfnis nach Expansion geht aber bei ihm Hand in Hand das nach Monopolisierung — gleichzeitig aber auch nach Konkurrenz. Monopol für sich, Konkurrenz für die andern. Seine Triebkraft ist der Profit, den er daraus zieht, daß er billig kauft und teuer verkauft. Er wird am billigsten dann kaufen, wenn er allein als Käufer auf dem Markte auftritt und die Zahl derjenigen, die verkaufen wollen, eine ungeheuer große ist. Ebenso wird er am teuersten dann verkaufen, wenn er als einziger Verkäufer dasteht und die Zahl derjenigen, die seiner Ware bedürfen, eine ansehnliche ist. Der Kaufmann sucht daher frühzeitig die Mitbewerber vom Markte fernzuhalten, was aber in der Regel nur durch Gewalt möglich ist. Es ist ausgeschlossen, daß er allein die Kraft dazu besitzt. Der Staat soll sie ihm leihen. Der Kaufmann drängt daher auf eine starke, aber freilich ihm ergebene Staatsgewalt, auf die Ausdehnung des ihr unterworfenen Gebiets und womöglich auf eine besondere Privilegierung innerhalb dieses Gebiets. Das erreicht er am besten durch Verbindung mit dem so mächtigen Finanzkapital, eine Verbindung, die weit älter ist, als die zwischen industriellem und Finanzkapital.

In der ganzen europäischen Kolonialpolitik seit dem 16. Jahrhundert spielen Handelsgesellschaften, Aktiengesellschaften, die vom Staate mit Handelsmonopolen bedacht werden, eine große und stets wachsende Rolle. Sie haben zur Entwicklung des Kapitalismus mächtig beigetragen. Und doch wurden auch sie ein Hindernis weiterer Entwicklung, die erst weiter gehen konnte, nachdem sich ökonomische und politische Mächte gebildet hatten, die stark genug waren, die Monopole jener Gesellschaften zu brechen und ihre Expansionspolitik einzudämmen.

Der industrielle Kapitalist ist wohl im Grunde ebenfalls nur ein Kaufmann. Auch seine Triebkraft ist der Profit, auch er hat ein Interesse daran, billig zu kaufen und teuer zu verkaufen. Aber die wichtigste Quelle seines Profits bildet die Arbeitskraft, die die

Gabe hat, mehr Wert zu produzieren, als sie kostet. Wohl hängt sein Profit nicht davon allein ab. Wenn er sich beim Kauf des Rohmaterials irrt, es zu teuer kauft, oder schlechte Maschinen anschafft, kann das seinen Profit sehr kürzen. Ebenso kann das dadurch geschehen, daß er den Bedarf falsch einschätzt, die Waren, die er produziert, lange unverkauft liegen bleiben oder gar überhaupt keinen Absatz finden. In dieser Beziehung unterscheidet er sich nicht von einem Kaufmann. Indeß ist für ihn nur Begleiterscheinung, was für diesen der Inhalt seines ganzen Profitstrebens. Die Hauptsache bleibt für den industriellen Kapitalisten der billige Kauf der Arbeitskraft und deren möglichste Ausnützung.

Insofern wünscht er auch für sich das Monopol und für die andern, die Arbeiter, die Konkurrenz. Der Unternehmerverband ist ihm seit jeher eine geheiligte Sache, die Arbeiterorganisation lange ein Werk verruchter Hetzer.

Indessen wünscht er die Konkurrenz nicht bloß für die Arbeiter, sondern auch für die Händler, von denen er Rohmaterialien und seine Arbeiterschaft Lebensmittel bezieht, und ebenso für die Händler, die ihm seine Ware abkaufen wollen.

Je mehr ihrer auf dem Markt erscheinen, um so besser für ihn. Also weg mit allen Handelsmonopolen, weg auch mit der Ausschließung ausländischer Kaufleute vom Markt. Volle Freiheit für alle Händler aller Nationen.

Diese Auffassung wurde durch das industrielle Kapital zum Siege gebracht, dadurch erst seine rasche Entfaltung ermöglicht, damit hat es aber auch die internationalen Verhältnisse völlig umgewälzt.

Das Monopol, das der Händler oder die Händlerkompagnie für sich zu erreichen suchte, war nur durchzusetzen durch Gewalt, die eigene oder die staatliche. So lange diese Monopolwirtschaft dauerte, war jedes Handelsschiff ein Kriegsschiff, hatte zwar nicht jeder Engländer, aber jeder Händler, welcher Nation immer, „den Seeräuber im Busen", wurde der Handel der im Seekrieg unterliegenden Nation vom Meere verjagt, dauernd, nicht bloß vorübergehend. Damals traf das Wort zu, daß der Handel der Flagge folgt, das heißt, der Kriegsflagge. Damals erreichte Englands Seehandel durch die Macht seiner Kriegsflotte seine weltbeherrschende Größe, oder vielmehr, beide Erscheinungen standen in engster Wechselwirkung zu einander. Denn ohne die Fülle kühner und kundiger Seeleute, die der Aufschwung des Seehandels und der Seefischerei schuf, hätte die englische Kriegsmarine nicht ihre Uebermacht erlangen können. Mit dem Bau von Kriegsschiffen ist es nicht getan.

Seit dem 19. Jahrhundert, seit dem Zusammenbruch der Aera der Handelsmonopole, ist aber der Satz, daß der Handel der Flagge folgt, ein Anachronismus geworden. Heute ist der Frieden der

Normalzustand für den Handel und seine Triebkraft nicht die das Monopol schützende Kanone, auch nicht das Torpedo, sondern der Profit. Man kauft von dem, der am billigsten liefert und nicht von dem, der die meisten Kriegsschiffe hat.

Nicht einmal von der Rhederei gilt es, daß sie vom Stand der Kriegsflotte abhängt. Nach England und Deutschland besitzt die stärkste Handelsflotte in Europa das kleine Norwegen; sie umfaßte 1911 1,646,000 Registertonnen. Sie ist größer als die der größten europäischen Seemächte nach England und Deutschland, größer als die Frankreichs, die nur 1,462,240 Tonnen umfaßte, Italiens mit 1,107,190 Registertonnen (1910) oder gar als die Rußlands, die 1913 bloß 756,600 Tonnen stark war. Die Flotten Schwedens, Norwegens und Dänemarks zusammen waren fast so stark als die deutsche Handelsflotte, die 1913 einen Raumgehalt von 3,153,724 Registertonnen aufwies, die der skandinavischen Reiche dagegen 2,990,290.

Dabei ist aber der Seehandel gar nicht abhängig von der Rhederei, vom Bestand der Handelsflotte. Der Handel kann seine Waren auch auf fremden Schiffen verfrachten. Das Land verliert dabei wohl den Verfrachtungsgewinn, doch braucht das die Entwicklung der Industrie nicht zu hindern. Die Handelsflotte der Vereinigten Staaten ist höchst geringfügig, ihr Seehandel der stärkste der Welt, nach dem Englands. In ihren Häfen kamen im Jahre 1912/13 Schiffe mit einem Raumgehalt von 50,6 Millionen Registertonnen an, in denen Großbritanniens und Irlands 76,2 Millionen, in denen Deutschlands nur 25,5 Millionen.

Das auffallendste Beispiel dafür, wie unabhängig die Ausdehnung des Seehandels von der der Flotte ist, liefert Belgien. Seine Kriegsflotte ist gleich Null; die Handelsflotte umfaßte 1912 105 Schiffe mit 181,600 Registertonnen. In den belgischen Häfen aber kamen im Jahre 1912 Schiffe mit einem Raumgehalt von 16,4 Millionen Registertonnen an, davon 14,5 Millionen fremde und 1,9 Millionen eigene.

Selbst wenn die Engländer die Absicht und die Macht hätten, die deutsche Handelsflotte zu zerstören — das eine ist ebenso unwahrscheinlich wie das andere — bedeutete das nicht die Zerstörung des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Es wäre natürlich eine schwere Schädigung des deutschen Wohlstandes, ebenso wie eine jede andere Vernichtung gleicher Werte, wie sie der Landkrieg z. B. in Ostpreußen mit sich gebracht hat, oder als die Zahlung einer Kriegsentschädigung darstellte.

Handel und Verkehr würden durch die Vernichtung so vieler Transportmittel schwer getroffen — aber der gesamte internationale Handel, nicht bloß der deutsche allein. Anderseits würde aber auch der deutsche Handel beeinträchtigt, wenn umgekehrt die inter-

nationale Handelsflotte durch Vernichtung der britischen auf die Hälfte ihrer jetzigen Leistungsfähigkeit herabgedrückt würde.

Im Jahre 1912 kamen, abgesehen vom Küstenverkehr, in den deutschen Häfen deutsche Schiffe mit 13 Millionen Registertonnen an (genau 12,960,273), und fast ebenso viele fremde Schiffe (12½ Millionen Registertonnen, genau 12,529,776), davon die Hälfte britische (6 Millionen Tonnen, genau 5,957,123).

Im Jahre 1651 konnte England noch die Navigationsakte durchsetzen, die bestimmte, daß Waren nach England nur in englischen Schiffen oder in Schiffen des Landes, das jene Waren erzeugt, gebracht werden durften. Seit 1815 mußte ein Stück nach dem andern dieses Gesetzes aufgegeben werden, teils weil fremde Mächte ihrerseits mit Erschwerungen des englischen Handels vorgingen, darunter Mächte ohne erhebliche Kriegsflotte, aber mit starkem Handelsverkehr nach England (zuerst die Amerikaner, später Preußen), teils weil der englische Handel selbst darunter litt. Endlich 1849 wurde die Akte völlig aufgehoben. Seitdem hat sich der internationale Handel so entwickelt, daß ein ähnliches Gesetz ganz undurchführbar wäre, ihn aufs ärgste stören müßte und daher kein Mensch mehr an solche Bestimmungen denkt, auch wenn er noch so sehr den Seeräuber in seinem Busen hegen mag.

Wohl ersteht in den letzten Jahrzehnten ein neuer Monopoliengeist durch die wachsende Verbindung des Finanzkapitals mit industriellem Kapital. Aber es sind keine nationalen Handelsmonopole mehr, die sie anstreben und keine Kriege zum Schutze dieser Monopole sowie zur Zerstörung des feindlichen Handels. Die neuen Monopolbestrebungen gehen vor allem auf ökonomische Beherrschung der großen Verkehrsmittel und Quellen von Produktionsmitteln aus. So weit diese Bestrebungen den Seehandel erfassen, müssen sie, seiner heutigen Ausdehnung und Natur nach von vornherein international sein. In den Schiffahrtstrusts oder Pools, die sich bildeten, arbeiteten deutsche und englische Rheder einträchtig zusammen an der Hochhaltung der Frachtraten.

Der Handel aber, völlig getrennt von der Rhederei, hat nicht das mindeste Interesse am Gelingen dieser monopolistischen Bestrebungen, die ihn wie die Industrie, nur einengen.

Neben dem Bestreben nach Gewinnung eines Handelsmonopols und nach Ausdehnung seines Gebiets gab es noch ein anderes Expansionsbestreben, das dem aufkommenden Warenhandel entsprang und das heute noch historische Wirkungen übt, jetzt vielfach als imperialistisch bezeichnet wird, obwohl es lange vor dem Zeitalter des Imperialismus auftaucht: das Streben nach einem Seehafen.

Der Wassertransport ist seit jeher die billigste Art des Warenverkehrs. Sie ist für Massengüter, wie Getreide oder Holz, Erze, lange die einzige, die sie möglich macht. Sie erweist sich selbst

heute, wo die Eisenbahnen den Massentransport zu Lande ermöglichen und erstaunlich billig machen, ihnen für den Transport aller Güter überlegen, bei denen es nicht auf Kürze und pünktliche Einhaltung der Lieferfrist ankommt.

Damit sind die Vorteile des freien Zugangs zum Meer für den Anteil am Weltverkehr nicht erschöpft: das Meer ist die einzige Straße, die, wenigstens im Frieden, jedem freisteht, die er bedingungslos benutzen kann. Ein Land, das vom Meere abgeschnitten ist, bleibt immer von der Zoll- und Tarifpolitik, dem Stand der Straßen, Kanäle und Eisenbahnen der Nachbarn abhängig, die nicht nach seinen Bedürfnissen, oft im Gegensatz zu ihnen gestaltet werden. Nur ein Land, das über einen Seehafen verfügt, steht in direkter Verbindung mit dem Weltmarkt. Sobald dieser an Bedeutung für einen Staat gewinnt, sobald seine Ausfuhr und Einfuhr ein Lebensinteresse wird, ersteht daher auch das Bedürfnis, sein Gebiet bis ans Meer vorzuschieben, wenn es nur irgendwie geht.

Serbien steht heute noch in dem Stadium, in dem die Bildung des Nationalstaats nicht bloß seinen demokratischen Schichten am Herzen liegt, sondern auch für seine herrschenden Klassen ein Bedürfnis ist. Aber der Drang nach einem Seehafen ließ sie in ihrem Kriege gegen die Türkei das Nationalitätenprinzip durchbrechen, als sie Durazzo auf albanischem Boden verlangten. Wenn heute aus dem Kriege ein selbständiges Polen erstünde, so wäre damit auch sein Streben nach einem Ostseehafen gegeben. Zur alten Republik Polen gehörte unter anderen Häfen die Seestadt Danzig.

Als Peter der Große sich daran machte, Rußland mit dem Welthandel in Verbindung zu bringen, suchte er auch sofort nach dem Meere vorzudringen. Es gelang ihm, Rußland bis an die Ostsee vorzuschieben, Katharina II. dehnte das Reich bis an das Schwarze Meer aus. Aber beides, Ostsee und Schwarzes Meer sind Binnenseen, der Verkehr durch sie nach dem Weltmeer jederzeit zu unterbrechen. Daher das Ziel der russischen Sehnsucht nach Konstantinopel, das den Ausgang aus dem Schwarzen Meer beherrscht und Rußlands wichtigste Ausfuhr, die des Getreides seiner südlichen Provinzen, vom Belieben der Beherrscher des Bosporus abhängig macht.

Käme nur der Handel Rußlands in Betracht, sein Drang nach Konstantinopel hätte bei den kapitalistischen Nationen des Westens keinen Widerstand gefunden, die an dem Gedeihen des Handels mit Rußland in gleicher Weise interessiert sind, weshalb auch die englischen Freihändler und Industriellen, gerade seine Radikalen, stets Russenfreunde waren, zum großen Verdruß von Marx und Engels.

Aber Rußland ist auch eine kolossale Kriegsmacht. Es war bisher der einzige Staat, der den britischen Besitz in Ostindien zu gefährden vermochte. Es bedrohte aber auch die Mittelmeermächte, Frankreich und Italien, sobald es in Konstantinopel eine Basis gewann,

die ihm erlaubte, Griechenland, Kleinasien, Syrien, Aegypten zu beherrschen.

Daher haben sich diese Mächte stets dem Vordringen Rußlands nach Konstantinopel widersetzt. Seine Kriegsmacht war viel mehr ein Mittel, es von dort fern zu halten, durch das Mißtrauen, das sie erzeugte, als seinen Fortschritt dorthin zu fördern. Es ist nicht das einzige Beispiel in der Weltgeschichte, daß die außergewöhnlich starke Heeresmacht eines Staates das Gegenteil dessen erzielt, was sie erreichen soll, wegen des Argwohns, den sie bei anderen Staaten hervorruft und der diese veranlaßt, sich gegen jenen zusammenzutun, den sie als gemeinsame Gefahr betrachten.

Das Bedürfnis nach direkter Verbindung mit dem Meere wird von allen Klassen empfunden, die am Welthandel ein Interesse haben; je mehr dieser den ganzen wirtschaftlichen Prozeß ergreift, desto mehr wird es ein nationales Bedürfnis, auch der Bauern und Industriellen.

Noch in anderer Weise kann das industrielle Kapital schon in der vorimperialistischen Epoche Interesse an einer Expansionspolitik bekommen. In manchen Ländern sind die Bedingungen für die kapitalistische Industrie so ungünstig, daß sie in keiner Weise imstande ist, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Zu diesen ungünstigen Produktionsbedingungen gehört vor allem die Rückständigkeit der Arbeiterklasse. Der Mensch ist das vornehmste Produktionsmittel, seine Beschaffenheit entscheidet über das Gedeihen der Industrie. Der Staat kann durch nichts die Industrie mehr fördern, als durch weitgehende Sorge für das körperliche und geistige Gedeihen der Arbeiterschaft, durch nichts sie mehr schädigen, als durch die Herabdrückung der arbeitenden Klassen.

Je mehr diese herabgedrückt, verkommen, leistungsunfähig sind, desto mehr ist die Industrie auf weitgehenden Zollschutz angewiesen, soll sie sich gegenüber der internationalen Konkurrenz behaupten. Dabei muß aber jede kapitalistische Industrie wachsen, ihr Absatzgebiet ausdehnen. Vermag sie nicht auf den Weltmarkt hinauszutreten, dann drängt sie danach, ihr Absatzgebiet zu erweitern durch Ausdehnung der Zollschranken, die sie schützen, also des Staatsgebiets.

Auch dafür bietet in der Gegenwart Rußland den auffallendsten Beleg. Sein industrielles Proletariat, belastet mit den Traditionen der Leibeigenschaft, von der Staatsgewalt gewaltsam in Unwissenheit erhalten, an jeder Organisation verhindert, der Ueberarbeit, dem Trunk preisgegeben, vermochte nicht auch nur annähernd eine Arbeit zu leisten, die sich mit der westeuropäischer Arbeiter messen konnte.

Dieselben Umstände jedoch, die den Arbeiter so degradierten und seine Produktivität so herabsetzten, setzten die Konsumfähigkeit des

russischen Bauern, das heißt, nicht sein Bedürfnis, aber seine Kaufkraft für die schlechten und teuren Produkte der russischen Industrie herab. Sollte deren Absatzmarkt wachsen, dann erschien es als das bequemste und nächstliegende, das russische Gebiet auszudehnen, nicht nach Westen mit seinen wehrhaften Nationalstaaten, seiner modernen Demokratie und seiner entwickelten Industrie, sondern nach Osten, nach rückständigen Gegenden mit bloß primitiver Demokratie, und darüber aufgebautem orientalischem Despotismus ohne militärische Kraft. So überschritt Rußland den Kaukasus, drang in Zentralasien bis an den Himalaya, faßte Fuß in der Mandschurei, suchte noch in unseren Tagen sich der Mongolei und Persiens zu bemächtigen.

Dabei waren freilich nicht allein die Bedürfnisse der kapitalistischen Industrie maßgebend. Noch kraftvoller wirkte hier das ganz primitive Expansionsstreben, das wir vom Anfang der Geschichte an sehen, das jeden orientalischen Despotismus kennzeichnet, das Bedürfnis nach Vermehrung der Tribute und tributpflichtigen Gegenden, was modernisiert auftritt als Streben, die Zahl der Steuerzahler und die Menge der gezahlten Steuern zu vermehren, dem Finanzkapital neue Lieferungen und Ausbeutungsobjekte zuzuschanzen, die Zahl der gutbezahlten Stellen für Offiziere und die Bureaukratie zu erhöhen und damit die Machtmittel des Absolutismus zu steigern.

Für die Industrie Rußlands wäre es wichtiger gewesen, den Einfluß und die Einkommen dieser Klassen zu beschneiden. Mit den Kosten dieser Expansionspolitik und der Kriege, die sie seit einem Jahrhundert verursachte, konnte man zahllose Schulen bauen, die Verkehrsverhältnisse des Landes glänzend gestalten, die Produktion der bäuerlichen Landwirtschaft intensiv steigern und so auf der einen Seite die Konsumfähigkeit der ländlichen Klassen wie die Produktivität der industriellen Arbeiterschaft rapid heben und für die russische Industrie Absatz und Konkurrenzfähigkeit auf eine hohe Stufe bringen.

Die Methode der Ausdehnung des Staatsgebiets war freilich die bequemere, nicht nur, weil sie weniger Denken erforderte, sondern vor allem, weil sie bei der herrschenden Clique nicht auf Widerstand stieß, sondern Unterstützung fand. Es waren reine Machtverhältnisse, nicht ökonomische Notwendigkeit, die jene Methode durchsetzten. Die ökonomische Entwicklung wäre bei Durchbrechung dieser Machtverhältnisse weit besser vorwärts gekommen.

Wenn die russische Industrie sich an Leistungsfähigkeit jetzt mehr der westeuropäischen nähert, verdankt sie das nicht der Expansivpolitik des Staates, sondern dem Einströmen ausländischen Kapitals und dem Aufschwung, den die Arbeiterbewegung trotz aller Hindernisse schließlich nahm.

Alle die Expansionsbestrebungen, die wir bisher betrachtet haben, sind, streng genommen, nicht imperialistischer Natur. Es gibt aber kaum irgend eine imperialistische Richtung, die nicht auch von Expansionsbestrebungen der hier dargelegten vorimperialistischen Formen durchdrungen wäre.

Jede dieser Bestrebungen ist ökonomisch bedingt, aber die meisten unter ihnen sind ökonomisch nicht nur nicht notwendig, sondern schädlich; sind das Produkt von Mächten, die die industrielle Entwicklung nicht fördern, sondern einengen. Je mehr es gelingt, sie zurückzudrängen, desto besser nimmt die ökonomische Entwicklung ihren Fortgang.

---

4. Verschiedene Arten und Objekte des Imperialismus.

a) Der britische Staatenbund.

Unter den Kolonialmächten des 17. und 18. Jahrhunderts ist England die einzige, deren industrielle Entwicklung durch die Kolonialpolitik gefördert wurde. Wohl waren auch an ihren Anfängen ein nach absoluter Macht strebendes Königtum und ein nach feudalem Grundbesitz strebender Adel beteiligt, aber seine Seemacht und sein kolonialer Besitz bekamen erst große Bedeutung zu einer Zeit, als die kapitalistischen Klassen ökonomisch und politisch stark genug geworden waren, ihren Anteil an den Früchten dieser Macht und dieses Besitzes zu erlangen und damit Handel und Industrie weiter zu entwickeln. England gelangt zuerst zur Seeherrschaft in der bürgerlichen Revolution und durch sie. Diese Revolution kam in der Mitte des 17. Jahrhunderts zum Siege und fand dann in der „glorreichen Revolution" von 1688 ihren definitiven Abschluß in der Auslieferung der Staatsgewalt an ein Königtum und einen Adel, die dem kapitalistischen Interesse ergeben, ja unterworfen waren, und die die höheren kapitalistischen Schichten als Mitregenten im Parlament zuließen. Nicht minder eigenartig, wie im 18. Jahrhundert, gestaltete sich Englands Kolonialpolitik im neunzehnten. Sie beruht auf zwei Pfeilern, über die kein anderes Kolonialreich verfügt und verfügen kann. Käme es einmal dahin, daß sie Englands Obergewalt abschüttelten, dann wäre kein anderer Staat mehr imstande, sie sich untertan zu machen. Und nirgends sind die Bedingungen gegeben, etwas ähnliches zu gestalten.

Den einen dieser beiden Grundpfeiler des britischen Kolonialreichs bilden seine drei großen agrarischen Kolonien europäischer Kultur: Kanada, Südafrika, Australien. Ihre Bevölkerung ist freilich gering, gemessen an der Volkszahl der gesamten britischen Besitzungen, die rund 400 Millionen ausmacht. Aber sie bedeuten große ökonomische wie politische Kräfte. Ihre Bevölkerung ist nicht nur über das Stadium der primitiven Demokratie hinausgelangt,

sie ist im vollsten Maße von dem Streben der modernen Demokratie erfüllt, mehr als eine europäische Bevölkerung, weil sie, ebenso wie die der Vereinigten Staaten, keine Ruinen aus den Zeiten des Feudalismus und Absolutismus mit sich zu schleppen hat, weder in ihrer Staatsverfassung noch in ihrem Denken.

Und ökonomisch gewinnen diese Kolonien als Käufer wie als Verkäufer für den Weltmarkt die höchste Bedeutung, deren eine kraftvolle, durch keinerlei große Lasten bedrückte moderne Landwirtschaft fähig ist.

Kanada zählte 1911 über 7 Millionen Einwohner, die südafrikanische Union 6 Millionen, der australische Staatenbund mit Neuseeland 5½ Millionen.

Im Jahre 1912 betrug die Gesamtausfuhr britischer Produkte aus Großbritannien und Irland (dem „Vereinigten Königreich") nach den Kolonien 177 Millionen Pfund Sterling. Davon ging mehr als die Hälfte nach den drei genannten Gebieten. Nach Kanada mit Neufundland für 24,4 Millionen, Australien mit Neuseeland 45,2 Millionen, Südafrika (Kapland, Natal, Transvaal, Oranjestaat) 21,4 Millionen, zusammen 91 Millionen. Daneben kommt für die koloniale Ausfuhr Englands nur noch in Betracht Britisch-Indien, das mit Ceylon 1912 für 60,5 Millionen Pfund Waren aus England empfing. Auf den Rest des britischen Kolonialreichs entfallen bloß 25,5 Millionen Pfund, wovon 3,5 Millionen, die nach Hongkong gehen, als Ausfuhr nach China zu buchen wären. Auf die afrikanischen Kolonien kommen (nach Abzug der oben genannten vier Staaten Südafrikas) bloß 8,1 Millionen.

Dabei ist allerdings abgesehen von Aegypten, das nicht als englischer Besitz gerechnet wurde. Es nahm 1912 für 9,5 Millionen Pfund englischer Produkte auf.

Ein ähnliches Bild zeigt uns der Import: die Gesamteinfuhr aus den Kolonien nach dem Vereinigten Königreich erreichte 1912 einen Wert von 186 Millionen Pfund. Darunter die größere Hälfte aus den drei erwähnten Gebieten. Kanada 27,7, Australien 56,4, Südafrika 11,2, zusammen 95,3 Millionen. Daneben kommt noch in Betracht Ostindien mit 59,7 Millionen, der Rest mit bloß 31 Millionen, darunter Afrika, außer Südafrika, mit 6,4 Millionen. Außerdem freilich Aegypten mit 25,8 Millionen.

Schon diese Zahlen zeigen, welche überwiegende ökonomische Bedeutung innerhalb des britischen Kolonialreichs die drei großen Gebiete europäischer Ansiedlung gewonnen haben.

Noch gewaltiger erscheint diese Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, welche Summen von Kapital England nach diesen Gebieten exportiert. Ich halte mich dabei an die Ziffern, die Askew in seinem Ergänzungsheft über den britischen Imperialismus, S. 38, mitteilt.

Danach legte England in seinen Kolonien im Zeitraum von 1908 bis 1913 439½ Millionen Pfund Sterling als Kapital an. Davon 35,4 in Südafrika, 64,3 in Australien und nicht weniger als 223,8 in Kanada. Dies vor allem ist das Land der Zukunft. Zusammen entfielen auf diese drei Gebiete 323½ Millionen Pfund, 6½ Milliarden Mark. Daneben kam noch Indien mit 59 Millionen Pfund in Betracht. Auf den Rest entfallen nicht ganz 57 Millionen.

Wie sehr Kanada das Land der Zukunft, das Land der raschesten wirtschaftlichen Expansion unter den britischen Kolonien ist, zeigt folgende Zusammenstellung:

Die Menge der exportierten Kapitalien betrug in je drei Jahren

	Millionen Pfund Sterling		Zunahme (+)
	1908—1910	1911—1913	oder Abnahme (—)
Kanada	91,5	132,3	+ 40,8
Australien	28,9	35,4	+ 7,5
Südafrika	20,9	14,5	— 6,4
Indien	46,4	12,7	— 33,7
andere Kolonien	38,0	18,8	— 19,2

Das brittsche Kapital wendet sich also mit wachsender Vorliebe nach Kanada und daneben nach Australien.

Die Bedeutung dieser beiden Gebiete sowie Südafrikas für die Industrie und das Kapital Englands ist sicher groß, und in stetem Wachstum begriffen. Aber sie beruht nicht auf ihrer Eigenschaft als Kolonien. Streng genommen, sind sie solche gar nicht. Sie sind selbständige Staaten mit einer modernen Demokratie, also Nationalstaaten, mit größerer Freiheit, als irgend ein Land Europas, die Schweiz ausgenommen. Sie bilden tatsächlich nicht unterworfene Besitzungen Englands, sondern stehen zu ihm in einem Bundesverhältnis, bilden mit ihm einen Staatenbund, der rasch an Bevölkerung und damit an Kraft wächst, nicht bloß durch natürliche Vermehrung, sondern auch durch Einwanderung, die besonders in Kanada in den letzten Jahren eine sehr starke war. Sie machte 1909 147,000 und 1912 schon 354,000 Köpfe aus. Dadurch wird nicht bloß ein erheblicher Teil der britischen Auswanderung dem Reiche erhalten, sondern außerdem ein erheblicher Teil außerbritischer Auswanderung dem Reiche zugeführt.

Dieser Staatenbund stellt sicher eine Staatenart dar, der eine große Zukunft inne wohnt. Und wollte man in ihm das Merkmal und Ziel des Imperialismus sehen, könnten wir kaum etwas gegen ihn einwenden.

Es ist jedoch nicht der Imperialismus, der die Staaten gründete und zusammenführte, die den britischen kolonialen Staatenbund bilden. England besaß sie lange vor der imperialistischen Periode, ohne ihre kommende Bedeutung zu ahnen. Australien wurde so wenig geschätzt, daß es lange als bloße Strafkolonie verwendet wurde. Erst die Goldfunde seit 1851 lenkten die freiwillige Ein-

wanderung in stärkerem Maße hin und bereiteten den Boden, auf dem seine Landwirtschaft und Industrie erstarkte.

Kanada wurde zuerst von den Franzosen besetzt, im 17. Jahrhundert, die dort feudale Grundherrschaften und ein absolutes Bureaukraten- und Pfaffenregiment einrichteten, das nicht viele Ansiedler lockte. Die Engländer eroberten das Land zur Zeit des siebenjährigen Krieges, nicht wegen seines wirtschaftlichen Wertes, sondern weil es den Franzosen eine Position bot, von der aus sie die viel wichtigeren britischen Kolonien südlich von Kanada bedrohen konnten. Gerade durch die Vertreibung der Franzosen aus Kanada verloren jedoch die Engländer ihre alten Kolonien. Diese hatten treu zu England gehalten, so lange sie sich von französischem Absolutismus und Feudalismus bedroht fühlten. Als diese Gefahr vorbei war, gewann unter ihnen rasch der Gedanke vollständiger Selbständigkeit an Boden, die sie bald mit Hilfe desselben Frankreich, das sie eben noch gefürchtet, errangen. Im Jahre 1763 war Kanada englisch geworden und 1775 begann der amerikanische Unabhängigkeitskrieg. Er kostete den Engländern ihre nordamerikanischen Besitzungen südlich von Kanada, gab ihnen aber eine wirksame Lehre, wie man kraftvolle, von dem Geiste einer modernen Demokratie durchwehte Kolonien behandeln müsse. Dieser Lehre und nicht dem Geist, der den modernen Imperialismus beherrscht, verdankt es England, daß die drei großen Gebiete von Ansiedlungskolonien, über die es verfügt, treu zu ihm halten.

Auch nach der Losreißung der Vereinigten Staaten von der englischen Herrschaft, blieben die kanadischen Provinzen noch lange unbedeutend. Langsam in heftigen inneren Kämpfen drängten sie die überkommenen Feudalverhältnisse zurück und errangen sie immer mehr demokratische Rechte, bis sie sich schließlich 1867 zu einem so gut wie selbständigen Bundesstaat vereinigen konnten. Sein wirtschaftlicher Aufschwung blieb bei alledem ein langsamer, so lange in den Vereinigten Staaten genügend Boden frei für eine extensive Landwirtschaft war. Jetzt ist dort aller Boden, wenn auch noch lange nicht kultiviert, so doch besetzt, die Landwirte müssen steigende Bodenpreise zahlen und intensiver wirtschaften. Jetzt finden Einwanderer, die Landwirtschaft treiben wollen, günstigere Bedingungen in Kanada. Seitdem wächst dort die Zahl der Einwanderer und nimmt die Bevölkerung rasch zu. Binnen zehn Jahren, von 1901—1911 ist sie von etwas über 5 Millionen auf über 7 Millionen gewachsen, während sie in den dreißig Jahren von 1871—1901 nur von 3,6 auf 5,4 Millionen zunahm.

Noch geringere Bedeutung als Kanada besaß lange Zeit das Kapland. Es diente bloß als Zwischenstation und Ruhepunkt für die nach Indien fahrenden Schiffe. Als solchen besetzten es zuerst die Portugiesen, dann die Holländer, denen es schließlich 1795 die Engländer wegnahmen. Die Einwanderung blieb gering, selbst

die Entdeckung reicher Diamantfelder bei Kimberley 1867 und bald darauf nicht minder reicher Goldfelder im angrenzenden Transvaalland hoben die Einwanderung nur wenig, denn jene Reichtümer wurden bereits kapitalistisch ausgebeutet mit Hilfe von Lohnarbeitern. Als solche wendete man lieber Farbige, Kaffern oder Chinesen an, als Europäer, die höhere Ansprüche stellten und in dem heißen Klima schwerer Arbeit nicht gewachsen waren.

Die Vermehrung der weißen Bevölkerung ist in Südafrika hauptsächlich ihrer Fruchtbarkeit zu danken, die dort ebenso wie in Kanada, unter den Landleuten eine außerordentlich hohe ist. Ihren Lebensunterhalt gewannen sie durch Weidewirtschaft auf ausgedehnten Flächen, betrieben mit Hilfe farbiger Arbeitskräfte. Die lieferte Südafrika in reichlichem Maße in den Kaffern, die schon vor der Ankunft der Europäer zur Viehzucht gekommen waren und hohe Intelligenz wie physische Kraft aufwiesen.

Dieselbe Produktionsweise, die die hohe Fruchtbarkeit der Bevölkerung erzeugte, drängte nach ihrer Zerstreuung im Lande und erzeugte einen steten und raschen Expansionsdrang der Landwirte, der Buren. Sie zogen schon in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts über das Gebiet der Kapkolonie hinaus und gründeten neue Republiken, die Oranjerepublik und das Transvaal. Die Goldschätze, die dort gefunden wurden und deren Ausbeutung seit 1887 das englische Finanzkapital an sich riß, erweckten in diesem immer mehr das Bedürfnis, das Transvaal dem britischen Staate einzuverleiben, was schließlich 1899 zu dem Burenkriege führte. Von allen den hier behandelten englischen Ansiedlungsgebieten bilden die Burenrepubliken das einzige, dessen Erwerbung in die Zeit des modernen Imperialismus fällt und auf das Treiben imperialistisch gesinnter Kreise zurückzuführen ist. Soweit aber seitdem die Buren sich dem britischen Gemeinwesen eingefügt haben und keinen feindseligen Fremdkörper darin bilden, ist dies nicht der Gewaltpolitik des Imperialismus, sondern ihrem Gegenteil, zuzuschreiben, der den Engländern durch die harte Lektion des Abfalls der Vereinigten Staaten beigebrachten Politik, aufstrebende Kolonien durch Gewährung weitestgehender Selbständigkeit an völligem Abfall zu hindern, ja fester an sich zu fesseln.

Zu dem Bund der Vereinigten Provinzen Kanadas und dem australischen Bundesstaat gesellt sich seit 1910 auch der südafrikanische Bund freier, demokratischer Gemeinwesen, dem das Transvaal und der Oranjefreistaat mit Natal und der Kapkolonie angehört. Sein sozialer Charakter ist freilich nicht der gleiche, wie jener der beiden andern Bundesstaaten. In Kanada wie in Australien bilden die Ureinwohner eine verschwindende Minorität ohne Bedeutung. In Kanada waren 1910 von 7,200,000 Einwohner nur 111,000 Indianer, in Neuseeland kamen 1911 auf 1 Million Weiße 40,000

Maoris. Die Ureinwohner des australischen Festlandes sind genau nicht zu zählen, jedenfalls sehr gering an Zahl.

In Südafrika bilden dagegen die Weißen überall die Minderheit, man zählte ihrer 1911 nur 1,276,000 gegen 4,697,000 Farbige, darunter 4,020,000 Eingeborene. Und während in Kanada und Australien die Eingeborenen abnehmen, wachsen sie in Südafrika stärker an, als die Weißen. 1904 betrugen diese noch 21,6, 1911 nur noch 21,4 Prozent der Bevölkerung. Dabei sind die Farbigen, Kaffern, Hottentotten und Mischlinge nicht wie die australischen Ureinwohner in den Anfängen menschlicher Entwicklung. Kraftvoll und intelligent verlangen sie ungestüm nach Gleichberechtigung im Staat. Hier liegt das wichtigste Problem für Südafrika. Mit Imperialismus hat es nichts zu tun. Gerade die vom Imperialismus bekriegten Buren sind die größten Gegner der Gewährung von Rechten an die Eingeborenen.

Indeß, so wichtig dieses Problem für die Zukunft Südafrikas ist, im vorliegenden Zusammenhang braucht es uns nicht zu beschäftigen.

Auf was es hier ankommt, ist folgendes: Das Vereinigte Königreich, das selbst ein Bundesstaat wird, nachdem es mit Erteilung von Home Rule an Irland den Anfang gemacht, bildet mit drei anderen Bundesstaaten zusammen einen Staatenbund, der für die Ausdehnung des britischen Kapitals in seinem Bereich noch weite Möglichkeiten bietet. Imperialistische Bedürfnisse haben an seiner Bildung sicher mitgewirkt, aber die Landerwerbungen, auf denen er sich aufbaut, wurden, mit Ausnahme der Burenrepubliken, ein Jahrhundert vor der Aera des Imperialismus vollzogen, und der enge Zusammenhang dieses Bundes wurde nicht durch imperialistische Methoden der Gewalt den englischen Besitzungen aufgezwungen, sondern er wurde allen Beteiligten zum Bedürfnis gemacht durch das Gegenteil dieser Methoden, durch die Anziehungskraft der Demokratie und, was hier gleich gesagt sei, durch die des Freihandels des Mutterlandes.

Dieser Staatenbund ist sicher ein zukunftsreiches Gebilde; er bietet auch wichtige Lehren gerade für unsere Zeit des Imperialismus. Aber einfach auf kolonialem Gebiet nachmachen läßt er sich nicht, aus dem Grunde, weil es außerhalb der Tropen, in den Gebieten, deren Klima Europäern körperliche Arbeit ohne gesundheitliche Schädigung erlaubt, kein Land mehr gibt, das noch frei wäre für die Besitznahme durch eine europäische Macht.

Dieser eine Pfeiler des britischen Kolonialreichs läßt sich also für kein anderes Kolonialreich wiederholen. England kann vielleicht einmal dieses Pfeilers verlustig gehen, aber nie wird er ein anderes Kolonialreich stützen. Kanada mag es eines Tags vorteilhafter finden, einen Teil der Vereinigten Staaten von Amerika statt der Vereinigten britischen Staaten zu bilden. Südafrika mag der Aus-

gangspunkt eines selbständigen Reichs von Afrikanern werden — in Kolonien einer anderen Macht werden sich diese Gebiete nie umwandeln lassen.

b. Ostindien.

Der zweite Pfeiler des britischen Kolonialreichs, der seinesgleichen nicht findet, ist Britisch-Indien.

Schon seine Volkszahl ist eine außerordentliche. Mit seinen 320 Millionen übertrifft es das gesamte Europa ohne Rußland (310 Millionen). Dabei ist Indien von der Natur aufs reichste begabt und seine Bevölkerung hat in Kunstfertigkeit und Philosophie den höchsten Grad erreicht, der mit vorkapitalistischen Mitteln und Methoden erreichbar war. Es mag sonderbar erscheinen, den Stand der Philosophie mit dem des Kapitalismus in Verbindung zu bringen, aber eines der wesentlichsten Merkmale des kapitalistischen Zeitalters und wohl seine wichtigste Schöpfung sind die Methoden und Errungenschaften seiner Naturwissenschaft. Als die Europäer im 15. Jahrhundert nach Indien kamen, waren die Inder in vielen Dingen ihre Lehrmeister. Freilich gilt das nicht von der ganzen Bevölkerung. Indien, nicht bloß volksreicher, sondern auch ausgedehnter als Europa ohne Rußland, dabei mit weit primitiveren Verkehrsmitteln, umfaßt noch weit mannigfaltigere Entwicklungsstufen als unser Erdteil. Man findet dort noch Menschen, die auf der untersten uns bekannten Stufe gesellschaftlicher Entwicklung stehen (die Weddahs auf Ceylon), und von da an alle Entwicklungsstufen bis zur kapitalistischen.

Mit allen Rohmaterialien reich versehen, deren seine Produktion bedurfte, und ebenso reich an geschickten und willigen Arbeitskräften, hat dieses ungeheure Gebiet alles selbst produziert, was es brauchte, reiche Ueberschüsse an Produkten erzielt, die von allen Kulturvölkern eifrig gesucht wurden und doch nichts von ihnen gebraucht. Die Folge war, daß seine Ausfuhr lange fast nur mit Edelmetallen bezahlt wurde. Seit Alters her findet ein ständiger Abfluß von Edelmetallen nach Indien statt, die sich dort zu Schätzen aufhäuften. Anderseits finden wir seit dem Beginn der verzeichneten menschlichen Geschichte Indien als ein Gebiet, das kriegerische, arme Nachbarn unwiderstehlich anzieht. Ein steter Zudrang von Völkern findet statt, was schließlich eine unglaubliche Fülle von Stämmen, Sprachen, Kasten, Religionen ergibt. Sind die Einwanderer stark genug, dann kommen sie als Eroberer und Plünderer. Aber das Land ist viel zu verlockend, als daß sie es wieder verlassen wollten. Sie bleiben und mit ihnen bleiben die Schätze, die sie rauben. Die Lage der arbeitenden Klassen ändert sich dabei kaum, sie wechseln blos den Herrn. Ueber den Stand der primitiven Demokratie kommen sie nicht hinaus. Die Dorfgemeinden sind die Zellen, aus denen sich das Staats-

wesen aufbaut. Der vollsten Demokratie in der Gemeinde entspricht der vollste Despotismus im Staat, den nur Gewalt zusammenhält, der ebenso leicht zerfällt, wie er zusammenerobert wird, ohne daß es die Volksmasse viel kümmert.

Eine Aenderung trat ein, als die Europäer zur See kamen, zunächst um zu handeln, aber dann, als sie sich ihrer militärischen Ueberlegenheit bewußt wurden, zu plündern und zu erobern. Zuerst, im 16. Jahrhundert, fanden sich die Portugiesen ein, im 17. Jahrhundert die Niederländer, denen Engländer und Franzosen folgten. In langen Kämpfen bis in die Zeit der napoleonischen Kriege hinein — Napoleon selbst bedrohte durch seine ägyptische Expedition die englische Herrschaft in Ostindien — blieben die Engländer über ihre europäischen Nebenbuhler wie über die einheimischen Reiche Sieger.

Die Europäer kamen jedoch nicht, wie die früheren Eroberer, um im Lande zu leben. Dazu war schon das Klima zu mörderisch für sie. Jeder kam nur, um so viel als möglich zusammenzuraffen und mit der Beute nach Europa zurückzukehren. Die neuen Eroberer bedrängten nun die arbeitenden Massen weit mehr, als es die alten Despoten getan. Das Land verfiel immer mehr, erst seit einigen Jahrzehnten bemüht sich die englische Regierung, dem Verfall entgegenzuwirken, teils gedrängt von einer wachsenden Opposition im eroberten Lande, dann aber auch getrieben von der Furcht, das Huhn, das goldene Eier lege, könnte sonst vorzeitig zugrunde gehen.

Und diese goldenen Eier lohnen wahrhaftig der Mühe. Es ist rund eine halbe Milliarde Mark, was England jahraus, jahrein aus Indien ohne Gegenleistung zieht. Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr Indiens ist ein kolossaler. Er betrug in Millionen Mark:

	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Gesamt-Einfuhr .	1517	1637	1715	1958	1850	1768	1927	2086	2407
Ausfuhr .	2228	2290	2493	2495	2167	2636	2947	3208	3478
Mehrausfuhr .	711	653	778	537	317	868	1020	1122	1071

Der Betrag der Mehrausfuhr schwankt stark von Jahr zu Jahr. Im Durchschnitt betrug sie 786 Millionen Mark im Jahr. Einen Teil davon bildet der Frachtlohn an die Rhedereien, die die indischen Waren transportieren, einen anderen Verzinsung und Profit ausländischer Kapitalien, die in Ostindien angelegt wurden

— Abgaben, die aus ökonomischen Verhältnissen hervorgehen und nicht direkt seiner politischen Abhängigkeit entstammen. Aber den Löwenanteil bildet der Tribut, den Indien in den verschiedensten Formen an das herrschende Land zu entrichten hat. Schon vor zwanzig Jahren gingen allein aus den 1600 Millionen Mark umfassenden Staatseinnahmen Indiens 400 Millionen Mark jährlich nach England.

Zu bemerken ist noch, daß einen Teil der Einfuhr nach Indien nicht Waren bilden, die gegen Waren umgetauscht werden, sondern Waren, die als Kapital des Auslandes in Indien angelegt werden, um dort Mehrwert zu produzieren und an sich zu ziehen. Im Durchschnitt der letzten sechs Jahre betrug diese Kapitaleinfuhr 200 Millionen Mark im Jahr. Zieht man diese ab von der Gesamteinfuhr, dann erhöht sich der Exportüberschuß der ans Ausland verkauften gegen von ihm gekaufte Waren von 786 Millionen auf rund eine Milliarde Mark. Davon ist ein Teil, und zwar ein stets wachsender Teil, durch ökonomische Beherrschung, namentlich durch Kapitaleinfuhr erzielt, aber ein ungeheurer Teil direkt durch das politische Herrschaftsverhältnis.

Das ist allerdings ein Verhältnis, das England in erster Linie seiner Seeherrschaft verdankt. Der Besitz Indiens, nicht aber das Gedeihen seines Handels, die Blüte seiner Industrie, hängt zum großen Teil von seiner Flotte ab. Ihre Ueberlegenheit ist für die herrschenden Klassen Englands tatsächlich eine Lebensfrage, denn der plötzliche Verlust Indiens und der aus ihm gepumpten jährlichen Milliarde würde für sie den Bankerott bedeuten.

Insofern diese Umwandlung krisenhaften Charakter trüge, müßte sie auch die arbeitenden Klassen Englands schwer treffen. An der Ausbeutung Indiens selbst haben sie in ihrer Gesamtheit kein Interesse. Einzelne Arbeiterschichten, z. B. Luxusarbeiter, sind überall an der Ausbeutung interessiert. Ihre Zahl wird in England durch das gewaltige Ausmaß der indischen Ausbeutung sicher vergrößert. Der Handel und die industrielle Ausfuhr Englands nach Indien würden jedoch nicht abnehmen, vielleicht sogar wachsen, wenn der indische Bauer, statt im Elend zu versinken, den Betrag, den er für Staatssteuern auslegt, zur Verbesserung seines Betriebs, zum Ankauf etwa englischer Pflüge und Geräte anwenden könnte.

Ein anderer Umstand ist es, der zurzeit die englische Arbeiterschaft an der Ueberlegenheit der Flotte ihres Landes interessiert. Nicht das Bedürfnis, fremde Ausbeutungsgebiete mit Gewalt festzuhalten, sondern die Furcht vor Aushungerung im Falle eines kriegerischen Konfliktes. England produziert heute nur einen geringen Teil seiner Nahrungsmittel selbst. Allein an Weizen und Weizenmehl importiert es jährlich rund 100 Millionen Zentner, das sind 84 Prozent der gesamten im Lande konsumierten Weizen-

menge. Unterbrechung des Seehandels bedeutet also für England sofortige Hungersnot. Dieser Gefahr könnte es nur dadurch entgehen, daß es die Landwirtschaft aus einem privaten, bloß von Profitrücksichten geleiteten Gewerbszweig in ein gesellschaftliches Unternehmen verwandelte. Eine sozialistisch geleitete Landwirtschaft könnte, nach Aufhebung des Privateigentums am Boden, den Ertrag der Landwirtschaft Englands so steigern, daß es auch im Kriegsfall keine Aushungerung zu fürchten hätte. So lange England nicht so weit ist, werden auch seine arbeitenden Klassen daran interessiert sein, daß keine Macht seinen Seehandel zu unterbinden vermag, so wenig auch das Gedeihen der Industrie von seiner Seeherrschaft abhängt und so wenig die Arbeiter sich für imperialistische Eroberungszwecke begeistern mögen.

Bei den herrschenden Klassen ist freilich das Interesse an einer starken Flotte ein anderes. Die Aufrechterhaltung der Herrschaft über Indien ist dabei wohl das wichtigste Motiv. Seit dem 18. Jahrhundert bildet es den Angelpunkt der britischen Auslandspolitik. Englands weitere Ausdehnung seines Kolonialreichs in Afrika und Asien geschah vor allem zu dem Zweck, den Weg nach Indien zu sichern. Ihm diente unter anderem, wie wir schon gesehen, die Besetzung Südafrikas, später, nach der Eröffnung des Suezkanals, die Aegyptens. Wer Indien bedrohte, war der gegebene Feind Englands. Als solcher erschien im 18. Jahrhundert Frankreich. Napoleons ägyptische Expedition, die auf Indien abzielte, machte ihn zum gehaßtesten Mann in England.

Nachdem die britische Seeherrschaft gesichert war, gab es nur noch eine Macht, die Indien bedrohte; die einzige, die seinen Grenzen auf dem Landwege nahe kommen konnte, das war Rußland, das gleichzeitig nach Konstantinopel strebte. Nun wurde dieses der „Erbfeind", und der „Erbfeind" von gestern, Frankreich, der Bundesgenosse gegen den Bundesgenossen aus der Zeit der napoleonischen Kriege. Nichts wechselt rascher, als Feindschaft und Bundesgenossenschaft in der auswärtigen Politik und nichts ist kurzsichtiger und haltloser, als Versuche, derartige Feindschaften auf dauernde Faktoren, etwa nationale oder rassenhafte Eigentümlichkeiten und Abneigungen zurückzuführen.

Die Gegnerschaft gegen Rußland war jedoch nicht bei allen Klassen Englands gleich. Die industriellen Klassen hatten geringes Interesse an dem Besitz Indiens, obwohl auch sie wünschen mußten, daß er nicht in einer plötzlichen Katastrophe ein Ende nahm, die das ganze gesellschaftliche Getriebe aufs tiefste erschüttern mußte, sondern durch allmählichen Abbau aufhörte. In ihrer indischen wie in ihrer türkischen Politik zeigten sich die englischen Freihändler des vorigen Jahrhunderts weniger russenfeindlich als die Tories. In dem Maße aber, in dem Großindustrie, Finanzkapital und Großgrundbesitz immer mehr gemeinsame Interessen bekamen,

wurde die friedfertige Seite des Freihändlertums zurückgedrängt und gewann die Behauptung Indiens wieder allgemeinere Bedeutung für die herrschenden Klassen Englands.

Gleichzeitig aber erstand für die Herren des indischen Reichs eine neue, weit ernstlichere Gefahr in dem Erwachen einer nationalen indischen Opposition.

So lange Indien über das Stadium der primitiven Demokratie nicht hinausgekommen war, hatte die britische Herrschaft keinen Aufstand zu fürchten gehabt. Einzelne mißvergnügte Schichten oder Gegenden mochten sich gegen den Druck empören — die zentralisierte Staatsmacht wurde mit derartigen lokalen Erhebungen stets fertig, wie gefährlich sie auch erscheinen mochten.

Der Kapitalismus brachte aber schließlich nach Indien nicht bloß seine Ausbeutung, sondern auch sein Verkehrswesen, Post, Eisenbahnen, Presse u. s. w. Damit schuf er wachsende dauernde Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen des Landes und die Anfänge eines nationalen Bewußtseins und einer nationalen Demokratie. Richtungen, Parteien, Organisationen erstehen, die ihre Anhänger im ganzen Reich suchen, die Angelegenheiten des ganzen Reichs behandeln, auf sie Einfluß zu nehmen trachten, der zentralen Regierung eine nationale, das heißt, das ganze Bereich der Nation umfassende Opposition entgegensetzen.

Natürlich werden dadurch die Klassengegensätze innerhalb der Bevölkerung nicht aufgehoben, wenn auch die oppositionellen Elemente glauben mögen, daß sie die ganze Nation in gleicher Weise vertreten. Zunächst sind auch noch nicht alle Klassen zu nationalem Leben erwacht. Die bäuerliche Masse wie nicht minder das städtische Proletariat ist noch zu unwissend, um für andere als die nächstliegenden lokalen Interessen Verständnis haben zu können. Die oppositionelle Bewegung ist kaum weiter, als etwa die Rußlands vor vierzig Jahren. Sie wird bisher hauptsächlich von den besitzenden Klassen und den Intellektuellen der Städte getragen. Ihr Hauptorgan ist der Indische Nationalkongreß, der seit 1885 jährlich zusammentritt, als eine Art indisches Parlament — freilich bisher ohne eine andere als eine moralische Macht. Ihn unterstützen jährliche Provinzialkongresse und eine rasch wachsende Presse und freie Schulen.

„Der Nationalkongreß besteht aus 500—1000 politischen Führern aus allen Teilen des Reichs, er umfaßt Adelige, Grundbesitzer, Staatsräte, Gemeinderäte, Friedensrichter, Akademiker, Ingenieure, Bankiers, Kaufleute, Ladenbesitzer, Lehrer und andere... Hindus, Parsis, Christen, Mohamedaner haben ihm nacheinander präsidiert. Seine Beratungen zeichnen sich aus durch Scharfsinn und Mäßigung“ (Sir Henry Cotton, New India or India in transition, London 1907, S. 8, 9).

Diese Mäßigung der indischen Nationalliberalen ist nicht nach dem Geschmack der ganzen nationalen Opposition. Die Regierung ergriff immer stärkere Gewaltmaßregeln gegen sie, mit demselben Resultat, das sie in Rußland vor vier Jahrzehnten erreichte: ein Teil der Opposition wurde in steigende Erbitterung versetzt und gedrängt, der wachsenden Gewalttat der Unterdrückung wachsende Gewalttaten der Opposition entgegenzustellen. Ein rebellischer Terrorismus griff um sich, der freilich, wieder ebenso wie in Rußland, durch seine verzweifelte Gewalttätigkeit die Schwäche seiner Position im Volke verriet. Der Terrorismus individueller Gewalttat ist die Form des Kampfes kleiner, völlig isolierter, stets mit Vernichtung bedrohter Zirkel, nicht die Form des Kampfes einer Partei, die an die Massen appelliert, auf deren Zustimmung rechnet, durch deren Gewicht wirken will.

Jetzt ist der Krieg ausgebrochen. Jeder der Kriegführenden rechnete dabei auf die Rebellion — bei den andern. Wie überall, blieb sie auch im indischen Reiche aus. Sogar dort hat er plötzlich aus erbitterten Rebellen loyale Patrioten gemacht. Eine Reihe der entschiedensten nationalen Oppositionsblätter haben erklärt, während der Zeit des Krieges ihre Opposition einzustellen. Der indische Nationalkongreß hat einmütig seine Loyalität beteuert. Wie konnte es dazu kommen?

Die indischen Nationalisten streben sicher entschieden dahin, das englische Joch loszuwerden, nicht aber in der Weise, daß sie es gegen ein anderes vertauschen. Sie sind sich dessen klar bewußt, daß sie noch eine dünne Schicht bilden, die für sich allein nicht imstande wäre, das Reich zusammenzuhalten, wenn die englische Herrschaft aufhörte. Man bedenke, daß es sich um ein Gebiet und eine Bevölkerung handelt, größer als die Europas ohne Rußland und mannigfaltiger, dabei die Masse noch nicht über das Stadium der primitiven Demokratie hinaus. Das Reich würde in eine Reihe despotischer Staaten zerfallen, deren keiner bestimmte, nationale Grenzen hätte, die sich eifersüchtig und mißtrauisch gegenüber stehen würden, sich leicht in Kriege verwickeln ließen, die, wie im 17. und 18. Jahrhundert, wieder mit Hilfe europäischer Mächte ausgefochten würden und diese abermals obenauf brächten. Ewiger Krieg, Zersplitterung des Reichs, seine Unterjochung durch mehrere fremde Herrscher, statt durch einen einzigen — das befürchten sie, würde das Aufhören der englischen Herrschaft zunächst bedeuten.

Heute bringt sie für das ungeheure Reich einen ständigen Frieden und, an europäischem Maßstab gemessen, geringfügige Militärlasten. Die von den Engländern gehaltene stehende Armee zählt im Frieden 236,000 Soldaten! (1912/13 76,000 Engländer und 160,000 Eingeborene.) Wohl müssen die Inder den Frieden und das kleine Heer teuer bezahlen, aber ein Blick auf Europa genügt,

ihnen zu zeigen, daß nationale Selbständigkeit nach europäischer Art noch weit teurer zu stehen kommen kann.

Innerhalb des ungeheuren Reiches gibt es auch nicht, wie in Europa, auf Schritt und Tritt trennende Zollschranken. Dabei ist die englische Sprache und englischer Unterricht zu einem einigenden Nationalband geworden. Die Intellektuellen der verschiedensten Religionen, Stämme, Sprachen, sie erlernen alle die englische Sprache, die ihnen bei ihren Zusammenkünften das Mittel der Verständigung bietet, sowie die Slaven auf ihrem Prager Kongreß 1848 bekanntlich deutsch sprechen mußten, um sich zu verstehen.

Das Streben der nationalen Inder geht daher zunächst nicht dahin, sich von England loszureißen, sondern innerhalb des britischen Staatsverbandes größere Freiheit zu erlangen, demokratische Rechte, eine parlamentarische Vertretung sowohl für die Provinzen wie für das gesamte Reich, die Gesetze gibt, die Art der Steuern und ihre Verwendung bestimmt. Ihr Endziel ist eine Verfassung, wie etwa die Australiens, und sie glauben, wenn sie die erreichen, vom weiteren Verbleiben im britischen Staatsverband nur noch Vorteile zu haben. Ihr Ziel ist ein indischer Bundesstaat — die Vereinigten Staaten von Indien, die mit den Vereinigten Staaten von Kanada, sowie denen von Australien und Südafrika zusammen sich um das Vereinigte Königreich gruppieren und einen Staatenbund bilden, wie die Welt seines gleichen nicht hat.

In der Tat, ein großes Ziel, das für die politische und ökonomische Entwicklung der Welt von größter Bedeutung werden kann. Freilich, ob es erreicht wird, ist die Frage. Die größte Gefahr droht ihm jedoch nicht von auswärtigen Mächten, sondern von der Gewaltpolitik der britischen Imperialisten. Die verzichten nicht freiwillig auf den ungeheuren Raub, den sie jahraus, jahrein aus Indien ziehen. Sie haben bisher die wachsende nationale Opposition mit immer schärferen Unterdrückungsmaßregeln beantwortet. Das ist aber der Weg, die indische Opposition in eine Stimmung der Verzweiflung zu treiben, in der sie jedes Mittel zum Abfall von England gutheißt, jede seiner Niederlagen freudig begrüßt. Und man vergesse nicht, so dünn noch die Schicht der nationalen Opposition ist, sie wächst rasch. Der japanische Sieg über Rußland hat ihr Selbstbewußtsein mächtig gehoben, das Interesse für nationale Probleme in weiten Volksmassen erweckt. Der jetzige Krieg mit seiner starken Verwendung indischer Truppen in Europa muß in dieser Richtung noch weiterhin gewaltig wirken. Nach dem Krieg wird die Opposition weit anspruchsvoller und energischer auftreten, als sie es vorher getan, falls es ihr während des Krieges gelingt, ihre eigentlichen Ziele gegenüber der Propaganda für die Unterstützung der englischen Herrschaft nicht zurücktreten zu lassen, was ihr das Vertrauen der Massen und damit ihre Kraft nehmen würde.

Ob Indien dann noch lange bei England bleibt, hängt nicht zum wenigsten davon ab, über welche Kraft die imperialistischen Methoden der Gewalttätigkeit nach dem Kriege im britischen Reiche verfügen werden. Die Arbeiterschaft ist ihnen entschieden feindlich. Aber auch unter den Intellektuellen und in den besitzenden Klassen Englands sind noch jene Lehren lebendig, die die Revolution des 17. Jahrhunderts und der amerikanische Abfall im 18. Jahrhundert ihnen erteilten und die bewirken, daß keine Klasse der Welt im 19. Jahrhundert es so sehr wie die Beherrscher Englands verstanden hat, jeder revolutionären Bewegung durch rechtzeitige Konzessionen die Spitze abzubrechen, statt sie durch gewaltsame Unterdrückung aufs äußerste zu treiben. Nicht etwa, daß sie sich nicht auch auf gewaltsame Methoden verständen und sie anwendeten. Sie scheuen vor ihnen nicht zurück, wo sie glauben, eine unbequeme Opposition im Keime ersticken zu können. Sie wußten aber bisher seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg stets genau zu erkennen, wann eine Bewegung unwiderstehlich geworden war. Dann suchten sie sie durch Konzessionen entweder zu kaufen und zu korrumpieren, oder doch von gewaltsamen Methoden abzubringen.

So ist es nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten von Indien als Teil des britischen Weltreichs noch zur Wahrheit werden. Geschieht das, dann wird es nicht dem Imperialismus, sondern seiner Ueberwindung durch die Kräfte der Demokratie in England und Indien zu danken sein.

Der Wunsch, ein derartiges Weltreich zu erringen oder zu errichten, ist für den Imperialisten eines jeden Landes naheliegend. Aber ist es noch nicht ganz sicher, ob dieses Weltreich England als dauernde Einrichtung beschieden ist, so ist es doch sicher, daß keine andere Nation ein solches zu erreichen vermag. Es gibt nur ein Indien. Es kann aufhören, englischer Besitz zu sein. Es wird nie als geschlossenes Reich einer anderen Fremdherrschaft zufallen.

c) Afrika.

Als vor ungefähr einem Menschenalter die Aera des Imperialismus anbrach, die bezeichnet wird durch koloniale Erwerbungen, Kapitalexport und ein System der Vereinigung agrarischer mit industriellen Schutzzöllen, da ergriff England, obwohl der höchst entwickelte kapitalistische Staat, keineswegs die Initiative. Wohl mußte es seine Ausfuhr an Waren immer mehr steigern und agrarische Gebiete durch Ausfuhr von Kapitalien erschließen, aber mächtige Interessen, vor allem der Arbeiter wie der Rheder, die beide in England stärker sind als anderswo, hinderten es, zum Schutzzoll überzugehen, zwangen das industrielle Kapital, seine weitere Ausdehnung mit den Methoden des Freihandels zu suchen, obwohl es durch wachsende Verbindung mit dem Finanz-

kapital zu imperialistischen Methoden neigte. Ueberdies boten ihm die beiden großen Gebiete, die es bereits besaß, das indische und das der Siedlungskolonien großen Spielraum für seine Kapitalienausfuhr, so daß es keinen zwingenden Grund hatte, gewaltsam nach Neuerwerbungen zu streben.

Der Anstoß zur neueren Kolonialpolitik kam nicht von England, sondern von Frankreich. Aber auch dieser erste Anstoß trug zunächst wenig imperialistischen Charakter. Wir haben schon früher gesehen, daß es neben dem Imperialismus noch andere Motive zur Ausdehnung der Staaten gibt, darunter das primitivste das nach einfacher Vergrößerung des Gebiets, das durch gewaltsam erpreßte Tribute der herrschenden Klassen direkt Vermehrung ihrer Genüsse und Machtmittel gewährt, ohne daß die Bedürfnisse irgend einer Produktionsweise dabei eine Rolle spielen. Wir haben weiter gesehen, daß dieses Streben nach Ausdehnung der Ausbeutung auf Gebiete, die sich im Stadium der primitiven Demokratie befinden, ebenfalls eine bloße Sache der Gewalt ist.

Diese Art des Ausbeutungsstrebens, obwohl die ursprünglichste, ist durch die ganze bisherige Geschichte der Menschheit wirksam gewesen und spielt auch bei den heutigen Expansionsbewegungen eine Rolle, hauptsächlich in der Form des Strebens nach Vermehrung lukrativer Staatsposten, das ausgeht von den Trägern des Herrschaftsapparates des modernen zentralisierten Staates, der Bureaukratie und der Armeen, sowie von den Klassen, aus denen diese sich rekrutieren — Intellektuelle, Kleinbürger, Agrarier.

Wir haben dies als eine sehr kräftige Triebfeder des russischen Expansionsstrebens kennen gelernt. Nicht minder stark beeinflußte es das Expansionsstreben des französischen Bonapartismus im Beginn des vorigen Jahrhunderts, der sich in erster Linie auf die Armeen und die Bureaukratie stützte, die nicht mehr, wie unter dem feudalen Absolutismus, durch einen privilegierten Feudaladel und die Kirche in ihrer Allmacht beeinträchtigt wurden. Armee und Bureaukratie in guter Laune zu erhalten, war eine Hauptsorge Napoleons; ihnen mußte er immer neue Bereicherungsquellen, neue Beute, neue Posten, neue Lieferungen zuschanzen, wobei auch das Finanzkapital gedieh. Das trieb ihn zu stets neuen Eroberungen. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs 1812 bis 1815 waren neue Eroberungen in Europa für lange ausgeschlossen. Die auf den Trümmern des Kaiserreichs aufgebaute Monarchie fühlte sich jedoch sehr unsicher, angesichts der revolutionären Traditionen, die im Volke nachwirkten und durch das Wachsen der dem Kapitalismus eigentümlichen Klassengegensätze verstärkt wurden. Um so wichtiger wurden für das Königtum Armee und Bureaukratie. Wie aber ihnen neue Beute verschaffen, die sie befriedigte?

Da die Expansion in Europa nicht mehr möglich war, mußte die außereuropäische versucht werden. Als die Opposition gegen das bourbonische Königtum wuchs, eröffnete dies den Krieg gegen Algerien, 1827, der im Juli 1830 zur Kapitulation der Stadt Algier führte. Die Julirevolution und der Sturz der Bourbonen wurde dadurch freilich nicht verhindert, aber Algier blieb französischer Besitz, nicht zum Vorteil des französischen Volkes, das seine Behauptung mit vielen Milliarden bezahlen mußte, wohl aber zum Vorteil der zahlreichen Stellenjäger und ihrer mächtigen Freunde, die von jeder französischen Regierung Begünstigungen fordern.

Der zweite Napoleon suchte dann die Traditionen des ersten wieder aufzufrischen, der Armee, der Bureaukratie, den Lieferanten neue Vorteile und Posten durch europäische Kriege zu sichern. Das bekam ihm schließlich sehr übel.

An seine Stelle trat die Republik, nicht errungen durch innere Erhebung gegen das Kaiserreich, sondern durch dessen äußeren Zusammenbruch. So brachte die Republik keineswegs die Durchführung des Programms der bürgerlichen Demokratie, Ersetzung des stehenden Heeres durch ein Milizheer und der zentralisierten Bureaukratie durch die Selbstverwaltung der Gemeinden und der Departements. Die Republik übernahm beide Einrichtungen von der Monarchie; ihre erste Tat war die Niederschlagung der Pariser Kommune, die mit dem Programm des Radikalismus Ernst machen wollte, und die Befestigung des Regimes von Armee und Bureaukratie.

Damit war die Republik vor dieselbe Aufgabe gestellt, wie früher die Monarchie: Gebietserweiterungen, um neue Posten zu schaffen. Ausdehnung in Europa war unmöglich, so suchte sie neuen Erwerb in Ländern primitiver Demokratie.

Seit dem Anfang der achtziger Jahre setzte eine energische Kolonialpolitik Frankreichs ein. Im Jahre 1881 besetzte es Tunis, 1882 sandte es eine Expedition gegen Madagaskar, und gleichzeitig begann es den Krieg um Tongkin. Seitdem hat es, namentlich in Afrika, ungeheure Territorien besetzt. Im Jahre 1871 wurde der französische Besitz in Afrika auf 900,000 Quadratkilometer geschätzt. Heute wird er auf 6¼ Millionen angegeben (mit Madagaskar), ohne die 4 Millionen Quadratkilometer „Einflußsphäre“ in der Sahara. Die Gesamtbevölkerung der französischen Besitzungen in Afrika betrug 1871 nur 3 Millionen, sie beträgt jetzt 33 Millionen.

Der Ausgangspunkt dieser Bewegung war noch nicht imperialistisch, aber in ihrem Fortgang nahm sie immer mehr diesen Charakter an, wurde sie immer mehr das Werkzeug des mit dem industriellen Großkapital sich verschmelzenden Finanzkapitals. Die letzten Marokkokrisen haben das ganz deutlich dargetan.

Gleich nach Frankreich, Mitte der achtziger Jahre, wurde Deutschland von dem Drang nach Kolonialgebiet erfaßt, die Reichsregierung gab ihm lange Zeit nur widerwillig nach. Nur zögernd stellte sie 1884 und 1885 die von privaten Gesellschaften erworbenen Gebiete in Afrika und der Südsee unter ihren Schutz. So fühlte sich auch England noch am Anfang der neunziger Jahre nicht von Deutschland bedroht, räumte ihm 1890 gern Helgoland gegen Zanzibar ein. Zur Begründung des Tausches meinte noch der Reichskanzler Caprivi, ihm könnte nichts schlimmeres passieren, als daß ihm ganz Afrika geschenkt werde.

Seit 1894 hat sich das freilich gründlich geändert. Das Interesse für die Kolonien ist seitdem in der Reichsregierung und auch in den besitzenden Klassen und bei den Intellektuellen gewaltig gewachsen, der koloniale Besitz hat jedoch nicht im gleichen Maße zugenommen. 1890 umfaßten die deutschen Schutzgebiete 2,235,000 Quadratkilometer, davon fast 2 Millionen (genau 1,980,000) in Afrika. Heute sind sie auf fast 3 Millionen angewachsen (2,952,000), davon 2,700,000 in Afrika. Freilich, ein enormes Gebiet, verglichen mit der Ausdehnung des Mutterlandes, das eine halbe Million Quadratkilometer umfaßt. Stärker wuchs die Zahl der unterworfenen Bevölkerung. 1890 schätzte man sie auf 2 Millionen, davon 1½ Millionen in Afrika, jetzt beträgt sie mit den jüngsten Neuerwerbungen wohl rund 13 Millionen — ohne sie wurden 1912 12,260,000 gezählt, davon 11,400,000 in Afrika.

Die koloniale Agitation nahm immer mehr zu und mit ihr erstarkte auch das Interesse an einer starken Kriegsflotte, deren rasche Vergrößerung 1898 begann.

Um dieselbe Zeit, in der Frankreich und Deutschland zu kolonialen Erwerbungen übergingen, wendeten sie sich auch der Schutzzollpolitik zu. England blieb dem Freihandel treu, trachtete aber nach dem Beispiele Frankreichs und Deutschlands auch, namentlich bei der Teilung Afrikas einen tüchtigen Brocken an sich zu reißen. Die Besetzung Aegyptens, die es zunächst hauptsächlich wegen der Sicherung des Weges nach Indien durch den Suezkanal vollzog, sowie sein Besitz in Südafrika boten seinen Finanzkapitalisten treffliche Ansatzpunkte, so daß es bald gewaltige Fortschritte machte.

Ohne Aegypten, das ja formell nicht englisch war, betrug sein afrikanischer Besitz 1890 etwa 2 Millionen Quadratkilometer, jetzt dagegen macht er fast 6 Millionen (5,775,000) aus. Die Zahl der unterworfenen Bevölkerung stieg von 4½ Millionen auf 33 Millionen.

Außerhalb Afrikas vermehrte sich der koloniale Besitz Englands sehr wenig.

Nach Quadratkilometern gerechnet ist der Besitz jeder der drei großen Westmächte in Afrika enorm. Seine Bevölkerung ist jedoch noch sehr rückständig, ihre Produktionsmethoden höchst primitiv, die

Produktivität ihrer Arbeit gering, selbst bei unmenschlichster Ausbeutung liefern sie geringen Mehrwert.

Und so entspricht das ökonomische Ergebnis keineswegs dem Aufwand an Kraft und Mitteln, den die drei großen, vom Imperialismus getriebenen Mächte für die Ausdehnung und Festhaltung ihres afrikanischen Besitzes bisher aufboten.

Von der Gesamtausfuhr Frankreichs im Wert von 6234 Millionen Francs gingen 1912 nur 108 nach dem französischen Westafrika, Zentralafrika, Madagaskar und Somaliland. Die Ausfuhr nach Belgien allein war zehnmal so groß (1911 1024 Millionen). Der Import aus jenen afrikanischen Gebieten machte 119 Millionen aus, von einem Gesamtimport von 7172 Millionen, der aus Belgien 543 Millionen.

Bekannt ist die Geringfügigkeit des deutschen Handels mit den afrikanischen Kolonien. Bei einer Gesamteinfuhr des Reichs im Wert von 10,770 Millionen Mark (1913) entfielen auf die Einfuhr aus Deutsch-Afrika 42½ Millionen, und einer Gesamtausfuhr von 10,097 Millionen Mark stehen nur 52 Millionen Ausfuhr nach den deutschen Besitzungen in Afrika gegenüber.

Aber auch das kolonialgewaltige England zieht nur einen mäßigen Profit aus seinem afrikanischen Besitz, soweit er der imperialistischen Aera entstammt, abgesehen von Transvaal. Im Jahre 1912 führte England im Ganzen für 487 Millionen Pfund Sterling eigene Produkte aus, für 9740 Millionen Mark. Davon entfielen auf:

Ostafrikanische Gebiete	1241	Tausend Pfd.
Rhodesia und Basutoland	863	" "
Nigeria	5065	" "
Zusammen	7169	Tausend Pfd.

Also diese afrikanischen Errungenschaften verschafften England bloß einen Export von etwas über 140 Millionen Mark.

Wenn wir das Goldland Transvaal und den Oranjefreistaat hinzuzählen, die tatsächlich keine Kolonie, sondern Bundesstaaten sind, verdoppelt sich allerdings fast die Exportsumme (Ausfuhr an britischen Produkten) nach diesen beiden Gebieten, 1912 6637 Tausend Pfund Sterling. Ohne sie wäre der Ertrag der imperialistischen Aera in Afrika für England ein geringfügiger. Anders steht freilich die Sache mit Aegypten, das 1912 eine Ausfuhr britischer Produkte von 9½ Millionen Pfund, rund 200 Millionen Mark aufnahm. Und ebenso die alten Siedlungskolonien, Kapland und Natal, die für 14,8 Millionen Pfund, 300 Millionen Mark, britische Waren kauften. Diese letzteren gehören aber mit Transvaal und der Oranjekolonie zu den Gebieten, die nicht durch imperialistische Methoden festgehalten werden.

Trotz der relativen geringfügigen Bedeutung der meisten afrikanischen Besitzungen für die Industrie der Mutterstaaten hat gerade der Wettbewerb um die afrikanischen Gebiete zu dem Wettrüsten der Staaten nicht wenig beigetragen und Europa mehrere Male an den Abgrund des Weltkrieges geführt. Im entscheidenden Moment fanden jedoch die beteiligten Mächte stets, daß das Objekt das ungeheure Opfer eines Weltkrieges nicht lohne und verständigten sich. So 1898, als die Franzosen Faschoda im Sudan besetzten und ihnen die Engländer entgegentraten. Bald darauf schien es, als sollte es um der Burenrepubliken willen zu einem Krieg zwischen England und Deutschland kommen. Endlich 1911 spitzten sich die Gegensätze der drei großen Westmächte wegen Marokko so scharf zu, daß ein Weltkrieg um dies umstrittene Gebiet unvermeidlich schien. Immerhin wurde er auch diesmal noch vermieden. Nicht der mindeste afrikanische Konflikt ist seitdem aufgetaucht, der in dem jetzigen Kriege zum Austrag gebracht würde. Augenblicklich besteht in Afrika kein Interessengegensatz, der einen Weltkrieg auch nur vom kapitalistisch-imperialistischen Standpunkt lohnen würde. Die einzigen zurzeit für den europäischen Kapitalismus ökonomisch wertvollen Gebiete dort sind Südafrika und Aegypten sowie Algier. Ersteres ist schon im Stadium der modernen Demokratie angelangt, kann nur noch durch demokratische Methoden, nicht durch Gewalt genommen und festgehalten werden. Aegypten nähert sich zusehends diesem Stadium. Treten Verhältnisse ein, die ihm erlauben, das englische Joch abzuschütteln, wird es auch jedes andere abzuwehren wissen. Das gleiche gilt von Algier. Diese Gebiete kommen nicht mehr als Objekte imperialistischer Streitfragen in Betracht, als Nationen ohne eigenen Willen, über die der Sieger nach Belieben verfügen kann.

d) China.

Sehen wir ab von Südafrika und Aegypten und Algier, in das der französische Staat seit 1830 mehr Geld hineingesteckt hat, als er 1871 an Deutschland als Kriegsentschädigung zu zahlen hatte, und das dabei immer noch hohe Zuschüsse des Mutterlandes erheischt, dann finden wir, daß für den Weltmarkt und die Kapitalausfuhr am wichtigsten unter den Gebieten, nach denen die imperialistische Eroberungspolitik ausblickt, China wird. Abgesehen von den eben erwähnten Gebieten betrug die Gesamteinfuhr Afrikas 1909 950 Millionen Mark, die Chinas (mit Hongkong) 1200 Millionen Mark.

Die Kapitalausfuhr nach China und Afrika zu vergleichen ist kaum möglich. Die Kapitalausfuhr Englands einerseits nach China, andererseits nach allen seinen Kolonien, ausgenommen Indien, Südafrika, Kanada und Australien, also auch nach West-

indien und den Straits Settlements betrug nach den von Askew benützten Angaben in Millionen Pfund Sterling

	China	Kolonien
1908	5.0	7.4
1909	7.7	9.9
1910	1.6	20.7
1911	7.4	10.9
1912	6.0	4.6
1913	6.9	3.3

Die Kapitalausfuhr nach China überwog also in den letzten Jahren bedeutend die nach jenen Kolonien, deren Erwerb hauptsächlich dem Imperialismus zuzuschreiben ist.

Waren- und Kapitalausfuhr nach China müssen rasch wachsen. Afrika ist dreimal so groß wie China, aber seine Bevölkerung beträgt nur ein Drittel der chinesischen, die der ganz Europas, Rußland inbegriffen, fast gleich kommt. Dabei übertrifft aber die Produktivität der chinesischen Arbeit, also auch der Mehrwert, den sie produzieren kann, weit die des Durchschnitts der afrikanischen. Ebenso wie die indische, hatte die chinesische Industrie vor dem Eindringen des Kapitalismus schon den höchsten Stand erklommen, der mit vorkapitalistischer Technik, vor allem ohne Maschinen, erreichbar ist. Dabei ist der Kulturstand der chinesischen Bevölkerung in ihrer Hauptmasse, abgesehen von den Grenzgebieten, ein viel gleichmäßigerer, als der der indischen; und außerdem übertrifft sie diese dadurch, daß ihre Landwirtschaft vielfach höher steht, als die des indischen Bauern. Sie erscheint durch ihre Intensität selbst heute noch manchem europäischen Beobachter vorbildlich. Sie bedeutet sicher den höchsten Stand, der für die Landwirtschaft im Kleinbetrieb ohne Anwendung der modernen Wissenschaft erreichbar ist.

Dabei aber stand diese ungeheure, hochentwickelte Menschenmasse immer noch im Banne der primitiven Demokratie, in ihrem Staatswesen also dem des orientalischen Despotismus. Ihrer Herr zu werden, schien für einen westeuropäischen Großstaat ebenso leicht zu sein, wie die Unterwerfung Indiens, und die Beute ebenso verlockend. Sie schien umso leichter niedergeworfen werden zu können, als ihr Kriegswesen völlig veraltet, ihr militärischer Sinn gleich Null war. Denn zu Lande durch Wüsteneien und hohe Gebirge gedeckt, zur See mit einer unvollkommenen Seetechnik kaum erreichbar, hatte diese ungeheure Menschenmasse seit Jahrhunderten keinen großen Feind gekannt und sich ganz den Geschäften des Friedens ergeben.

Erst die Dampfschiffahrt machte es möglich, größere Truppenmassen von Europa nach China zu senden und damit dieses Reich zu gefährden. Aber auch sie wären kaum imstande gewesen, das

Riesenreich zu unterwerfen und im Zaume zu halten. Dazu kam, daß zu der Zeit, als eine Bekriegung Chinas durch eine europäische Macht möglich wurde, im seegewaltigen England, das dafür zunächst in Betracht kam, das industrielle Kapital mit seinen freihändlerischen Anschauungen siegte. Nicht die Eroberung, sondern die Aufschließung Chinas wurde sein Ziel und daran hat es, ebenso wie am Freihandel, bis heute festgehalten. Trotz allem Imperialismus glaubt das englische Kapital in China die besten Geschäfte zu machen unter Wahrung des Grundsatzes der offenen Tür. Es wird dabei unterstützt von den Vereinigten Staaten. Kühle Rechner, die sich durch äußeren Glanz nicht blenden lassen, wissen sie ganz genau, daß der Markt einer so hochstehenden Bevölkerung wie die chinesische, nicht durch Kanonen gewonnen wird, sondern durch größere Wohlfeilheit einerseits und Vertrauen andererseits. Die Wohlfeilheit allein macht es nicht, ein aus Feindseligkeiten geborener Boykott kann auch der Wohlfeilheit für lange Zeit ihre sonst so sieghafte Kraft nehmen.

Nicht alle Mächte haben die englisch-amerikanische Taktik in China befolgt. Rußland, Frankreich, Japan haben ihm schmerzliche Schläge versetzt, große Territorien abgenommen. Aber über den Kern des Landes wachten die beiden angelsächsischen Großmächte. Die Kriege gegen und um China selbst hatten nur das Ergebnis, seine Modernisierung zu beschleunigen. Sie veranlaßten das „Land der Mitte", eine moderne Armee zu schaffen, aber auch moderne Verkehrsmittel einzurichten, Eisenbahnen zu bauen. Rasch wächst eine verbreitete Presse heran. Und mit diesen Mitteln des Verkehrs und der Verständigung hat China zu seiner Sicherung mehr getan als durch seine Armee. Diese kann geschlagen werden; was sich aber nicht mehr überwinden läßt, ist der nationale Geist, der in China aus dem modernen Verkehrswesen erwächst, der an Stelle des Denkens der primitiven das der modernen Demokratie setzt. Eine solche ist auf die Dauer unverträglich mit jeder Fremdherrschaft und setzt ihr unüberwindlichen Widerstand entgegen. Gilt das schon für die Fremdherrschaft eines europäischen Volkes über ein kleines, benachbartes, so noch weit mehr für die Herrschaft über eine so riesige und so weit von Europa abliegende Bevölkerung.

Weit rascher als in Ostindien wird in China der Partikularismus kleinerer lokaler, sprachlicher, sozialer, religiöser Kreise durch gemeinsames nationales Empfinden überwunden. Kein Land der Welt kennt eine größere religiöse Gleichgültigkeit, eine auffallendere Abwesenheit aller ständischen, durch Abstammung übermittelten Unterschiede. Und diese ganze enorme Masse von Menschen spricht die gleiche Sprache. Freilich zerfällt sie, infolge der bisherigen Rückständigkeit des Verkehrs unter ihnen, in zahlreiche lokale Dialekte, die von einander so sehr abweichen, daß eine mündliche

Verständigung unter ihnen vielleicht noch schwerer möglich ist, als eine Konversation, die von der einen Seite in plattdeutscher und von der andern in schweizerdeutscher Mundart geführt wird.

Dem steht jedoch die Eigentümlichkeit der chinesischen Schrift gegenüber. In ihr bezeichnet das einzelne Zeichen nicht einen Laut sondern einen Begriff — sowie unsere Zahlzeichen auch. Diese werden in jeder Sprache anders ausgesprochen, aber von jedem gleich verstanden. Die chinesische Schrift ist weit schwerer zu erlernen, als die europäische. Hat man sie erlernt, dann gewinnt man mit ihr ein Mittel, sich mit jedem zu verständigen, der sie beherrscht, auch wenn man seine Sprache nicht versteht. Die gemeinsame Schrift wird dadurch ein machtvolles Mittel des nationalen Zusammenhangs, der nationalen Verständigung. Uebrigens war auch in Europa die Schriftsprache das Mittel der Ueberwindung der provinzialen Partikularismen mit ihren Dialekten. Ohne Schriftsprache, ohne Lesen und Schreiben wären wir kaum zum Nationalstaat gekommen.

Auch hierin ist China besser dran als Indien. Seine Volksbildung ist eine größere.

Die Bedingungen des Uebergangs von der primitiven Demokratie zur modernen, auf dem Nationalstaat fußenden oder ihn erstrebenden Demokratie liegen also in China weit günstiger als in Indien. Man erwäge aber, welche kolossale Macht Europa darstellen würde, wenn es einen einheitlichen Nationalstaat bildete, und man kann ermessen, welche große Kraft im chinesischen Staate heranreift — ganz abgesehen von seiner militärischen Kampffähigkeit. Die ökonomische Wucht, mit der eine solche Bevölkerungsmasse auf den Weltmarkt drückt, genügt allein, ihr Respekt zu verschaffen.

Er ist heute schon da und wird von Jahr zu Jahr wachsen.

Man kann die Wichtigkeit Chinas für die weitere Ausdehnung des Kapitalismus kaum überschätzen. Aber jede imperialistische Politik wird dort immer mehr für jede europäische Macht unmöglich. Japans Versuche, in China eine beherrschende Stellung zu gewinnen, können leicht dahin führen, daß Japan mit China zu einem Gesamtvolk verschmilzt.

e) Die Türkei.

Als einziges Objekt des Imperialismus, neben den bisher behandelten, bleiben noch die Türkei und Persien. Um die Darstellung nicht gar zu sehr auszudehnen, sehen wir von letzterem ebenso ab, wie wir bei der Betrachtung Afrikas Aegypten und Algier nicht näher untersuchten. Wie das, was von Indien gesagt worden, bis zu einem gewissen Grade von Aegypten und in geringerem von Algier gilt, so das, was hier über die Türkei ausgeführt werden soll, einigermaßen auch von Persien.

Für den Warenhandel bedeutete die Türkei in der letzten Zeit relativ wenig. In der internationalen Uebersicht des statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich wird in der Tabelle des Außenhandels der wichtigeren Länder der Erde die Türkei nicht erwähnt, obwohl dort Länder wie Serbien, Bulgarien, Griechenland, Costarica aufgeführt werden. So ganz unbedeutend ist er jedoch nicht. Nach Statesmans Yearbook betrug 1911 die Einfuhr der Türkei 37.8 Millionen Pfund Sterling, 760 Millionen Mark, ihre Ausfuhr 22.5 Millionen Pfund Sterling, 450 Millionen Mark. Diese Statistik ist freilich nichts weniger als zuverlässig. Nach der deutschen Reichsstatistik betrug die Ausfuhr des Deutschen Reiches nach der Türkei 1911 113 Millionen Mark, die türkische Statistik verzeichnete dagegen eine Einfuhr aus Deutschland im Werte von 3.5 Millionen türkischen Pfund, gleich 63 Millionen Mark.

Der Anteil der Türkei am Welthandel ist nicht unbedeutend, allerdings weit geringer, als der Chinas oder gar Britisch Indiens, dessen Gesamtausfuhr 1912 (mit Ceylon) über 3700 Millionen Mark ausmachte und dessen Gesamteinfuhr über 2600 Millionen.

Die Türkei umfaßt Gebiete, die ehedem zu den reichsten der Welt gehörten und neben Indien und China eine hohe Kultur zu einer Zeit erreichten, als Europa noch in tiefster Barbarei lag. Aus den Tälern des Euphrat und Nil kam die Kultur nach Europa auf dem Wege über Syrien und Kleinasien. In Griechenland nahm diese Kultur einen höheren Aufschwung, den es nach Ost und West weiter mitteilte. Doch sanken Griechenland und Rom und dessen westliche und nördliche Besitzungen schließlich wieder von der erreichten Kulturhöhe herab. Der Osten des römisch-hellenischen Kulturkreises, Kleinasien, Syrien, Aegypten, Mesopotamien, wußte die erlangte Kultur besser zu behaupten. Er blieb das ganze Mittelalter hindurch in Kunstfertigkeit und Wissenschaft der Lehrer Europas.

Wie von altersher lockte auch im Mittelalter der Reichtum Vorderasiens und Aegyptens ebenso wie der Indiens zeitweise räuberische Nomadenhorden an, die mitunter stark genug wurden, sich als herrschende Klasse im eroberten Lande dauernd festzusetzen. So namentlich die Araber. So barbarisch sie bei ihrem Eindringen sein mochten, sie paßten sich meist rasch der Kultur des gewonnenen Landes an und führten sie weiter.

Eine Ausnahme machten die Osmanen, die zur Völkergruppe der Türken gehörten. Aus Persien kommend, fielen sie seit dem 14. Jahrhundert im nördlichen Kleinasien ein und drangen nach Europa vor, wo sie sich rasch in Thrazien und Macedonien festsetzten. Im 15. Jahrhundert dehnten sie ihre Züge bis Griechenland, ja nach Ungarn aus, eroberten Konstantinopel und gewannen schließlich im 16. Jahrhundert auch Syrien und Aegypten.

Man hätte erwarten dürfen, daß wie die Araber auch die Osmanen oder, wie man sie meist nannte, die Türken, nach und nach ihre kriegerische Rauheit ablegen und sich der Kultur des eroberten Landes anpassen würden. Das trat jedoch nicht ein. Nicht wegen irgend einer besonderen Rassenveranlagung der Osmanen. Man konnte bei ihnen bald von einer solchen nicht sprechen, denn sie vermischten sich frühzeitig mit den Besiegten. Sondern wegen der besondern historischen Situation, in der sie Vorderasien und die Balkanstaaten eroberten. Gerade damals war die Schiffahrtstechnik der westeuropäischen Staaten so weit gediehen, daß sie größere Seefahrten über den Ozean wagen konnten. Je ärger die Osmanen im östlichen Mittelmeerbecken hausten und den Handel dorthin sowie nach Indien störten, umso gewaltiger der Antrieb, die gewonnene Schiffahrtstechnik zur Auffindung eines direkten Seeweges nach Indien zu benutzen. So gab die osmanische Eroberung den Anstoß zum Zeitalter der Entdeckungen und der Kolonisation.

Der Handel nach dem östlichen Asien, der bis dahin Osteuropa und Vorderasien, sowie Aegypten befruchtet hatte, ging nun dort rapid zurück. Dadurch wirkten die Verwüstungen der Osmanen oder Türken in jenen Gebieten viel nachdrücklicher, als sie es sonst getan hätten. Die Eroberer selbst trachteten jetzt, je mehr die reichen Handelsgewinne und die daraus fließenden Tribute zurückgingen, den Ausfall durch stärkere Ausbeutung der Bauernschaft wettzumachen. Der ökonomische Verfall, den schon die Verlegung der Handelswege eingeleitet, wurde dadurch verstärkt und zu einem dauernden gemacht. Und gleichzeitig fühlten sich die Türken ermuntert, statt durch Ausdehnung des Handels, nur noch durch kriegerische Ausdehnung neue Reichtümer zu gewinnen. Sie merkten nicht, daß kriegerische Macht nicht unabhängig ist von dem Gedeihen von Wissenschaft und Wirtschaft. Daß eine kriegerische Politik, die den wissenschaftlichen und ökonomischen Fortschritt vernachläßigt oder gar hindert, den Ast absägt, auf dem sie sitzt.

Während die Türken in Osteuropa und Vorderasien durch ihr Plünderungssystem, das alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen untergrub oder direkt zerstörte, ihr Herrschaftsgebiet der Barbarei zuführten, entwickelte sich Westeuropa rasch wirtschaftlich und wissenschaftlich. Damit gewann es auch die Mittel, ein höheres Heerwesen auszubilden, stehende Heere wurden eingeführt, die Schießwaffen immer mehr vervollkommt.

Nicht alle europäischen Staaten vermochten die Belastung auszuhalten, die der militärische Wetteifer ihnen auferlegte. Wir haben schon gesehen, wie z. B. Spanien ihm erlag. Je ökonomisch rückständiger ein Land und je mehr es dabei die kriegerischen Machtmittel als die einzig im Völkerleben entscheidenden ansah, desto mehr mußte es durch die neue Entwicklung des Heerwesens leiden.

Am meisten also die Türkei, deren Herrscher kein anderes Machtmittel, kein anderes Mittel der Bereicherung kannten, als den Krieg, als Eroberung und Plünderung, und deren Produktionsweise so rückständig war, daß sie nur geringe Ueberschüsse lieferte, die nicht ausreichten, die Lasten eines großen Heeres dauernd zu tragen.

Die Sache wurde nicht verbessert durch die Einflüsse des Großstadtlebens in Konstantinopel. Da das Interesse der Herrenklasse ausschließlich dem Krieg und der Ausbeutung der Bauern, sowie der Plünderung der Nachbarn zugewendet war, nahm jene Klasse in der Großstadt nicht höhere Bildung, sondern nur wachsende Korruption an.

Unter diesen Umständen verfiel auch das Militärwesen rasch. Seit dem 17. Jahrhundert waren die türkischen Armeen wohl noch eine Zeitlang imstande, auf die ökonomische Entwicklung Oesterreichs, Polens, Rußlands, Italiens hemmend einzuwirken, sie vermochten aber nicht mehr das Reich zu erweitern. Das Jahr 1683, in dem sie Wien belagerten, aber schließlich geschlagen wurden, bezeichnet die äußerste Grenze ihres Vordringens. Von da an brachte fast jeder Krieg dem Reiche der Osmanen einen Gebietsverlust.

Der gemeinsame Kampf gegen die Türken schweißte die Völker der österreichischen Monarchie zusammen. Auf Kosten der Türkei gingen seit dem 17. Jahrhundert ihre wichtigsten Gebietserweiterungen vor sich. Dabei fand Oesterreich anfangs einen Alliierten in Polen, später, nach dessen Niedergang in Rußland. Noch 1788 bekämpfte der Kaiser Josef II. mit der Kaiserin Katharina II. zusammen das türkische Reich.

Das änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts. Als ein weit kraftvollerer und gefährlicherer Nachbar für Oesterreich wie die Türkei erschien jetzt Rußland, das von dem gleichen Ausdehnungsstreben des orientalischen Despotismus und des Militär- und Beamtenstaates erfüllt war, wie die türkische Militärmonarchie, aber über ganz andere und rasch wachsende Kräfte verfügte, als diese, die völlig in die Defensive gedrängt war. Die türkische Politik Oesterreichs wurde von da an eine schwankende. In seinen herrschenden Kreisen blieben immer noch Tendenzen wach, die eine weitere Ausdehnung auf Kosten der Türkei wünschten, dabei erschien es jedoch immer mehr als ein Lebensinteresse der Donaumonarchie, Rußland an jedem weiteren Vordringen in der Türkei zu hindern und diese am Leben zu erhalten. Oesterreichs historische Rolle wurde nun immer weniger die eines Kämpfers gegen die Türkei, immer mehr die einer Barriere gegen Rußland.

Noch andere Freunde erwuchsen der Türkei durch das Vordringen Rußlands gegen Konstantinopel in den Mittelmeermächten, Frankreich und Italien, sowie in England, das in Rußland vor allem den gefährlichsten Feind Indiens fürchtete. Sie alle vereinten sich,

die Türkei gegen Rußland zu schützen, was im Krimkrieg deutlich zum Ausdruck kam.

Rußland erkannte, daß es als Eroberer der Türkei gegenüber kein Glück habe. Es wählte ein anderes Mittel, sie zu sprengen und zu beherrschen. In seinem Innern suchte der zentralisierte Absolutismus nicht bloß jede demokratische Regung, sondern auch jede nationale Eigenart zu erdrücken. In der Türkei trat er als das Gegenteil, als Begünstiger beider auf. Er förderte die Verwandlung der europäischen Türkei, die er nicht mehr direkt erobern konnte, in einen Bund moderner Nationalstaaten, die für ihre Existenz ganz auf ihn angewiesen, seine Vasallen sein sollten. Die historische Notwendigkeit zwang ihn, seine weitere Ausdehnung in Europa nicht mehr in der Erweiterung des absolutistischen Einheitsstaates, sondern in der Förderung eines mehr oder weniger demokratischen Staatenbundes zu suchen. Das Bündnis mit den Balkanstaaten, das sie zu Vasallen Rußlands machen sollte, konnte freilich nicht eines formeller Abhängigkeit werden. Es beruhte nur auf diplomatischen Intriguen und auf zeitweiliger Interessengemeinschaft. Wo diese versagten, wurde es leicht durchbrochen.

Für Oesterreich aber bedeutete dies Aufkommen selbständiger Nationalstaaten an seiner Grenze unter russischer Führung eine Notwendigkeit mehr, auch seiner eigenen inneren Politik und Organisation Formen zu geben, die seine innere Anziehungskraft erhöhten. Das konnten nur Formen sein, die es einem Bund autonomer nationaler Staaten oder doch Territorien näher brachten. Darin lag die einzige Möglichkeit, den Gefahren zu begegnen, die ihm aus der russischen Politik auf dem Balkan erwuchsen. Aber diese Möglichkeit begegnete starken Widerständen.

Ein neuer Faktor trat in das Leben der Türkei ein, als der Imperialismus erstand. Das Finanzkapital und das industrielle Großkapital der kapitalistischen Mächte Europas, innig verbündet, sah seit dem Beginn der neunziger Jahre in der Türkei ein vielverheißendes Gebiet für den Export von Kapitalien, der vermehrte Ausfuhr von Industrieprodukten dahin, vermehrte Einfuhr von Rohmaterialien von dort nach sich ziehen mußte. Sind doch die Länder der Türkei reich nicht nur an Bodenschätzen, sondern auch, was die Hauptsache, an einer Bevölkerung, die sehr wohl zu arbeiten versteht und der nur bisher die materiellen Mittel und politischen und sozialen Bedingungen mangelten, ihre Arbeit produktiv anzuwenden.

Der Bau von Eisenbahnen begann in der asiatischen Türkei, große Bewässerungsanlagen wurden geplant, das Land fing an, aus seiner anscheinend hoffnungslosen Verkommenheit zu erwachen. Im Jahre 1890 gab es in Kleinasien und Syrien erst 850 Kilometer Eisenbahnen. 1912 war die Länge der Eisenbahnen in der asiatischen Türkei auf 5200 Kilometer angewachsen.

Namentlich das deutsche Kapital wandte sich mit Macht nach der Türkei. Gleichzeitig erfolgte auch eine Wandlung in der deutschen Politik. Bismarck hatte sich gegenüber der Teilnahme Deutschlands an den türkischen Angelegenheiten, die die Knochen keines pommerschen Musketiers wert seien, ebenso zögernd verhalten, wie gegenüber der Kolonialpolitik. Hier wie dort trat nach Caprivi ein Wandel ein, den eine Erweiterung der Flotte begleitete.

Diese neue Politik flößte den Engländern Schrecken ein. Weit mehr als durch Rußland schien ihnen jetzt ihr indischer Besitz durch das machtvolle Deutsche Reich gefährdet, das über eine kraftvolle Flotte verfügte und mit Oesterreich, sowie der an Oesterreich grenzenden Türkei in engster Verbindung war. Englische Politiker sahen schon eine direkte Eisenbahnverbindung, die von Berlin durch Oesterreich, den Sandschak nach Saloniki, Konstantinopel, Bagdad reichte, und es jederzeit erlaubte, Aegypten, also den Weg nach Indien, ja dieses selbst durch Persien mit einer überlegenen Landmacht anzugreifen. Die Furcht vor Deutschland setzte ein, und gleichzeitig die Freundschaft für Rußland, die gerade bei den bis dahin erbittertsten Gegnern des Zarenreichs in England am stärksten wurde, bei den Konservativen, die auf die militärische Beherrschung und Schützung Indiens den meisten Wert legten.

Nicht der Sudan oder der Kongo, nicht Südafrika, nicht Marokko, auch nicht China, sondern die Türkei wurde jetzt der Wetterwinkel, aus dem das imperialistische Gewitter des Weltkriegs loszubrechen drohte.

Aber auch dieses wurde vermieden. Die imperialistische Periode hatte mit den Umwälzungen, die sie vollzog und noch mehr mit denen, die sie erwarten ließ, ebenso wie in China und Indien, in Aegypten und Persien auch in der Türkei Ansätze nationalen Lebens erweckt, freilich noch recht schwacher Natur. Die Türkei verfügt nicht, wie China und Indien, über zahlreiche Intellektuelle, sie verfügt auch nicht über eine nationale städtische Bourgeoisie. Diese besteht in ihr vornehmlich aus Griechen und Armeniern, die sich vielfach selbst dann als Staatsfremde fühlen, wenn sie es nicht auch ihrer Staatsangehörigkeit nach sind.

Es ist bezeichnend für die Eigenart der Türkei als Militärstaat, daß die Versuche ihrer politischen Regenerierung vom Offizierskorps ausgingen, das sich mit europäischem Wissen hatte bekannt machen müssen, wenn die Armee einigermaßen genügen sollte. Unter den Elementen der Türkei, die erkannten, daß eine gründliche Aenderung ihrer Verhältnisse nötig sei, sollte sie nicht ganz aus den Fugen gehen, war das Offizierskorps das einzige, das die Kraft hatte, einen Wandel durchzusetzen. Von ihm ging die jungtürkische Revolution von 1908 aus, die dem Reiche eine Verfassung und ein Parlament gab.

Es würde zu weit führen, hier darzustellen, wie sich die Dinge weiter entwickelten, die zunächst zur formellen Annexion Bosniens durch Oesterreich führten, womit der erste Anstoß zur jüngsten Umwälzung auf der Balkanhalbinsel, der Bildung des Balkanbundes und seinem Kriege gegen die Türkei gegeben wurde.

Zunächst schien dieser schon den Weltkrieg entzünden zu sollen, aber noch einmal wurde er hinausgeschoben. Albanien, das zuerst als furchtbare Schauertragödie erschien, verwandelte sich in eine der heitersten Operetten. Statt den allgemeinen Weltbrand zu entflammen, schuf der Krieg gegen die Türkei vielmehr eine Situation, die eine friedliche Auseinandersetzung Deutschlands mit England erleichterte. Denn er zerriß den direkten territorialen Zusammenhang zwischen der Türkei und Oesterreich. Zwischen beiden baute sich jetzt eine Schranke selbständiger Staaten auf. Damit verloren die Bagdadbahn und das Wirken des deutschen Kapitals in der Türkei überhaupt selbst für den besorgtesten Engländer ihren drohenden Charakter. Wir wissen heute, daß zwischen Deutschland und England ein Abkommen so gut wie abgeschlossen war, durch das alle türkischen Streitpunkte aus dem Wege geräumt wurden. Der jetzige Krieg verhinderte seine Unterzeichnung. Er brach in einem Moment aus, in dem kein einziger imperialistischer Streitpunkt existierte.

Seinen Ausgangspunkt bildete der Gegensatz zwischen Oesterreich und dem von Rußland unterstützten Serbien. Diesem Gegensatz liegen keine starken imperialistischen Motive zu Grunde. Serbien ist noch weit von jeder imperialistischen Tendenz entfernt, es befindet sich noch im Stadium des werdenden Nationalstaats. Die Expansivbestrebungen Rußlands haben wir kennen gelernt, die des orientalischen Despotismus, des Militär- und Beamtenstaates, der auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähigen Industrie, des Strebens nach einem Hafen am Mittelmeer — sie sind alle vorimperialistischer Natur. Von Kapitalausfuhr kann in Rußland noch nicht gesprochen werden; es bedarf noch sehr der Kapitaleinfuhr. Es ist mehr Objekt als Subjekt jener Expansionsbestrebungen der Kapitalien in den alten kapitalistischen Staaten.

Aber auch Oesterreich bedarf noch der Einfuhr von Kapitalien. Wohl strebt seine Industrie nach neuen Märkten, sie entwickelte zeitweise etwas, was man als imperialistischen Drang bezeichnen könnte, indem sie die Ausdehnung Oesterreichs nach Saloniki wünschte. Aber dieser Drang hat längst aufgehört. Es sind nicht Bedürfnisse der exportierenden Industrie, sondern viel mehr die der Agrarier, die den Gegensatz zu Serbien geschaffen haben.

Man ist daher sicher berechtigt, zu sagen, der osteuropäische Ausgangspunkt des Krieges sei kein imperialistischer. Osteuropa ist

noch nicht so weit, daß seine Politik von imperialistischen Bedürfnissen beherrscht würde.

Westeuropa aber wurde zurzeit des Kriegsausbruchs von keinem imperialistischen Streitpunkt entzweit. Sie waren alle geregelt.

f) Der Weltkrieg.

Auf den ersten Blick ist demnach der jetzige Weltkrieg kein imperialistischer. Und dennoch ist er ein solcher, aber nur in letzter Linie. Der Imperialismus hat die Kriegskatastrophe insofern verschuldet, als er die treibende Kraft beim Wettrüsten war, das dann natürlich alle Großmächte in seinen Bann zog, mochten sie von imperialistischen Motiven getrieben sein oder nicht. Dieses Wettrüsten mußte zur Kriegsursache werden, wenn ihm kein Einhalt getan wurde, auch wenn es gelang, alle imperialistischen Streitfragen durch friedliche Verständigung aus der Welt zu schaffen.

In der Tat, wenn man die Geschichte der Tage verfolgt, die zwischen dem österreichischen Ultimatum an Serbien und dem Ausbruch des Weltkriegs liegen, so finden wir, daß die kriegerische Stimmung sich nicht an irgend welchen territorialen oder wirtschaftlichen Forderungen entzündete, die von der einen Seite gestellt, von der anderen verworfen werden, sondern einzig an der Tatsache der gegenseitigen Mobilisierung. Die Frage der Schuld an dem Krieg verwandelt sich so in eine Frage nach dem Datum und dem Charakter der einzelnen Mobilisierungsanordnungen. Die glänzende Wehr, die die Staaten sich geschaffen, um den Frieden zu sichern, zog sie in den Krieg bei dem ersten Versuch, sie anzulegen.

Durch diesen eigenartigen Ursprung hat der Krieg auch einen eigenartigen Charakter bekommen. Hätte er sich direkt wegen eines imperialistischen Streitpunktes entzündet, etwa wegen Marokkos, die Kriegsbegeisterung der Völker wäre gering, der Widerstand gegen den Krieg erheblich gewesen. Dieser Erwägung haben wir es wohl mit zu verdanken, daß bisher noch keine imperialistische Differenz direkt einen Krieg zu entzünden vermochte. Anders der Krieg als Folge des Wettrüstens. Dieses selbst hatte schon seit längerer Zeit durch seine wachsenden Lasten in den Volksmassen, soweit sie nicht aufgeklärt waren, steigenden Grimm gegen das Ausland erregt, dem man die Schuld an den Lasten beimaß. Mit der Größe der Rüstungen wuchs aber auch das Mißtrauen gegen den Bund der erwarteten Gegner, denn wie konnte man so ungeheure Machtmittel ansammeln, wenn man nicht die völlige Vernichtung des andern in Aussicht nahm? Mobilisierung und Krieg steigerten dann diese Stimmung zur Siedehitze, sie ließen gerade wegen des Mangels an irgend einer bestimmten Forderung von irgend einer Seite jeden Teil das Schlimmste für den

Fall der Niederlage befürchten, und schufen so eine lohende Begeisterung für den Sieg der eigenen Armee.

Darin lag zunächst keine Begeisterung für den Imperialismus, dessen Beziehung zum Krieg für die Massen nicht klar zu Tage lag, aber es hat dann unläugbar der Verbreitung imperialistischer Tendenzen bis in die Reihen unserer Partei hinein Vorschub geleistet, wozu Ansätze allerdings bereits seit Jahren vorhanden waren.

In dem eigenartigen Ursprung des Krieges bloß aus dem Wettrüsten und der Mobilisierung heraus liegt aber nicht nur der Grund der allgemeinen Kriegsbegeisterung in allen kriegführenden Nationen, sondern auch die große Schwierigkeit, ihn zu beenden. Sonst brach ein Krieg aus, weil zwei souveräne Staaten sich über bestimmte Forderungen nicht friedlich verständigen konnten, so daß die Macht der Waffen entscheiden mußte.

Im Krimkrieg handelte es sich von vornherein um die Frage, ob die Westmächte und Oesterreich eine weitere Ausdehnung Rußlands auf Kosten der Türkei gestatten wollten; im Krieg von 1859 darum, ob Oesterreich seine Position in Italien behaupten oder verlieren solle. So wurde auch 1864 der Krieg von vornherein darum geführt, ob Schleswig-Holstein dänischer Besitz bleiben dürfe, 1866 der Krieg darum, an wen Schleswig-Holstein fallen und ob das Haus Habsburg in die Angelegenheiten der deutschen Staaten noch etwas dreinreden oder Preußen die einzige Großmacht unter ihnen sein solle. Endlich 1870 handelte es sich von Anfang an tatsächlich, wenn auch nicht formell, um die Frage, ob das französische Kaiserreich die Macht haben solle, die Einigung Deutschlands zu stören. Als dann nach wenigen Wochen das Kaiserreich zusammenbrach, war dieser Streitpunkt erledigt. Die Republik hatte weder die Macht noch den Willen, Deutschlands Einigung Hindernisse in den Weg zu legen. Ein neues Kampfobjekt trat jetzt auf, die Forderung der Abtretung Elsaß-Lothringen.

Das waren lauter bestimmte, von vornherein begrenzte Ziele, um die gekämpft wurde.

Heute (Ende Februar) geht der Krieg schon in den achten Monat und noch hat keine der kämpfenden Regierungen auch nur im geringsten ahnen lassen, welche Forderungen sie verficht. Sie kämpfen alle für den Sieg, alle für einen dauernden Frieden, aber noch keine für eine bestimmte Forderung.

So gehen jetzt die Dinge einen Gang, der dem gewöhnlichen entgegengesetzt ist. Sonst formulierten die Staaten zuerst ihre Forderungen, erklärten dann den Krieg und mobilisierten nun. Diesmal wurde nicht die Mobilisierung wegen des Krieges, sondern der Krieg wegen der Mobilisierung erklärt und vom Ausgang des Krieges macht man dann die Feststellung der Ziele abhängig, um

die er geführt worden sein soll und deren Gewährung man dem Gegner aufzwingen will.

Wie soll man auf diese Weise zum Frieden kommen? Solange der Kampf nicht um bestimmte Forderungen, sondern um vage Befürchtungen geht, die keine Grenzen finden, wird jeder Teil seine äußerste Kraft aufwenden, um nicht zu unterliegen. Wäre ihm genau bekannt, was der Gegner von ihm fordert, würde er vielleicht finden, daß die Fortsetzung des Krieges ihn, auch wenn er siegen sollte, mehr schädigt, als eine Verständigung über die aufgestellten Forderungen.

Bisher liegen aus den einzelnen Ländern nur private Stimmen über die Bedingungen vor, unter denen der Friede abzuschließen wäre. Unter diesen Stimmen beschäftigen uns vornehmlich die sozialistischen. Manche unter ihnen gehen aus von der Anschauung, die siegreiche Invasion des Auslands könne einem Volke die Freiheit bringen. Französische Genossen glauben, ein siegreiches Frankreich würde Deutschland ein demokratisches Regime bescheren, und ebenso vermeinen deutsche Genossen, ein Sieg Deutschlands brächte den Zusammenbruch des Zarentums. Als Vorbild schweben dabei frühere Kriege, namentlich der von 1870 vor, in dem Frankreich durch seine Niederlage zur Republik kam.

Aber diese wurde nicht vom Sieger gebracht. Bismarck hieß sie keineswegs willkommen. Die Republik wurde geschaffen, um den Kampf gegen den Eindringling energischer zu führen. Dadurch wurde sie populär. Hätte das siegreiche Deutschland 1871 den Franzosen die Republik aufgezwungen, so wäre sie als ein Werkzeug des Landesfeindes erschienen. Nichts hätte die Republik mehr diskreditieren können.

In seinem in letzter Zeit viel zitierten Artikel über den „Sozialismus in Deutschland" aus dem Jahre 1892 (Neue Zeit, X, S. 580 ff.) hielt Engels es wohl für wahrscheinlich, daß ein siegreiches Eindringen der mit den Russen verbündeten Franzosen in Deutschland einen Umschwung zugunsten der Sozialdemokratie bringen könne, aber nur dann, wenn die Sozialdemokraten, wie die Sansculotten von 1793, die Abwehr der eingedrungenen Gegner energischer führen würden als die bürgerlichen Parteien.

Mit dieser Möglichkeit haben wir diesmal nicht zu rechnen. Ein Eingreifen in die inneren Verhältnisse einzelner der kriegführenden Staaten durch die andern als Friedensbedingung oder als Ziel des Sieges sollte für uns nicht in Frage kommen.

In der Tat sind die Friedensbedingungen, die von der großen Mehrheit der Sozialisten aller Länder, formuliert wurden, soweit sie sich überhaupt geäußert, ganz anderer Art. Sie wurden nirgends von irgend einer sozialistischen Partei zurückgewiesen. Diese Uebereinstimmung beweist auf das glänzendste, wie stark noch der innere geistige Zusammenhalt der Internationale ist. Das gemeinsame

Eintreten für ein gemeinsames Friedensprogramm muß dann das beste Mittel werden, diesen Zusammenhalt noch weiter zu kräftigen.

Das Friedensprogramm der Internationale geht natürlich nicht aus von den Machtverhältnissen der Kämpfenden oder von der augenblicklichen oder zu erwartenden Kriegslage, sondern von den dauernden und gemeinsamen Bedürfnissen der Bewegung des gesamten Proletariats und von denen der gesellschaftlichen Entwicklung. Beide decken sich. Von diesem Standpunkt aus konzentriert sich das Friedensprogramm des internationalen Sozialismus, das bisher in den Krieg führenden Staaten am schärfsten von der englischen unabhängigen Arbeiterpartei proklamiert wurde, auf zwei Punkte: Keine Annexionen, das heißt, keine Gebietsveränderungen ohne Zustimmung der davon betroffenen Bevölkerung, und Abrüstung.

Ueber den ersten Punkt ist kaum noch etwas zu sagen. Er bedarf keines Kommentars. Wir stehen gewiß nicht auf dem Standpunkt des status quo, sind nicht der Ansicht, die Landesgrenzen, wie sie im Laufe der historischen Entwicklung durch das Zusammentreffen der mannigfaltigsten Interessen und Machtverhältnisse geworden sind, dürften in alle Ewigkeit nicht angetastet werden.

Aber unser demokratischer Standpunkt verbietet uns, Aenderungen in den Existenzbedingungen der Nationen auf anderem Wege als auf dem der Demokratie anzustreben. Wir haben auch schon gezeigt, welche ernstlichen Mißstände, ja Gefahren es mit sich bringt, eine Bevölkerung, die das Stadium der primitiven Demokratie überschritten hat, in der allseitige rege Beteiligung am politischen Leben des ganzen Staates herrscht, wider ihren Willen in einen neuen Staatsverband einzuzwängen und festzuhalten. Ein Staat, der solches versucht, erntet nicht nur den energischen und zähen Widerstand der annektierten Bevölkerung, sondern auch das Mißtrauen, ja den Haß aller demokratischen Nationen, aller demokratischen Volksteile in jeder Nation. Er verschlechtert damit seine innere wie seine äußere Situation in der bedenklichsten Weise. Noch mehr schädigt eine solche Annexion den Klassenkampf des Proletariats, indem sie die Gegensätze der Klassen teils verdunkelt, teils verfälscht, wie wir schon gesehen.

Die Ablehnung jeder Annexion ergibt sich also aus dem demokratischen Charakter unserer Partei ebenso wie aus der Kraft, die das demokratische Empfinden im modernen Volksleben schon erlangt hat und von Tag zu Tag mehr gewinnt.

Die Forderung der Abrüstung ergibt sich dagegen als logische Folge des Krieges. Er ist ein Produkt des Wettrüstens, wie oben gezeigt. Dieses hat bereits vor dem Kriege alle Staaten aufs schwerste finanziell belastet, die Last wird nach dem Kriege doppelt unerträglich, selbst wenn sie sich nicht erhöht, einfach durch die enormen finanziellen Aufwendungen, die der Krieg nach sich zieht,

die die Heilung der Kriegsschäden mit sich bringen wird. Die Lasten der Rüstungen werden aber nicht einmal die gleichen bleiben, die sie vor dem Kriege waren, sondern sich rasch weiter erhöhen, wenn nicht das ganze System eingestellt wird. Und je größer die Last des Wettrüstens, desto näher die Gefahr des nächsten Krieges.

So furchtbar ist diese Perspektive, daß es wohl keine Regierung gibt, die nicht beabsichtigt, im Friedensschluß Bedingungen durchzusetzen, die eine Abrüstung erzwingen. Aber diese nimmt einen anderen Charakter an, wenn sie einseitig bloß dem Besiegten aufgezwungen werden soll, als wenn sie als allgemeine Maßregel aus einer gegenseitigen Verständigung hervorgeht. Als Forderung der ersteren Art bedeutet sie den Widerstand der Schwächeren bis aufs äußerste, Fortsetzung des Krieges bis zum vollständigen Ruin. Die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung darüber kann dagegen aufs schnellste den Friedensschluß ermöglichen und dem entsetzlichen Morden und Verwüsten Einhalt tun. Und nur eine allgemeine Verständigung darüber kann einen dauernden Charakter tragen. Die einseitig aufgezwungene Abrüstung bedeutet dagegen den dauernden Drang des Besiegten, die ihn degradierende Verpflichtung möglichst bald wieder abzuschütteln, sei es durch welche Methoden oder Bündnisse immer. Der Friede würde dann nur ein Waffenstillstand, die Vorbereitung des Rachekrieges.

Natürlich ist unter Abrüstung nicht völlige Entwaffnung zu verstehen. Wenn einige unserer Genossen in den kleinen Staaten völlige Entwaffnung fordern, so wird das mit der Eigenart ihrer Lage begründet, die ihrer Ansicht nach einen Widerstand gegen fremde Invasion aussichtslos macht. Inwieweit das anzuerkennen ist, hängt von der Auffassung der besonderen Verhältnisse jener Staaten ab, hat mit unseren Grundsätzen nichts zu tun. Das Programm unserer Partei fordert nicht die Abschaffung jeglichen Heeres, sondern „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere".

Die Forderung der Abrüstung ist in erster Linie eine ökonomische. Sie fordert die Einschränkung der staatlichen Aufwendungen für das Heer. Eine solche Einschränkung kann durch Einvernehmen für alle Staaten festgesetzt werden, z. B. durch allgemeine Reduzierung des ordentlichen Armee- und Flottenbudgets, mit dem jeder Staat in den Krieg eintrat, auf die Hälfte. Das würde eine enorme Entlastung der Staaten bedeuten, keinen wehrlos machen, ja nicht einmal den Wettlauf ihrer Rüstungen zum Stillstand bringen, sondern nur ihm eine andere Form geben. Im Wettrüsten würde nicht mehr der größere Geldbeutel, sondern der hellere Kopf entscheiden, der organisatorisch und technisch mit den beschränkten Mitteln mehr zu leisten vermag als die andern. Damit würde dem Wettrüsten sein schlimmster Stachel genommen, die wachsende finanzielle Last, die alle Völker erbittert.

muß —, daß im Zeitalter der wachsenden Demokratie ein dauernder Zusammenschluß verschiedener Staaten zu einem Gemeinwesen nur möglich ist auf dem Boden der Demokratie — demokratischen Strebens und demokratischer Zustände in allen beteiligten Staaten. Als sich zu Ende des 18. Jahrhunderts die amerikanischen Kolonien von England losrissen, konnten sie sich in freiwilliger Gemeinschaft einem Bundesstaat nur deshalb einordnen, weil das Ganze wie die Teile demokratisch organisiert waren. Wir haben gesehen, wie der Staatenbund der Bundesstaaten des größeren Britannien nur auf dieser Grundlage möglich war. Seine Erweiterung hängt davon ab, inwieweit es den demokratischen Elementen des Mutterstaates gelingt, seiner imperialistischen Gewaltpolitiker Herr zu werden.

Das Deutsche Reich erheischte zu seiner Bildung nicht nur die Vorbereitung durch den freihändlerischen Zollverein, sondern auch die demokratische Konzession des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.

So wird auch jetzt das Zustandekommen des ersehnten mitteleuropäischen Zollbundes oder gar Staatenbundes von der Kraft abhängen, die in den Staaten, aus denen er gebildet werden soll, und vor allem in dem Kern, um den sie sich gruppieren, von jenen Klassen und Parteien aufgeboten werden kann, die die Freiheit des Verkehrs und der vollkommenen Demokratie auf ihre Fahne geschrieben haben. Die imperialistische Politik ist das schlimmste Hindernis dieses Fortschritts, der für die industrielle Entwicklung Deutschlands dringend notwendig wird.

Die innere Politik wirkt auf die äußere zurück und umgekehrt. Die eine kann durch die andere zu einer Aenderung gezwungen werden. Und doch, eine so gewaltige Umwälzung auch der Weltkrieg an sich schon bedeutet und in seinen Folgen noch nach sich ziehen kann, in der Politik der Sozialdemokratie braucht er nichts zu ändern. Im Gegenteil, alle die Forderungen, deren Durchsetzung den Krieg in einem dauernden Frieden enden ließe, allen beteiligten Völkern Luft und Licht zu weiterer Entwicklung verleihen, Deutschland mit seinen Nachbarn auf eine höhere Stufe staatlichen Seins erheben würde: alle diese Forderungen hat die Sozialdemokratie seit jeher vertreten und vertritt sie heute allein mit voller Kraft: Keine Eroberungspolitik, Abrüstung, größte Freiheit des Verkehrs und der Annäherung der Nationen, Demokratie, das alles gehört zu den wesentlichsten Grundlagen des sozialdemokratischen Denkens und Wollens. Wir brauchen blos uns treu zu bleiben, um das beste zu erstreben, was für Deutschland, was für die Völker der Erde als Abschluß dieses Krieges zu ersehnen ist.

Unser nächster Erfolg dabei hängt nicht von uns allein ab, sondern von den Machtverhältnissen am Ende des Krieges. Aber

welche Formen immer der wirkliche Friede dabei annehmen mag, das Vertrauen der arbeitenden Massen, das Vertrauen aller, die einen dauernden Frieden und dauernden Wohlstand der Völker anstreben, wird uns nach Beendigung des Krieges immer mehr zuströmen, je fester wir bei unserem Programm beharren, je weniger wir uns davon abwendig machen lassen, je energischer wir es verfechten.

Man lasse sich nicht irre machen durch den anscheinenden Widerspruch, den die historische Aufgabe der Sozialdemokratie aufweist. Ihr fällt es zu, die Interessen des Proletariats gegenüber dem Kapitalismus zu schützen, diesen zu bekämpfen, gleichzeitig aber auch die ökonomische Entwicklung zu fördern, welche doch, so lange die Gesellschaft nicht sozialistisch eingerichtet ist, notwendigerweise zu einer Förderung des Kapitalismus wird. Wir haben diesen gleichzeitig zu bekämpfen und zu fördern. Wie ist das möglich?

Die Möglichkeit liegt darin, daß es verschiedene Arten gibt, den Kapitalismus zu fördern. Die Triebkraft des Kapitals ist der Profit — „ohne Profit raucht kein Schornstein". Vermehrung des Profits, das ist die kapitalistische Losung. Diese Vermehrung ist durch zwei Methoden erreichbar: einmal durch Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit. Je mehr der Arbeiter schafft, desto größer kann der Ueberschuß über seine Erhaltungskosten hinaus werden, den er produziert, um so mehr kann man ihm abnehmen, um so größer der Profit. Die andere Methode ist die, daß man einfach dem Arbeiter mehr abnimmt, ohne seine Produktivkraft zu vermehren. Von diesen zwei Methoden ist die zweite die bequemste, nächstliegende und billigste. Sie erfordert weder neue Aufwendungen, noch viel Kopfzerbrechen. Sie erfordert nur Macht. Zu dieser Methode gehört die Herabdrückung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit, Verteuerung der Lebensmittel, z. B. durch indirekte Steuern oder Agrarzölle, Erhöhung der Wohnungsmieten oder der Pachten für Kulturland, so weit es nicht von kapitalistischen Pächtern, sondern von Arbeitern für den Selbstgebrauch bearbeitet wird.

Zur ersten Methode gehört die Einführung neuer Maschinen, besserer Organisationsformen der Produktion und des Vertriebes, Ersetzung niedriger durch höhere Betriebsformen, von Kleinbetrieb durch Großbetrieb, Bau oder Verbesserung von Verkehrsmitteln, höhere Bildung und physische Kräftigung der Arbeiter, wissenschaftliche Gestaltung des Produktionsprozesses.

Die zweite Methode kann vorübergehend die ökonomische Entwicklung fördern durch raschere Vermehrung des Kapitals, sie muß sie schließlich hemmen durch Verkümmerung des wichtigsten Produktionsmittels, des Arbeiters. Manche Mittel der ersten Methode können vorübergehend ebenfalls große Leiden über die Arbeiterklasse verhängen, aber sie bereiten doch die materielle

Grundlage vor, auf der sich allein die Befreiung der Arbeit vollziehen kann. Die zweite Methode muß unter allen Umständen die Arbeiter schädigen; die erste Methode erlaubt es, wegen der wachsenden Produktivität der Arbeit, nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Arbeitern, trotz wachsender Ausbeutung, materielle Verbesserungen zu bringen.

Die Mittel der ersten Methode können und dürfen wir in ihrer Einführung nicht hindern. Wir haben nur dahin zu trachten, daß sie in einer Weise zur Durchführung kommen, die die Arbeiter nicht schädigt, sondern vielmehr sie an den Vorteilen der Neuerung teilnehmen läßt.

Die Mittel der zweiten Methode dagegen müssen wir unter allen Umständen mit aller Macht bekämpfen. Je gewaltiger der Widerstand der Arbeiter, je unüberwindlicher die Schranken, die dem Kapital hier in den Weg gelegt werden, umsomehr wird es gedrängt, sich in den andern Kanal zu ergießen, der ihm allein dann noch offen steht, seinen Profit zu machen, nämlich den der Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit.

Auf diese Weise löst die Sozialdemokratie den anscheinenden Widerspruch ihrer historischen Aufgabe, bekämpft und fördert sie gleichzeitig den Kapitalismus.

Die Anwendung davon ist auch in der Frage des Imperialismus zu machen. Nach unseren Ausführungen kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß er zu den Methoden der zweiten Art insofern gehört, als er die Arbeiter agrarischer Länder durch gewalttätiges Vorgehen zu unterwerfen und auszubeuten sucht. Dies Vorgehen kann vorübergehend die ökonomische Entwicklung fördern, es wird schließlich zu einem Mittel ihrer Hemmung.

Seine Gefährlichkeit für die Arbeiterklasse wird nicht gemindert dadurch, daß er sich direkt nicht gegen die Arbeiter des eigenen Landes, sondern gegen die des Auslandes richtet, einerseits gegen die Arbeiter in den besetzten Kolonien, anderseits gegen die Arbeiter anderer Industrieländer, die er als Konkurrenten um den Besitz jener Kolonien erscheinen läßt. Der Imperialismus sagt den Arbeitern des eigenen Landes, sie würden aus der vermehrten Ausbeutung ihrer Brüder in den Kolonien selbst Vorteil ziehen, und ihre Kameraden in den andern Industrieländern beneideten sie um diesen Vorteil, seien daher ihre Feinde, denen mit Gewalt zu begegnen sei. Nichts trügerischer, als die Aussicht auf diesen Vorteil: Die im Ausland expropriierten Arbeiter kommen vielmehr als Lohndrücker in die kapitalistischen Staaten. Als solchen droht ihnen freilich die Gefahr, feindselig von deren Arbeitern empfangen zu werden. So bedeutet das Endziel des Imperialismus auch für die angeblich durch ihn privilegierten Arbeiter des alten Staates nur vermehrten Lohndruck und Spaltung der Arbeiterklasse in feindliche Heere, Hemmung ihres Klassenkampfes. Er entfremdet sie ihren sozialistischen

Idealen, zerreißt ihre internationale Geschlossenheit, durch Vorspiegelung kleiner Vorteile, die, wenn sie überhaupt einträten, nur rasch vorübergehend wären und mit größter Schwächung, schwerster Belastung der arbeitenden Klassen enden müßten.

Und darum muß dem Imperialismus gegenüber dasselbe gelten, was den Lohnherabsetzungen, der Verlängerung der Arbeitszeit, der Erhöhung der Lebensmittelpreise durch Steuern und Zölle u. s. w. gegenüber gilt — entschiedene Bekämpfung, nicht um den ökonomischen Fortschritt zu hemmen, sondern um die Kapitalistenklasse zu zwingen, die Vergrößerung ihres Profits, die Ausdehnung ihres Ausbeutungsgebiets, Vermehrung der Ausfuhr industrieller Produkte, der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nicht mehr durch die nächstliegenden und bequemsten Methoden des Imperialismus, sondern durch die freilich mehr Geist erfordernden Methoden der Demokratie und des freien Verkehrs zu suchen, die dem ökonomischen Fortschritt die weitesten Bahnen eröffnen, dabei aber auch das Proletariat physisch, geistig, politisch kräftigen.

Nichts irriger, als die Meinung, die materialistische Geschichtsauffassung verbiete es, den imperialistischen Methoden zu widerstehen, so lange das Kapital herrsche. Sie macht diesen Widerstand vielmehr zur wichtigsten Aufgabe der Arbeiterklasse unserer Zeit.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS

Pl. 1

Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G.m.b.H. Nürnberg, Breitegasse 25-27

In unserem Verlag erschienen:

Nach zehn Jahren.

Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. / Von Ignaz Auer. / Mit einem Faksimile der Abschieds-Nummer des „Sozialdemokrat". Gebunden 3 Mark.

Das Werk war seit langem im Buchhandel vergriffen. Exemplare im Privatbesitz wurden mit den höchsten Preisen bezahlt. Die Kritik hat die Neuausgabe des Buches, das einen strichlosen Abdruck der ersten Auflage darstellt, mit warmen Worten begrüßt.

Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe.

Eine Sammlung von Abhandlungen. / Von Dr. Adolf Braun. / 504 Seiten 8°. Gebunden 6 Mark.

Das Buch gibt auf alle im Gewerkschaftsleben vorkommenden Fragen klipp und klar Antwort. Von der Kritik wurde das ausgezeichnete Buch bei seinem Erscheinen einmütig begrüßt.

Werben und Werden der Gewerkschaften.

Geschichte und System der gewerkschaftlichen Agitation. / Von Dr. G. Nestriepke. / 203 Seiten 8°. / 40 Textillustr. / Geb. 3 Mark.

Vom „Werben" der Gewerkschaften erzählt uns dieses Buch, von ihrer agitatorischen Arbeit, wie sie sich aus den ersten Anfängen heraus allmählich entwickelt und entfaltet zu einem kunstvollen, wohldurchdachten System, das deshalb freilich doch eines weiteren Ausbaues immer noch bedürftig ist. / Neben dem „Werben" steht in der Darstellung des Buches das „Werden". Wir sehen, wie wirtschaftliche Notwendigkeiten und bewußte Werbearbeit gemeinsam die gewerkschaftlichen Verbände zu immer machtvolleren Organisationen werden ließen, die heute die Bewunderung der ganzen Welt erregen. / Was dem Buche noch seinen besonderen Reiz verleiht, sind 40 ganzseitige Illustrationen, die allerlei Agitationsmaterial, Flugblätter, Zeitschriften, Plakate usw. veranschaulichen. Es ist wohl zu hoffen, daß die Gewerkschaftsbewegung aus dem Werke manchen Vorteil zieht.